

Zeitschrift für amtliche Statistik

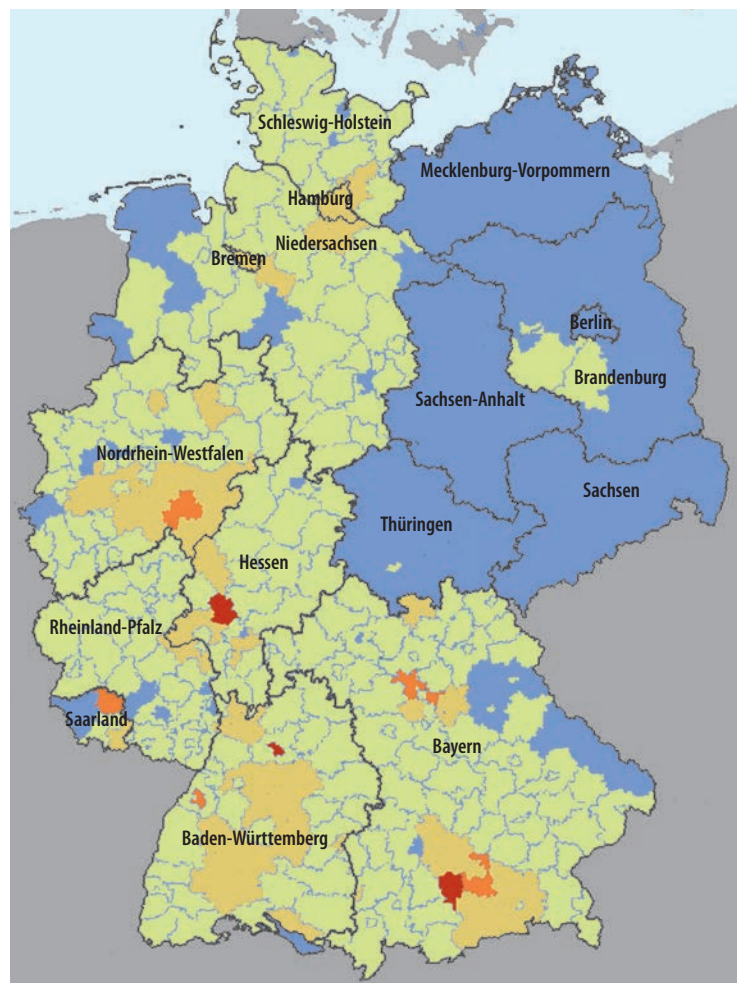
Berlin Brandenburg

2 2013

Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Themenbereichs „Verdienste und Einkommen“

Verfügbares Einkommen in EUR
je Einwohner 2009
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

Anzahl	
119	13 895 bis unter 17 320
228	17 320 bis unter 20 745
57	20 745 bis unter 24 170
5	24 170 bis unter 27 595
3	27 595 bis unter 31 020



☐ Zum Umgang mit der Wohnlage-
qualität in den Mietspiegeln
von Berlin und Frankfurt am Main

☐ Regionalstatistisches Daten-
angebot zur Fortschrittsmessung
Zum OECD-Ansatz
„How's life – Measuring Well-Being“

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen oder Rundungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
7. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Bevölkerung

Verdienste

Verarbeitendes Gewerbe

Erwerbstätigkeit

Energie

Mikrozensus

Baugewerbe

Preise

aus Deutschland ▢ 11

Erwerbstätigkeit

Energie

Verbraucherpreise

aus Europa ▢ 13

Arbeitsmarkt

Steuern

Wirtschaft im Überblick

Berlin Dezember 2012 ▢ 16

Brandenburg Dezember 2012 ▢ 20

Historisches

1910

Scheidungen ▢ 51

Beiträge

**Zum Umgang mit der Wohnlage-
qualität in den Mietspiegeln von
Berlin und Frankfurt am Main** ▢ 26**Regionalstatistisches Daten-
angebot zur Fortschrittsmessung**Zum OECD-Ansatz
„How's Life – Measuring Well-Being“ ▢ 30

Karten

Wohnlagekarte Berlin 2009
Wohnlagekarte Frankfurt a. M. 2008Stadtspezifisches Modell
unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit
zu einem bestimmten

... Bezirk von Berlin

... Ortsbezirk von Frankfurt a. M.

▢ 3. Umschlagseite

Ergebnisse des städte-
übergreifenden Modells: Wahrscheinlichkeit
für eine bessere Wohnlage

... für Berlin

... und für Frankfurt a. M.

▢ 4. Umschlagseite

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2012

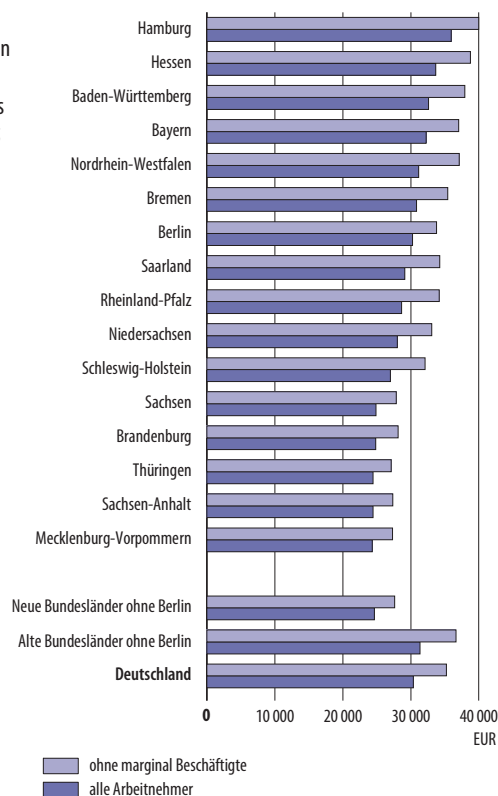
▣ **Verhaltener Anstieg der Verdienste in den Ländern Berlin und Brandenburg**

Im Jahr 2012 betrug der Durchschnittsverdienst eines Arbeitnehmers in Berlin 30 201 EUR und in Brandenburg 24 810 EUR. Gegenüber dem Vorjahr entsprach das einem Anstieg um 1,4 % und 1,5 %. Sowohl das Verdienstniveau als auch die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr lagen in beiden Ländern unter dem Länderdurchschnitt von 30 330 EUR und 2,7 %. Das zeigen aktuelle Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Die Durchschnittsverdienste in Berlin und Brandenburg erreichten im letzten Jahr 99,6 % und 81,8 % des Länderdurchschnitts. Diese Annäherung an das Niveau des Länderdurchschnitts hatte Brandenburg bereits im Jahr 2005 erreicht; Berlin hatte es sogar deutlich überschritten. Auch die Einkommensunterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern sind noch immer erheblich. Mit durchschnittlich 24 624 EUR verdienen die Arbeitnehmer in den neuen Ländern im Jahr 2012 mehr als 21 % weniger als die Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet (31 305 EUR). Dieser Unterschied ist im Produzierenden Gewerbe mit 31,0 % deutlich größer als im Dienstleistungsbereich (16 %) und hat sich seit 2005 ebenfalls kaum verringert.

Diese Durchschnittswerte spiegeln die Verdienste aller Arbeitnehmer wider, die auch marginal Beschäftigte umfassen. Zu Letzteren gehören ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten. Der Anteil dieser Personengruppe an den Arbeitnehmern ist in Berlin und in den neuen Ländern geringer als im Bundesdurchschnitt. Daher wurden für Berlin und für die neuen Länder ohne Berücksichtigung dieser Beschäftigtengruppe Durchschnittsverdienste ermittelt, die zwar höher sind als die aller Arbeitnehmer, aber noch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt bzw. unter denen der alten Länder liegen. Für die Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte erreichte Berlin nur 95,9 % des Länderdurchschnitts, Brandenburg 79,9 % und die neuen Länder insgesamt 78,4 % (alle Arbeitnehmer: 81,2 %).

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2012 nach Ländern ...



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2012

┐ Gesamtwirtschaft der Region Berlin-Brandenburg wächst 2012 um 1,0 %

Das Bruttoinlandsprodukt in der Region Berlin-Brandenburg ist im Jahr 2012 preisbereinigt um 1,0 % gewachsen. Die Entwicklung übertraf damit das bundesweite Wirtschaftswachstum von 0,7 %. (...) Berlin verzeichnete danach ein Wirtschaftswachstum von 1,2 % und Brandenburg von 0,5 %. Im Jahr zuvor war die Wirtschaftsleistung in beiden Ländern noch um jeweils 2,0 % gestiegen.

Das Wachstum im Jahr 2012 resultiert in beiden Ländern hauptsächlich aus der Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen, die in Berlin zu 83 % und in Brandenburg zu 70 % zur Bruttowertschöpfung beitrugen. Die Bruttowertschöpfung dieser Bereiche stieg in Berlin preisbereinigt um 1,6 % und in Brandenburg um 1,5 %. Während Berlin in den Bereichen Handel und Gastgewerbe das bundesdurchschnittliche Wachstum übertreffen konnte, zeigte Brandenburg vor allem in den Bereichen Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen

einen überdurchschnittlichen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Dagegen ist die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Brandenburg um 2,4 % gesunken, zurückzuführen auf Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe. Im Berliner Produzierenden Gewerbe stagnierte die Wirtschaftsleistung (–0,1 %). Ursache ist hier vor allem eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Bruttowertschöpfung im Baugewerbe.

Weil die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin im Jahr 2012 mit 2,6 % und die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden mit 2,1 % stärker als das Bruttoinlandsprodukt gestiegen waren, ist die Arbeitsproduktivität gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen um 1,4 % und je Arbeitsstunde um 0,9 % gesunken. In Brandenburg erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen dagegen nur um 0,2 %, die Zahl der geleisteten Stunden ist um 0,9 % gesunken. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen stieg um 0,3 %, das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde um 0,9 %.

Bevölkerung Jahr 2012

┐ Eine Scheidung auf drei geschlossene Ehen in den Ländern Berlin und Brandenburg

(...) Im Jahr 2012 ließen sich im Land Brandenburg 5 031 Ehepaare scheiden. Gegenüber 2003, dem Jahr mit den meisten Scheidungen (6 107) seit 1990, verringerte sich die Zahl um 17,6 %. Dabei wurde die überwiegende Mehrheit der Ehen (81,4 %) nach dem sogenannten Trennungsjahr geschieden. In 83 Fällen (1,6 %) erfolgte die Scheidung schon im ersten Ehejahr. 18 Ehen hatten gerade ein Jahr überdauert, während sich 19,2 % (964) der Paare nach mehr als 25 Ehejahren scheiden ließen. Bei 55,8 % der Scheidungen ging die Initiative von der Frau aus, vor 10 Jahren waren das noch 64,1 %. In 155 Fällen (3,1 %) reichten beide Partner die Scheidung gemeinsam ein, 2,8 % der Ehen wurden ohne Zustimmung des jeweiligen Partners geschieden.

In 41,3 % der Trennungen waren insgesamt 3 093 Kinder betroffen, u. a. brachen acht Brandenburger Familien mit fünf und mehr Kindern auseinander. 94,5 % der Ehescheidungen betrafen deutsch-deutsche Paare. Die meisten Ehen gingen im Landkreis Oberhavel (525 Scheidungen) in die Brüche, die wenigsten in Frankfurt (Oder) (107 Scheidungen).

Im Land Berlin wurden im gleichen Zeitraum 7 267 Ehen geschieden. 57,4 % der Ehen wurden nach dem Trennungsjahr geschieden. Wie im Land Brandenburg reichten auch in Berlin mehr Frauen (52,1 %) die Scheidung ein als Männer (36,6 %). 11,3 % der Eheleute reichten die Scheidung gemeinsam ein. In 42,0 % der Scheidungen waren insgesamt 4 664 Kinder beteiligt, darunter u. a. 17 Familien mit fünf und mehr Kindern.

Die kulturelle Vielfalt Berlins zeigt sich auch bei den Scheidungen. 67,4 % betrafen deutsch-deutsche Paare, 129 Scheidungen türkische Paare (1,8 %).

Verdienste 3. Quartal 2012

┐ Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern in Berlin und Brandenburg geringer als im Bundesdurchschnitt

(...) Der prozentuale Unterschied lag im durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen und Männer im 3. Quartal 2012 im Land Berlin bei 14 % und im Land Brandenburg bei 7 %.

Laut vierteljährlicher Verdiensterhebung erzielten Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Berlin einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 19,99 EUR, Arbeitnehmerinnen dagegen nur von 17,13 EUR. Im Land Brandenburg verdienten Männer im 3. Quartal 2012 durchschnittlich 16,01 EUR und Frauen 14,88 EUR pro Stunde. Damit fällt die Einkommenslücke in Brandenburg deutlich geringer aus als in Berlin und im bundesweiten Durchschnitt (Deutschland 3. Quartal 2012: 20 %).

Im zeitlichen Verlauf bleiben die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede auf konstantem Niveau. So stand der Bruttomonatsverdienst der Berlinerinnen sowohl 2007 als auch 2011 bei 77 % des Bruttomonatsverdienstes ihrer männlichen Kollegen. Im Land Brandenburg lag die Zahl bei 85 %. Dabei spielen verschiedene Einflussfaktoren eine Rolle, u. a. sind Frauen häufiger in Branchen mit geringerem Durchschnittseinkommen und vielfach in Berufen und Positionen tätig, die geringer entlohnt werden.

Verdienste Jahr 2012

Bruttomonatsverdienste im Land Berlin um 2,8 % gestiegen

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst einschließlich Sonderzahlungen hat sich in Berlin im Jahr 2012 gegenüber 2011 um 2,8 % erhöht.

Im Jahresdurchschnitt erhielten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) im Land Berlin einschließlich Sonderzahlungen 2012 monatlich 2 954 EUR, wobei im Produzierenden Gewerbe (3 644 EUR) deutlich mehr als im Dienstleistungsbereich (2 848 EUR) verdient wurde.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (68,7 % aller Arbeitnehmer) erhielten 2012 im Durchschnitt monatlich 3 593 EUR bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39,2 Stunden. Je nach Qualifikation schwankten die Verdienste jedoch erheblich. Hierbei wird nach Arbeitnehmern in leitender Stellung (6 400 EUR), herausgehobenen Fachkräften (4 097 EUR), Fachkräften (2 872 EUR) sowie angelernten (2 171 EUR) und ungelernten (1 846 EUR) Arbeitnehmern unterschieden. So erhielten vollzeitbeschäftigte Fachkräfte (43,7 % der Arbeitnehmer) mit monatlich 2 872 EUR merklich weniger als den Durchschnittsverdienst der Vollzeitbeschäftigten. Auch die Größe des Betriebes beeinflusst die Verdiensthöhe deutlich. In Betrieben bis 49 Arbeitnehmern verdienten Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 3 070 EUR. In Betrieben mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern waren es dagegen 4 361 EUR. Auch zwischen Männern und Frauen gibt es Verdienstunterschiede.

Vollzeitbeschäftigte Männer erhielten 2012 monatlich inklusive Sonderzahlungen durchschnittlich 3 840 EUR und Frauen nur 3 246 EUR.

Teilzeitbeschäftigte (24,5 % aller Arbeitnehmer) verdienten 2012 durchschnittlich 1 893 EUR brutto im Monat. Das sind 3,4 % mehr als im Vorjahr, die teilweise aus der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1,3 % auf 26,7 Stunden resultieren. Geringfügig Beschäftigte (6,8 % aller Arbeitnehmer) verdienten 2012 durchschnittlich 296 EUR monatlich. Das sind 12,2 % mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten ging gegenüber 2011 um 1,0 % zurück.

Aufgrund von methodischen Änderungen (veränderter Berichtskreis und Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik) muss auf eine Darstellung von Veränderungsraten in den tieferen Gliederungen verzichtet werden.

Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im Land Brandenburg lag bei 2 453 EUR

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst einschließlich Sonderzahlungen im Jahr 2012 betrug im Land Brandenburg 2 453 EUR, wobei im Produzierenden Gewerbe (2 701 EUR) deutlich mehr als im Dienstleistungsbereich (2 370 EUR) verdient wurde.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer (69,7 % aller Arbeitnehmer) erhielten 2012 im Durchschnitt monatlich 2 928 EUR bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39,5 Stunden. Je nach Qualifikation schwankten die Verdienste jedoch erheblich. Hierbei wird nach Arbeitnehmern in leitender Stellung (5 714 EUR), herausgehobenen Fachkräften (3 557 EUR), Fachkräften (2 461 EUR) sowie angelernten (1 963 EUR) und ungelernten (1 739 EUR) Arbeitnehmern unterschieden. So erhielten vollzeitbeschäftigte Fachkräfte (49,6 % der Arbeitnehmer) mit monatlich 2 461 EUR merklich weniger als den Durchschnittsverdienst der Vollzeitbeschäftigten. Auch die Größe des Betriebes beeinflusst die Verdiensthöhe deutlich. In Betrieben bis 49 Arbeitnehmern verdienten Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich 2 484 EUR. In Betrieben mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern waren es dagegen 4 190 EUR. Auch zwischen Männern und Frauen gibt es Verdienstunterschiede. Vollzeitbeschäftigte Männer erhielten 2012 monatlich inklusive Sonderzahlungen durchschnittlich 2 972 EUR und Frauen nur 2 853 EUR.

Teilzeitbeschäftigte (22,6 % aller Arbeitnehmer) verdienten 2012 durchschnittlich 1 741 EUR brutto im Monat. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 28,6 Stunden. Geringfügig Beschäftigte (7,7 % aller Arbeitnehmer) verdienten 2012 durchschnittlich 241 EUR monatlich. Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten stieg gegenüber 2011 um 21,0 % an.

Bruttomonatsverdienst und Arbeitszeit in Berlin 2012

Vollzeit, Teilzeit, geringfügigbeschäftigte Arbeitnehmer	Bruttomonatsverdienst ¹	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	wöchentliche Arbeitszeit	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	EUR	%	Stunden	%
Insgesamt	2 954	2,8	x	x
Produzierendes Gewerbe	3 644	- 0,4	x	x
Dienstleistungsbereich	2 848	3,8	x	x
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	3 593	0,8	39,2	0,5
Produzierendes Gewerbe	3 887	0,0	38,6	0,2
Dienstleistungsbereich	3 532	1,2	39,3	0,5
Männer	3 840	0,3	39,3	0,2
Frauen	3 246	1,8	39,1	0,9
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	1 893	3,4	26,7	1,3
Produzierendes Gewerbe	1 775	5,8	25,9	2,0
Dienstleistungsbereich	1 932	2,7	26,9	1,1

¹ einschließlich Sonderzahlungen

Verarbeitendes Gewerbe Februar 2013

Umsatzrückgang, aber Anstieg der Auftragseingänge der Berliner Industrie

(...) Die 334 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im Februar 2013 einen Gesamtumsatz von 1,7 Mrd. EUR, wovon 0,7 Mrd. EUR im Inland und 1,0 Mrd. EUR von ausländischen Geschäftspartnern geordert wurden. Während der Inlandsumsatz um 6,6 % zurückging, legten die Auslandsgeschäfte um 1,7 % zu. Insgesamt verringerte sich damit der Wert der abgerechneten Lieferungen und Leistungen um 2,0 % gegenüber dem Ergebnis vom Februar 2012. Die Zahl der Beschäftigten sank mit 81 350 Personen um 0,8 %.

Unter den umsatzstärksten Branchen verlief die Entwicklung der Hersteller elektrischer Ausrüstungen (–25,0 %) besonders negativ. Die Auslandsumsätze fielen um 17,2 %, die Inlandsumsätze sanken um 33,2 %.

Der Auftragseingang der Berliner Betriebe lag auch im zweiten Monat des Jahres über dem Niveau des Vorjahres, bei einem Auftragsplus im Inlandsgeschäft in Höhe von 39,4 % und einem Auftragsminus im Ausland von 9,2 %.

Die Steigerung des Auftragseingangsindex der Fahrzeugbauer betrug 115,4 %. Das resultiert aus Steigerungen des Auslandsvolumens um 9,5 % und vor allem aus einem Großauftrag im Inland, der die Auftragsumsätze um 291,8 % steigen ließ. Die Umsätze der Hersteller von elektrischen Erzeugnissen gingen dagegen um 26,3 % zurück, (–21,8 % im Inland und –29,3 % im Ausland).

Brandenburger Industrie erzielt weniger Umsatz

Die Umsätze der 435 Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte gingen im Februar 2013 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 7,6 % auf 1,7 Mrd. EUR zurück. Die Inlands- und Auslandsumsätze sanken dabei um 6,6 % und 9,7 % auf 1,1 Mrd. EUR bzw. 0,5 Mrd. EUR. Ende Februar beschäftigte die Brandenburger Industrie 78 166 Personen, 31 mehr als ein Monat zuvor, aber 1 112 Beschäftigte weniger (–1,4 %) als im Februar 2012. Das preisbereinigte Auftragsvolumen vergrößerte sich um insgesamt 18,9 %, jedoch nur infolge ausländischer Großaufträge im sonstigen Fahrzeugbau, während der Umfang an Aufträgen aus dem Inland gleichzeitig um 9,2 % abnahm.

Die chemische Industrie meldete aufgrund von guten Inlandsgeschäften eine beachtliche Umsatzsteigerung von 16,4 % sowie ein deutlich höheres Auftragsvolumen (23,4 %). Die mit einem Umsatzanteil von 13 % dominierte Ernährungsindustrie verbesserte ihr Februarergebnis gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat wegen verstärkter Auslandsgeschäfte um insgesamt 0,9 %. Auch der Wirtschaftszweig der Hersteller von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren konnte seinen Umsatz um 1,4 % steigern. Bei allen anderen Branchen war der Umsatz in unterschiedlichem Ausmaß rückläufig. Hohe Minusraten verzeichneten die Produzenten von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (–38,7 %) bei starkem Auftragsrückgang, der sonstige Fahrzeugbau (–35,2 %, infolge von Großaufträgen im Februar 2012) und die Hersteller von Metallerzeugnissen (–16,8 %) bei ebenfalls weniger Aufträgen. Geringer fielen die Umsatzverluste im Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen aus (–10,7 %), bei den Herstellern von Papier, Pappe und Waren daraus (–7,0 %) sowie bei den metallerzeugenden/-bearbeitenden Betrieben (–3,5 %). In der Gummi- und Kunststoffproduktion, aber auch im Maschinenbau blieben die Umsatzrückgänge unter 2 %.

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar.....	109,9	103,1	115,0	– 0,0	4,8	– 3,1
Februar.....	122,8	144,3	106,8	10,1	39,4	– 9,2
Januar bis Februar	116,4	123,7	110,9	5,1	22,6	– 6,1
Brandenburg						
Januar.....	164,4	171,2	150,5	22,0	36,3	– 2,0
Februar.....	163,9	122,1	249,0	18,9	– 9,2	72,1
Januar bis Februar	164,1	146,7	199,7	20,4	12,8	34,0

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Januar.....	82 990	1 664,6	966,3	1,8	0,4	3,9
Februar.....	81 350	1 671,4	948,7	− 0,8	− 2,0	1,7
Januar bis Februar	82 170	3 335,9	1 915,0	0,5	− 0,9	2,8
Brandenburg						
Januar.....	78 135	1 773,0	561,5	− 1,1	6,5	12,4
Februar.....	78 166	1 652,8	522,1	− 1,4	− 7,6	− 9,7
Januar bis Februar	78 151	3 425,8	1 083,5	− 1,2	− 0,8	0,5

Erwerbstätigkeit 4. und 2. Quartal 2012

■ Berlin mit weiterhin hohem Zuwachs; Brandenburg im leichten Minus

In Berlin und Brandenburg nahm (...) die Beschäftigungsentwicklung im letzten Jahr einen unterschiedlichen Verlauf. Berlin erreichte von allen Bundesländern in allen 4 Quartalen den höchsten Beschäftigungszuwachs, der sich zwar im 4. Quartal 2012 leicht abschwächte, aber im Vergleich zu den Vorjahren auf hohem Niveau blieb. Dagegen war in Brandenburg innerhalb des Jahres nur ein geringer Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen, der zum Ende sogar noch zu einem leichten Minus hin tendierte. Im Jahresdurchschnitt 2012 lag der Anstieg der Erwerbstätigkeit in Berlin bei 2,6 % und in Brandenburg bei 0,2 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen ist in Berlin im 4. Quartal 2012 mit 2,5 % im Vorjahresvergleich zwar weiterhin stark angestiegen, jedoch etwas langsamer als in den beiden vorangegangenen Quartalen (1. Quartal: +2,5 %; 2. Quartal: +2,8 %; 3. Quartal: +2,7 %). Damit hatten im 4. Quartal insgesamt 1 785 300 Personen eine Beschäftigung, 43 600 Personen mehr als im 4. Quartal des Jahres 2011. In Brandenburg gingen insgesamt 1 080 200 Personen einer Beschäftigung nach, fast so viel wie im 4. Quartal 2011. Nach geringen und schwächer werdenden Beschäftigungszuwächsen in den ersten drei Quartalen (1. Quartal: +0,4 %; 2. Quartal: +0,3 %; 3. Quartal: +0,2 %) zeigten sich im 4. Quartal die ersten Anzeichen eines einsetzenden Personalabbaus (-0,0 %).

In Deutschland waren im 4. Quartal 2012 insgesamt 41,9 Mill. Personen erwerbstätig. Damit lag die Zahl der Erwerbstätigen um 320 000 Personen oder 0,8 % über dem Niveau des 4. Quartals des Jahres 2011. Die Beschäftigungsentwicklung erfuhr im Jahresverlauf gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal eine weitere Abschwächung (1. Quartal: +1,4 %; 2. Quartal: +1,2 %; 3. Quartal: +1,1 %; 4. Quartal: +0,8 %). Der Beschäftigungsanstieg wurde im 4. Quartal nur noch durch die alten Bundesländer ohne Berlin (+0,8 %) getragen. Demgegenüber ging die Entwicklung in den neuen Bundesländern ohne Berlin um 0,2 % zurück.

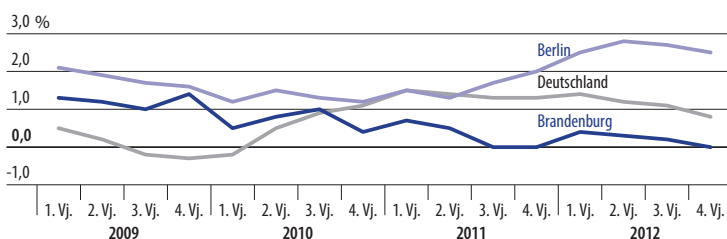
Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet trugen im 4. Quartal 2012 in Berlin hauptsächlich die Dienstleistungsbereiche zum Beschäftigungsanstieg bei. In Brandenburg wurde die Stagnation im Wesentlichen beeinflusst durch die Rückgänge in der Land- und Forstwirtschaft sowie den Dienstleistungsbereichen.

In Berlin entfielen rund 97 % oder 42 200 Personen des gesamten Beschäftigungszuwachses auf die Dienstleistungsbereiche. Dabei konzentrierte sich der Beschäftigungsaufbau am stärksten auf den Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 15 900 Personen (+3,5 %), aber auch die öffentlichen und sonstigen Dienstleister einschließlich der Erziehung und Gesundheit verzeichneten mit 15 400 Personen (+2,2 %) hohe Zuwächse.

In Brandenburg hingegen konnten im 4. Quartal 2012 nur noch geringe Zuwächse im Verarbeitenden Gewerbe von 700 Personen (+0,5 %) und im Baugewerbe von 400 Personen (+0,4 %) registriert werden. Diese betrugen im 1. Quartal 2012 immerhin noch 2 800 Personen bzw. 1 300 Personen. Den höchsten Beschäftigungsanstieg erreichte der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation mit 2 300 Personen (+0,8 %), der im Anfangsquartal des Jahres noch bei 5 700 Personen (+2,1 %) lag. Dagegen wurde das stärkste Minus im Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister einschließlich Erziehung und Gesundheit mit 3 400 Personen (-1,0 %) verzeichnet. Jedoch hat sich hier im Jahresverlauf der Rückgang abgeschwächt, der im 1. Quartal noch 7 200 Personen (-2,0 %) ausmachte. (...)

Erwerbstätige 2009 bis 2012

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %



■ Zahl der Berufspendler in den Ländern Berlin und Brandenburg weiter gestiegen

Das Pendeln der Erwerbstätigen zwischen Wohn- und Arbeitsort über Landesgrenzen hinweg hat in Berlin und Brandenburg im 2. Quartal 2012 weiter zugenommen. (...) In beiden Ländern haben die Berufspendler zum Beschäftigungsaufbau beigetragen.

In Berlin ist die Zahl der Erwerbstätigen, die im 2. Quartal 2012 einen Arbeitsplatz in Berlin hatten, im Vergleich zum Vorjahresquartal um 47 600 Personen bzw. 2,8 % auf insgesamt 1 751 100 angestiegen. Davon kamen 286 600 Personen bzw. 16 % aus anderen Bundesländern, überwiegend aus dem Nachbarland Brandenburg. Die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort Berlin nahm im 2. Quartal 2012 um 43 400 Personen bzw. 2,7 % auf 1 628 800 zu. Davon gingen 164 300 Personen bzw. 10 % einer beruflichen Tätigkeit außerhalb Berlins nach. Die Zahl der Aus- und Einpendler von und nach Berlin lag zur Jahresmitte um jeweils 3,5 % höher als im 2. Quartal 2011, absolut war das ein Plus von 9 800 Einpendlern und 5 600 Auspendlern.

Erwerbstätigkeit Jahr 2011

▮ Geringer Anteil der Erwerbstätigen über 65 Jahre in den Ländern Berlin und Brandenburg

Rund 1,62 Mill. Berlinerinnen und Berliner standen im Jahr 2011 aktiv im Erwerbsleben. Im Land Brandenburg gingen rund 1,24 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner einer beruflichen Tätigkeit nach. (...) Im Land Berlin waren somit 46,6 % der Bevölkerung erwerbstätig, im Land Brandenburg waren es 49,6 %.

Die meisten Erwerbstätigen im Land Berlin (57,3 %) waren im Alter von 20 bis unter 45 Jahren. Im Land Brandenburg betrug der Anteil dieser Altersgruppe nur 48,7 %. Dagegen waren hier die 45- bis 64-Jährigen mit 48,5 % stärker vertreten als in Berlin (39,4 %). Der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 65 und mehr Jahren war mit 1,9 % im Land Berlin bzw. 1,3 % im Land Brandenburg gering.

Mit 47,8 % der Erwerbstätigen im Land Berlin und 47,3 % im Land Brandenburg machten Frauen fast die Hälfte aller Erwerbstätigen aus. Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind trotzdem erkennbar: So waren Angestellte überwiegend weiblich (Berlin: 56,6 %, Brandenburg: 65,7 %) und Arbeiter zumeist männlich (Berlin: 72,4 %, Brandenburg: 77,4 %). Frauen arbeiteten 2011 in Berlin normalerweise durchschnittlich 33,4 h pro Woche, während ihre männlichen Kollegen 38,1 h leisteten. Im Land Brandenburg lag die Zahl bei den Frauen bei 34,1, bei den Männern bei 39,7 Arbeitsstunden.

Mikrozensus Jahr 2011

▮ Mütter im Land Brandenburg häufiger erwerbstätig als im Land Berlin

(...) 2011 lebten im Land Berlin 201 800 erwerbstätige Frauen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren mit Kindern unter 18 Jahren, 104 100 bzw. 51,6 % davon arbeiteten in Teilzeit. Im Land Brandenburg standen 176 800 Mütter zwischen 20 und 65 Jahren aktiv im Berufsleben. Die Teilzeitquote erwerbstätiger Mütter war dort mit 41,3 % (73 100 Frauen) gut 10 Prozentpunkte geringer als in Berlin. Bei den alleinerziehenden Müttern arbeiteten im Land Brandenburg nur 40,8 % Teilzeit, während im Land Berlin der Anteil bei 51,0 % lag. Als häufigsten Grund für ihre Teilzeitbeschäftigung gaben Mütter mit minderjährigen Kindern mit 34,9 % in Berlin und 37,9 % in Brandenburg die Betreuung ihrer Kinder, von Pflegebedürftigen und Menschen mit Behinderung an.

Mit 79,9 % lag die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter 18 Jahren im Land Brandenburg um 14,5 Prozentpunkte höher als in Berlin (65,4 %). In beiden Ländern ist ein Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigenquote der Mutter und dem Alter der Kinder erkennbar. So waren im Jahr 2011 in Berlin 51,7 % und in Brandenburg 69,0 % der Mütter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig. Von den Müttern mit Kindern von zehn bis unter 15 Jahren waren es in Berlin schon 66,1 % und in Brandenburg sogar 81,6 %.

Rund 72 000 Berliner und 56 600 Brandenburger Erwerbstätige waren 2011 auf der Suche nach einer anderen oder weiteren Tätigkeit. Knapp 25,4 % der Berlinerinnen und Berliner gaben als Grund an, dass die aktuelle Tätigkeit eine Übergangstätigkeit sei. Im Land Brandenburg strebten die meisten arbeitsuchenden Erwerbstätigen (ca. 25,6 %) eine Tätigkeit mit längeren Arbeitszeiten an.

Energie Jahr 2010

▮ Anstieg des Endenergieverbrauchs im Land Berlin

Im Land Berlin stieg der Endenergieverbrauch (EEV) 2010 auf 267,8 Petajoule. Das waren 7,4 % mehr als 2009. (...) Der CO₂-Ausstoß nach Verursacherbilanz stieg im gleichen Zeitraum um 5,9 % auf insgesamt 21,3 Mill. Tonnen.

Die CO₂-Emissionen (Verursacherbilanz) pro Einwohner stiegen 2010 im Vergleich zu 2009 um 0,3 Tonnen auf 6,2 Tonnen an. Gegenüber 1990 ergab sich eine Reduzierung um 28,2 %.

Der größte Emittent ist der Sektor „Haushalte, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ mit einem Anteil von 69,1 %. Auf den Sektor „Verkehr“, der sich aus dem Straßen-, Luft- und Schienenverkehr sowie der Binnenschifffahrt zusammensetzt, entfielen 22,8 % des CO₂-Ausstoßes. 8,1 % der Emissionen wurden vom Sektor „Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe“ verursacht.

Im Jahr 2010 betrug die Stromerzeugung im Land Berlin 9 108 GWh. Damit nahm die Stromerzeugung um 1 000 GWh gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Zugleich sank die importierte Strommenge um 20,5 % auf insgesamt 3 893 GWh. Der Endenergieverbrauch von Strom belief sich im Jahr 2010 auf 12 172 GWh und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant.

Der größte Abnehmer von Strom ist der Sektor „Gewerbe, Handel und Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ mit einem Anteil von 40,8 % am gesamten Stromverbrauch (Vorjahr: 43,6 %), gefolgt von den „Haushalten“ mit 35,7 % (Vorjahr: 34,1 %).

Baugewerbe Jahr 2012

Starker Anstieg der Baugenehmigungen für Wohnungsneubauten in Berlin

Die Berliner Bauaufsichtsbehörden haben im Jahr 2012 insgesamt 3 561 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt und damit etwa so viele wie im Vorjahr (+0,3 %). Von den geplanten 9 941 Wohnungen (Vorjahr: 7 358) werden 7 764 Wohnungen neu gebaut, über ein Drittel mehr als noch im Jahr 2011 (+38,5 %). 5 718 der Neubauwohnungen werden in Mehrfamilienhäusern entstehen, beinahe zwei Drittel mehr als im Vorjahr (+62,5 %). 1 853 Wohnungen sind im betrachteten Jahr in Ein- und Zweifamilienhäusern geplant (-7,7 %). Aufgrund von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 2 177 Wohnungen zur Verfügung stehen; das ist ein Anstieg um 24,1 % gegenüber 2011.

(...) Die meisten Baugenehmigungen in Berlin für Wohnungen sind in den Bezirken Pankow, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg erteilt worden. Im Berichtszeitraum wurden 250 Genehmigungen (Vorjahr: 271) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 593 800 m² erteilt. Die veranschlagten Kosten aller bis einschließlich Dezember 2012 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 2,4 Mrd. EUR, das ist ein Anstieg um fast ein Drittel (+30,7 %) gegenüber dem Jahr 2011.

Weniger Baugenehmigungen im Land Brandenburg

Die Brandenburger Bauaufsichtsbehörden haben im Jahr 2012 insgesamt 7 725 Anträge für Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau genehmigt, 5,3 % weniger als im Vorjahr. Von den geplanten 7 913 Wohnungen (Vorjahr: 7 854) werden 6 973 Wohnungen neu gebaut; durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 940 Wohnungen zur Verfügung stehen. Die veranschlagten Kosten aller bis einschließlich Dezember 2012 genehmigten Bauvorhaben im Wohn- und Nichtwohnbau betragen 1,8 Mrd. EUR, das ist ein Rückgang um 4,6 % gegenüber dem Jahr 2011.

Die meisten Baugenehmigungen für Wohnungen wurden in der Landeshauptstadt Potsdam sowie in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Havelland erteilt. Die Anzahl der genehmigten Neubauwohnungen sank leicht um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. 5 054 Wohnungen werden in Ein- und Zwei-Familienhäusern, 1 850 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern geplant. Im Jahr 2012 wurden 646 Genehmigungen (Vorjahr: 783) für den Neubau gewerblicher Bauten mit einer Nutzfläche von 645 500 m² erteilt.

Baugenehmigungen in Berlin und im Land Brandenburg im Jahr 2012

Bezirk Kreisfreie Stadt Landkreis	Ins- gesamt	Wohnungen ¹	
		ins- gesamt	darunter Neubau
Berlin			
Mitte	104	846	798
Friedrichshain-Kreuzberg ..	140	1 258	1 066
Pankow	621	1 664	1 348
Charlottenburg- Wilmerdorf	231	914	779
Spandau	377	423	326
Steglitz-Zehlendorf	330	670	379
Tempelhof-Schöneberg	135	388	348
Neukölln	123	153	131
Treptow-Köpenick	447	1 482	990
Marzahn-Hellersdorf	406	508	350
Lichtenberg	418	1 212	953
Reinickendorf	229	423	296
Berlin	3 561	9 941	7 764
Brandenburg			
Brandenburg an der Havel ..	161	152	98
Cottbus	178	223	183
Frankfurt (Oder)	92	118	63
Potsdam	400	1 016	951
Barnim	694	705	609
Dahme-Spreewald	611	665	591
Elbe-Elster	195	65	52
Havelland	771	869	744
Märkisch-Oderland	719	702	631
Oberhavel	632	670	641
Oberspreewald-Lausitz	213	86	133
Oder-Spree	521	524	481
Ostprignitz-Ruppin	240	229	210
Potsdam-Mittelmark	1 011	943	872
Prignitz	166	90	45
Spree-Neiße	261	166	141
Teltow-Fläming	486	398	336
Uckermark	374	292	192
Land Brandenburg	7 725	7 913	6 973

¹ Die Anzahl der Neubauwohnungen kann höher sein als die Gesamtzahl der Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben insgesamt, oder die Anzahl der Wohnungen insgesamt kann einen negativen Wert ausweisen, wenn Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden zu einer Verringerung der Wohnungszahl, z. B. durch Zusammenlegungen, führen.

Baugewerbe Februar 2013

■ Berliner Baubetriebe weit über Vorjahresniveau

In den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im Februar 2013 der baugewerbliche Umsatz zweistellig um 29,8 % auf 148,7 Mill. EUR gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats (...). Dabei nahmen sowohl im Hochbau (+27,6 %) als auch im Tiefbau (+34,1 %) die gewerblichen Umsätze im betrachteten Monat gegenüber Februar 2012 stark zu. Im Hochbau waren sowohl der Wohnungsbau (+44,8 %) als auch der öffentliche Hochbau (+56,8 %) Umsatzstützen, der gewerbliche und industrielle Hochbau blieb annähernd gleich (–0,1 %). Im Tiefbau entwickelte sich im Februar 2013 nur der Umsatz im Straßenbau negativ (–9,8 %); die Sparten „gewerblicher und industrieller Tiefbau“ (+30,4 %) und „sonstiger Tiefbau“ (+91,5 %) verzeichneten dagegen starke Umsatzzuwächse.

(...) In den befragten Betrieben des Bauhauptgewerbes erhöhten sich die Auftragseingänge im Februar 2013 um gut ein Drittel (+34,7 %) gegenüber dem Wert des Februars 2012. Sowohl im Hochbau (+42,9 %) als auch im Tiefbau (+23,3 %) gab es dabei einen starken Anstieg. Auch die Anzahl der tätigen Personen in den befragten Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes entwickelte sich positiv und stieg im Februar 2013 um 3,8 % gegenüber Februar 2012. Der Umsatz je Beschäftigten nahm stark um gut ein Viertel zu (+25,1 %) und betrug 13 335 EUR. Die Entgelte erhöhten sich zweistellig um 10,7 % und wiesen 28,1 Mill. EUR aus. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg im betrachteten Monat arbeitstäglich bereinigt um knapp ein Drittel (+30,5 %) auf 0,9 Mill. Stunden gegenüber dem Vorjahresmonat.

■ Mehr Umsätze und Auftragseingänge für Brandenburger Baubetriebe

In den Betrieben des Bauhauptgewerbes im Land Brandenburg mit 20 und mehr Beschäftigten stieg im Februar 2013 der baugewerbliche Umsatz um 7,7 % auf 90,1 Mill. EUR im Vergleich zum Februar 2012, (...). Im Hochbau nahm der baugewerbliche Umsatz um durchschnittlich 11,6 % zu. Der Umsatz in den einzelnen Sparten entwickelte sich dabei unterschiedlich. Der Wohnungsbau (+9,5 %) und der gewerbliche und industrielle Hochbau (+19,6 %) erzielten ein Umsatzplus; im öffentlichen Hochbau ging der Umsatz um 10,6 % gegenüber dem Vorjahresmonat zurück. Der Tiefbau erzielte im Mittel ein Plus gegenüber Februar 2012 in Höhe von 3,3 %. Das Minus im Straßenbau (–10,3 %) und im sonstigen Tiefbau (–24,9 %) wurde von dem starken Umsatzanstieg im gewerblichen und industriellen Tiefbau im Februar 2013 gegenüber dem Vorjahresmonat (+30,6 %) überkompensiert.

(...) Auch die Auftragseingänge in den auskunftspflichtigen Betrieben des Bauhauptgewerbes stiegen im Land Brandenburg im Februar 2013 um 7,9 % auf 118,1 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe im Land Brandenburg Beschäftigten ging leicht, um 1,7 % auf 15 351 tätige Personen gegenüber Februar 2012, zurück. Auch die Entgelte sanken im betrachteten Monat um 2,6 % auf 29,7 Mill. EUR. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten erhöhte sich um 9,6 % auf 5 872 EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden lag im Februar 2013 mit 1,0 Mill. arbeitstäglich bereinigt um 14,8 % über der des Vorjahresmonats.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2013

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Um- satz	Auftrags- eingang	tätige Personen	Um- satz	Auftrags- eingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Januar.....	11 326	133,8	85,1	3,8	-12,9	-67,8
Februar.....	11 148	148,7	135,8	3,8	29,8	34,7
Januar bis Februar	11 237	282,4	220,9	3,8	5,4	-39,5
Brandenburg						
Januar.....	15 458	91,3	134,6	-2,1	-19,1	38,7
Februar.....	15 351	90,1	118,1	-1,7	7,7	7,9
Januar bis Februar	15 405	181,5	252,7	-1,9	-7,7	22,4

Preise April 2013

Verbraucherpreise in Berlin um 2,0 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist in Berlin von März 2013 bis April 2013 um 0,4 % auf einen Indexstand von 106,4 (Basis 2010 = 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat März 2012 betrug +2,0 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise im April 2013 von durchschnittlich -0,4 % war einerseits durch den starken Rückgang der Preise für Pauschalreisen (-20,5 %) bedingt. Aber auch gesunkene Preise bei Heizöl (-5,8 %) und Beherbergungsdienstleistungen (-5,4 %) trugen dazu bei. Der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln schwächte weiter ab. Gegenüber dem Vormonat stieg er nur noch um 0,3 %. Dies resultierte vor allem aus Preisrückgängen bei Gemüse (-0,9 %) und Molkereiprodukten und Eiern (-0,4 %). Preisanstiege waren bei Obst (+2,0 %; darunter Orangen +16,1 %, Mandarinen +13,0 % und Zitronen +9,8 %) und Fleisch und Fleischwaren (+1,0 %) zu verzeichnen.

Die jährliche Preisentwicklung erhöhte sich im April mit +2,0 % gegenüber dem Vormonat (März 2013: +1,9 %) wieder leicht und wurde wie in den Vormonaten in erster Linie von den Nahrungsmittel- und Energiepreisen bestimmt. Allerdings zogen die Preise für Nahrungsmittel mit +5,1 % weitaus stärker an als die für Energie mit +1,2 %. Ursache hierfür waren wiederum unterschiedliche Preisentwicklungen innerhalb der Energieprodukte. So gingen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe (-9,3 % bzw. -5,1 %) sowie Gas (-3,4 %) im Jahresvergleich merklich zurück, während Strom (+16,8 %), Zentralheizung und Fernwärme (+3,8 %) sowie feste Brennstoffe (+3,5 %) spürbar teurer wurden. Der gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres erneut hohe Anstieg der Nahrungsmittelpreise war im April 2013 wiederum auf kräftig gestiegene Preise für Obst (+9,3 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+9,2 %) zurückzuführen. Aber auch andere Nahrungsmittel wie beispielsweise Molkereiprodukte und Eier (+3,0 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+2,1 %) waren teurer als vor einem Jahr. Weitere nennenswerte Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr wurden für Restaurantbesuche (+4,1 %), alkoholfreie Getränke (+3,3 %) und Schuhe (+2,5 %) ermittelt. Ein Rückgang war bei den Pauschalreisen zu verzeichnen (-3,3 %). Nach wie vor verbraucherfreundlich zeigten sich im Jahresvergleich die Preise für Unterhaltungselektronik (-7,1 %).

Verbraucherpreise im Land Brandenburg um 1,0 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex ist im Land Brandenburg von März 2013 bis April 2013 um 0,4 % auf einen Indexstand von 104,7 (Basis 2010 = 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat April 2012 betrug +1,0 %.

Der Rückgang der Verbraucherpreise von März bis April 2013 von durchschnittlich 0,4 % war durch den starken Rückgang der Preise für Pauschalreisen (-20,5 %) bedingt. Auch gesunkene Preise bei Heizöl um 2,6 % trugen dazu bei. Der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln schwächte sich weiter ab. Gegenüber dem Vormonat stieg er um 0,2 % an. Dies resultierte vor allem aus dem Preisanstieg für Obst (+1,9 %; darunter Zitronen: +7,6 %; Mandarinen +5,6 % und Orangen +5,2 %) sowie Gemüse (+0,3 %; darunter Paprika: +15,2 %; Blumenkohl: +12,3 %).

Das Niveau der jährlichen Veränderung zum Vorjahr ist im April 2013 mit +1,0 % weiter zurückgegangen und wurde wie in den Vormonaten in erster Linie von den Nahrungsmittel- und Energiepreisen bestimmt (ohne Nahrungsmittel und Energie: +0,7 %). Wie auch im Vormonat zogen die Preise für Nahrungsmittel mit +3,2 % weitaus stärker an als die für Energie mit +0,7 %. Ursache hierfür waren unterschiedliche Preisentwicklungen innerhalb der Energieprodukte. So gingen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe (-6,1 % bzw. -5,3 %) auch im Jahresvergleich merklich zurück, während Strom (+11,7 %), Zentralheizung und Fernwärme (+3,9 %) sowie Gas (+1,3 %) nach wie vor spürbar teurer wurden. Der gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres weiterhin hohe Anstieg der Nahrungsmittelpreise war hauptsächlich auf kräftig gestiegene Preise für Gemüse (+7,7 %) sowie Fleisch und Fleischwaren (+5,3 %) und Obst (+3,4 %) zurückzuführen. Aber auch andere Nahrungsmittel wie beispielsweise Molkereiprodukte und Eier (+2,0 %) sowie Speisefette und -öle (+1,3 %) waren teurer als vor einem Jahr. Lediglich für Kaffee, Tee und Kakao mussten die Verbraucher nicht so tief in ihre Taschen greifen (-3,7 %). Weitere nennenswerte Preiserhöhungen gegenüber dem Vorjahr wurden für Beherbergungsdienstleistungen (+3,0 %), den Krankenhausaufenthalt (+2,9 %), Restaurantbesuche (+2,1 %) und Schuhe (+1,8 %) ermittelt. Ein Rückgang war bei den Pauschalreisen zu verzeichnen (-3,3 %). Nach wie vor verbraucherfreundlich zeigten sich im Jahresvergleich insbesondere die Preise für Unterhaltungselektronik (-8,7 %).

Kurz gefasst **aus Deutschland****Erwerbstätigkeit** März 2013▮ **41,5 Mill. Erwerbstätige**

Im März 2013 waren (...) insgesamt 41,5 Mill. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Gegenüber März 2012 war das ein Plus von 302 000 Erwerbstätigen oder 0,7 %. Die Zahl der Erwerbslosen lag im März 2013 bei rund 2,4 Mill. Personen, das waren 56 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Nach vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl im März 2013 gegenüber dem Vormonat Februar aufgrund der einsetzenden Frühjahrsbelegung um 102 000 Personen. Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der üblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen, ergab sich im März 2013 gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 28 000 Personen (+ 0,1 %). (...)

Nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung lag die Zahl der Erwerbslosen im März 2013 bei 2,37 Mill. Sie erhöhte sich damit im Vergleich zum März 2012 um 56 000 Personen oder 2,6 %. Gegenüber dem Vormonat Februar 2013 verringerte sich die Erwerbslosenzahl um 168 000 Personen oder 6,7 %. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse verringerte sich die Zahl der Erwerbslosen im Vergleich zum Vormonat um 3 600 auf 2,29 Mill. (0,0 %). Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im März 2013 bei 5,4 %. (...)

Quelle: DESTATIS

Erwerbstätige¹ in Deutschland Januar 2011 bis März 2013

Jahr	Monat	Originalwerte			Saisonbereinigt ²	
		Personen	Veränderung gegenüber Vormonat	Veränderung gegenüber Vorjahresmonat	Personen	Veränderung gegenüber Vormonat
		Mill.	%		Mill.	%
2011	Januar	40,6	- 0,9	1,4	40,9	0,1
	Februar	40,6	0,1	1,6	40,9	0,2
	März	40,7	0,3	1,5	41,0	0,1
	April	40,9	0,5	1,4	41,0	0,1
	Mai	41,0	0,3	1,4	41,1	0,1
	Juni	41,1	0,1	1,3	41,1	0,1
	Juli	41,1	0,0	1,4	41,1	0,1
	August	41,2	0,2	1,3	41,2	0,1
	September ..	41,4	0,6	1,3	41,2	0,1
	Oktober	41,6	0,4	1,2	41,2	0,0
	November ..	41,7	0,2	1,3	41,3	0,2
	Dezember ..	41,5	- 0,4	1,3	41,4	0,2
2012	Januar	41,2	- 0,8	1,4	41,4	0,2
	Februar	41,1	0,0	1,2	41,4	0,0
	März	41,2	0,3	1,3	41,5	0,1
	April	41,4	0,4	1,2	41,5	0,0
	Mai	41,5	0,3	1,2	41,5	0,1
	Juni	41,5	0,0	1,1	41,6	0,0
	Juli	41,6	0,1	1,1	41,6	0,1
	August	41,6	0,1	1,1	41,6	0,0
	September ..	41,8	0,5	0,9	41,6	0,0
	Oktober	42,0	0,4	0,9	41,6	0,1
	November ..	42,0	0,1	0,9	41,7	0,1
	Dezember ..	41,8	- 0,5	0,8	41,7	0,1
2013	Januar	41,4	- 0,9	0,7	41,7	0,1
	Februar	41,4	0,0	0,8	41,8	0,1
	März	41,5	0,2	0,7	41,8	0,1

¹ Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen: Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). Die entsprechenden Zeitreihen für die Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) können auf den Fachbereichsseiten abgerufen werden.

² Saisonbereinigung nach Census X-12-Arima-Verfahren

Energie Jahr 2012

Deutschland exportierte mehr Strom als es importierte

Im Jahr 2012 war Deutschland wie schon in den sechs vorangegangenen Jahren per saldo ein Stromexportland. (...) Es wurden 43,8 Terawattstunden (TWh) im Jahr 2012 über die europäischen Stromnetze nach Deutschland eingeführt. Im gleichen Zeitraum führte Deutschland 66,6 TWh aus, woraus sich ein Überschuss von 22,8 TWh ergab.

Im Vergleich zum Jahr 2011 vervierfachte sich der Ausfuhrüberschuss nahezu: Damals wurden 6,0 TWh mehr aus- als eingeführt. Der Stromimport lag 2011 bei insgesamt 48,5 TWh, der Stromexport erreichte einen Wert von 54,5 TWh. Im Jahr vor der Havarie der drei Atommeiler in Japan (2010) hatte der Überschuss bei 17,6 TWh gelegen, im Jahr 2009 waren es 14,4 TWh. Damit wurde im Jahr 2012 der höchste Überschuss der letzten vier Jahre erzielt.

Mit der Handelsware Strom erwirtschaftete Deutschland 2012 einen Überschuss von 1,4 Mrd. EUR. Der Wert der Stromausfuhren betrug 3,7 Mrd. EUR, die Einfuhrwerte lagen bei 2,3 Mrd. EUR.

Die größten Strommengen wurden 2012 aus den Nachbarländern Frankreich (13,2 TWh), Dänemark (8,5 TWh) und der Tschechischen Republik (8,4 TWh) eingespeist. Die wichtigsten Abnehmer für Strom aus Deutschland waren die Niederlande (22,6 TWh) sowie die beiden Alpennachbarn Österreich (15,9 TWh) und die Schweiz (12,7 TWh).

Quelle: DESTATIS

Verbraucherpreise April 2013

Voraussichtlich +1,2 % mehr gegenüber April 2012

Die Verbraucherpreise in Deutschland werden sich im April 2013 voraussichtlich um 1,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhen. (...) Die Verbraucherpreise sinken nach bisher vorliegenden Ergebnissen gegenüber März 2013 voraussichtlich um 0,5 %.

Die Abschwächung der Gesamtteuerung ist vor allem auf Preissenkungen bei Pauschalreisen zurückzuführen, die teilweise saison- und kalenderbedingt sind.

Der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln liegt mit +4,1 % deutlich über der Gesamtteuerung.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland wird sich im April 2013 voraussichtlich um 1,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhen. Gegenüber März 2013 sinkt er voraussichtlich um 0,5 %.

Quelle: DESTATIS

Jährliche Veränderung des Verbraucherpreisindexes und ausgewählter Gütergruppen 2013

Gütergruppe	Gewichtung	Januar	Februar	März	April ¹
	‰	Veränderung zum Vorjahresmonat in %			
Gesamtindex	1 000	1,7	1,5	1,4	1,2
Waren	479,77	2,3	2,0	1,4	1,5
darunter					
Energie ²	106,56	3,9	3,6	0,5	0,4
Nahrungsmittel ...	90,52	4,5	3,1	3,7	4,1
Dienstleistungen ...	520,23	1,1	1,1	1,5	0,8
darunter					
Wohnungsmiete ³	209,93	1,2	1,2	1,3	1,3

¹ vorläufige Zahl

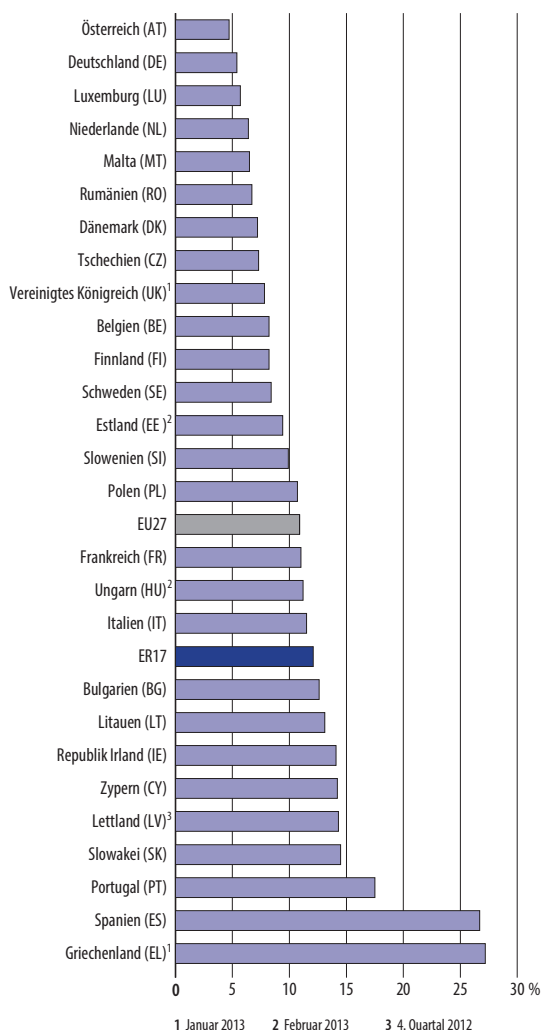
² Haushaltsenergie und Kraftstoffe

³ Nettokaltmieten

Kurz gefasst **aus Europa****Arbeitsmarkt** März 2013**Arbeitslosenquote des Euroraums bei 12,1 %**

(...) Im Euroraum (ER17)¹ lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im März 2013 bei 12,1 % gegenüber 12,0 % im Februar. In der EU27² lag die Arbeitslosenquote bei 10,9 %, stabil gegenüber Februar. Im Vergleich zum März 2012 sind die Quoten in beiden Gebieten deutlich gestiegen; in jenem Monat hatten sie 11,0 % bzw. 10,3 % betragen. (...)

Im März 2013 werden schätzungsweise in der EU27 insgesamt 26,521 Mill. Männer und Frauen arbeitslos sein, davon 19,211 Mill. im Euroraum. Gegenüber Februar 2013 stieg die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 69 000 und im Euroraum um 62 000. Gegenüber März 2012 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 1,814 Mill. und im Euroraum um 1,723 Mill. zu.

Arbeitslosenquoten in Europa im März 2013, saisonbereinigt

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Österreich (4,7 %), Deutschland (5,4 %) und Luxemburg (5,7 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten, und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (27,2 % im Januar), Spanien (26,7 %) und Portugal (17,5 %).

Die Arbeitslosenquote stieg über ein Jahr betrachtet in neunzehn Mitgliedstaaten und fiel in acht. Die höchsten Anstiege meldeten Griechenland (von 21,5 % auf 27,2 % zwischen Januar 2012 und Januar 2013), Zypern (von 10,7 % auf 14,2 %), Spanien (von 24,1 % auf 26,7 %) und Portugal (von 15,1 % auf 17,5 %). Die höchsten Rückgänge verzeichneten Lettland (von 15,6 % auf 14,3 % zwischen dem vierten Quartal 2011 und 2012), Estland (von 10,6 % auf 9,4 % zwischen Februar 2012 und Februar 2013) und Irland (von 15,0 % auf 14,1 %).

Vergleicht man März 2012 mit März 2013, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer im Euroraum von 10,8 % auf 11,9 % und in der EU27 von 10,2 % auf 10,9 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im Euroraum von 11,3 % auf 12,2 % zu und in der EU27 von 10,4 % auf 11,0 %.

Im März 2013 waren 5,690 Mill. Personen im Alter unter 25 Jahren in der EU27 arbeitslos, davon 3,599 Mill. im Euroraum. Gegenüber März 2012 stieg deren Zahl in der EU27 um 177 000 und im Euroraum um 184 000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im März 2013 in der EU27 bei 23,5 % und im Euroraum bei 24,0 %. Im März 2012 hatten die Quoten 22,6 % bzw. 22,5 % betragen. Die niedrigsten Quoten im März 2013 verzeichneten Deutschland und Österreich (je 7,6 %) sowie die Niederlande (10,5 %), und die höchsten Quoten meldeten Griechenland (59,1 % im Januar 2013), Spanien (55,9 %), Italien (38,4 %) und Portugal (38,3 %).

Die Arbeitslosenquote in den USA lag im März 2013 bei 7,6 %. In Japan lag die Quote im Februar 2013 bei 4,3 %.

Quelle: EUROSTAT

- ¹ Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.
- ² Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

Steuern Jahr 2011

Die Abgabenquote im Verhältnis zum BIP stieg in der EU27 auf 38,8 % des BIP

Die Abgabenquote im Verhältnis zum BIP, d. h. die Summe aller Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP, belief sich in der EU27¹ im Jahr 2011 auf 38,8 %; ein Anstieg gegenüber 38,3 % im Jahr 2010 und 38,4 % in 2009. Die Abgabenquote im Euroraum (ER17)² erhöhte sich im Jahr 2011 auf 39,5 %, gegenüber 39,0 % im Jahr 2010 und 39,1 % in 2009.

Die Abgabenbelastung variiert jedoch deutlich zwischen den Mitgliedstaaten und reichte im Jahr 2011 von unter 30 % in Litauen (26,0 %), Bulgarien (27,2 %), Lettland (27,6 %), Rumänien (28,2 %), der Slowakei (28,5 %) und Irland (28,9 %) bis über 40 % in Dänemark (47,7 %), Schweden (44,3 %), Belgien (44,1 %), Frankreich (43,9 %), Finnland (43,4 %), Italien (42,5 %) und Österreich (42,0 %).

Zwischen 2010 und 2011 wurden die größten Anstiege der Abgabenquote im Verhältnis zum BIP in Portugal (von 31,5 % auf 33,2 %), Rumänien (von 26,7 % auf 28,2 %) und Frankreich (von 42,5 % auf 43,9 %) verzeichnet und die höchsten Rückgänge in Estland (von 34,1 % auf 32,8 %), Schweden (von 45,4 % auf 44,3 %) und Litauen (von 27,0 % auf 26,0 %). (...)

Die größte Quelle des Steueraufkommens in der EU27 sind Steuern auf Arbeit, die fast die Hälfte des gesamten Steueraufkommens ausmachen, gefolgt von Konsumsteuern mit rund einem Drittel und Kapitalsteuern mit ungefähr einem Fünftel.

Der BIP-gewichtete Durchschnitt des impliziten Steuersatzes auf Arbeit in der EU27 stieg von 35,4 % im Jahr 2010 auf 35,8 % in 2011. In den Mitgliedstaaten reichte der implizite Steuersatz auf Arbeit 2011 von 22,7 % in Malta, 24,6 % in Bulgarien, 25,5 % in Portugal und 26,0 % im Vereinigten Königreich bis 42,8 % in Belgien, 42,3 % in Italien und 40,8 % in Österreich.

Der durchschnittliche implizite Steuersatz auf Konsum in der EU27 erhöhte sich von 19,7 % im Jahr 2010 auf 20,1 % in 2011. Im Jahr 2011 war der implizite Steuersatz auf Konsum in Spanien (14,0 %), Griechenland (16,3 %), Lettland (17,2 %) und Italien (17,4 %) am niedrigsten und in Dänemark (31,4 %), Schweden (27,3 %), Luxemburg (27,2 %), Ungarn (26,8 %) und Finnland (26,4 %) am höchsten.

In der EU27 verringerte sich der durchschnittliche implizite Steuersatz auf Kapital zwischen 2010 und 2011 in zehn der Mitgliedstaaten, für die Daten verfügbar sind, und erhöhte sich in neun. Die impliziten Steuersätze auf Kapital reichten von 5,5 % in Litauen bis 44,4 % in Frankreich.

Der durchschnittliche Spitzensatz der Einkommensteuer in der EU27 liegt im Jahr 2013 bei 38,7 %, ein Anstieg gegenüber 38,1 % in 2012, jedoch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000 von 44,8 %. Die höchsten Spitzensteuersätze auf Einkommen im Jahr 2013 verzeichnen Schweden (56,6 %), Dänemark (55,6 %), Belgien (53,7 %), Portugal (53,0 %), Spanien und die Niederlande (je 52,0 %) und die niedrigsten Bulgarien (10,0 %), Litauen (15,0 %), Ungarn und Rumänien (je 16,0 %).

Der durchschnittliche Steuersatz auf Körperschaften in der EU27 liegt im Jahr 2013 bei 23,0 %, stabil gegenüber 2012 und ebenfalls deutlich unter dem Niveau des Jahres 2000. Die höchsten Regelsteuersätze auf Körperschaften im Jahr 2013 verzeichnet Frankreich (36,1 %), Malta (35,0 %) und Belgien (34,0 %) und die niedrigsten Bulgarien und Zypern (je 10,0 %) sowie Irland (12,5 %).

Der durchschnittliche Normalsteuersatz der MwSt. in der EU27 liegt im Jahr 2013 bei 21,3 %, ein leichter Anstieg gegenüber 2012. Im Vergleich zum Jahr 2012 haben sechs Mitgliedstaaten in 2013 ihre MwSt.-Sätze erhöht und nur Lettland hat den MwSt.-Satz verringert. Der Normalsatz der MwSt. reicht im Jahr 2013 von 15,0 % in Luxemburg und 18,0 % in Zypern und Malta bis 27,0 % in Ungarn sowie 25,0 % in Dänemark und Schweden.

Quelle: EUROSTAT

- 1 Zur EU27 gehören: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.
- 2 Zum Euroraum (ER17) gehören folgende 17 Mitgliedstaaten: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

Spitzensatz für die Einkommen- und Körperschaftsteuer und Normalsatz der Mehrwertsteuer in der EU

Mitglied- staat	Einkommensteuer			Körperschaftsteuer			Mehrwertsteuer ¹		
	2000	2012	2013 ²	2000	2012	2013 ²	2000	2012	2013 ²
	%								
EU27 ³	44,8	38,1	38,7	31,9	23,0	23,0	19,2	21,0	21,3
ER17 ³	47,1	43,1	44,3	34,4	25,4	25,7	18,1	20,0	20,4
Belgien	60,6	53,7	53,7	40,2	34,0	34,0	21,0	21,0	21,0
Bulgarien	40,0	10,0	10,0	32,5	10,0	10,0	20,0	20,0	20,0
Tsch. Republik	32,0	15,0	22,0	31,0	19,0	19,0	22,0	20,0	21,0
Dänemark	62,9	55,4	55,6	32,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Deutschland	53,8	47,5	47,5	51,6	29,8	29,8	16,0	19,0	19,0
Estland	26,0	21,0	21,0	26,0	21,0	21,0	18,0	20,0	20,0
Irland	44,0	41,0	41,0	24,0	12,5	12,5	21,0	23,0	23,0
Griechenland	45,0	49,0	46,0	40,0	20,0	26,0	18,0	23,0	23,0
Spanien	48,0	52,0	52,0	35,0	30,0	30,0	16,0	18,0	21,0
Frankreich	59,0	46,8	50,2	37,8	36,1	36,1	19,6	19,6	19,6
Italien	45,9	47,3	43,0	41,3	31,4	27,5	20,0	21,0	22,0
Zypern	40,0	38,5	38,5	29,0	10,0	10,0	10,0	17,0	18,0
Lettland	25,0	25,0	24,0	25,0	15,0	15,0	18,0	22,0	21,0
Litauen	33,0	15,0	15,0	24,0	15,0	15,0	18,0	21,0	21,0
Luxemburg	47,2	41,3	43,6	37,5	28,8	29,2	15,0	15,0	15,0
Ungarn	44,0	20,3	16,0	19,6	20,6	20,6	25,0	27,0	27,0
Malta	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	15,0	18,0	18,0
Niederlande	60,0	52,0	52,0	35,0	25,0	25,0	17,5	19,0	21,0
Österreich	50,0	50,0	50,0	34,0	25,0	25,0	20,0	20,0	20,0
Polen	40,0	32,0	32,0	30,0	19,0	19,0	22,0	23,0	23,0
Portugal	40,0	49,0	53,0	35,2	31,5	31,5	17,0	23,0	23,0
Rumänien	40,0	16,0	16,0	25,0	16,0	16,0	19,0	24,0	24,0
Slowenien	50,0	41,0	50,0	25,0	18,0	17,0	19,0	20,0	20,0
Slowakei	42,0	19,0	25,0	29,0	19,0	23,0	23,0	20,0	20,0
Finnland	54,0	49,0	51,1	29,0	24,5	24,5	22,0	23,0	24,0
Schweden	51,5	56,6	56,6	28,0	26,3	22,0	25,0	25,0	25,0
Ver. Königreich	40,0	50,0	45,0	30,0	24,0	23,0	17,5	20,0	20,0
Norwegen	47,5	40,0	40,0	28,0	28,0	28,0
Island	31,8	31,8	30,0	20,0	20,0

¹ Für den Fall, dass es während eines Jahres zwei MwSt.-Sätze gab, beziehen sich die Angaben in der Tabelle auf den MwSt.-Satz, welcher mehr als sechs Monate in Kraft war bzw. welcher am 1. Juli eingeführt wurde.

² Der Stichtag für die Berücksichtigung von Änderungen der Steuersätze war der 11. März 2013.

³ Arithmetisches Mittel

Wirtschaft im Überblick **Dezember 2012****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2012 zum Dezember 2011 um 3,6 %; das sind genau 7 672 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 11,6 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,7 Prozentpunkte. Im Einzelnen waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Monats Dezember 2012 zum Dezember 2011) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres stieg im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftragseingangindex leicht, bei der Beschäftigtenzahl und beim Gesamtumsatz fiel er – beim Gesamtumsatz stärker. Im

Bauhauptgewerbe stieg die Trend-Kennziffer der Baugenehmigungen, der Beschäftigtenzahl und des Umsatzes leicht, während sie beim Auftragsingang leicht fiel. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der –übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres an, bei den Übernachtungen etwas stärker als bei den Gästeankünften. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die der Betriebsgründungen und -aufgaben sank stark. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel stark – ebenso der bei den Unternehmensinsolvenzen. Im Dezember 2012 lag die Inflationsrate (auf Basis des Verbraucherpreisindex 2010 \pm 100) bei +2,2 % – der jährliche Trend des Gesamindex war fallend.

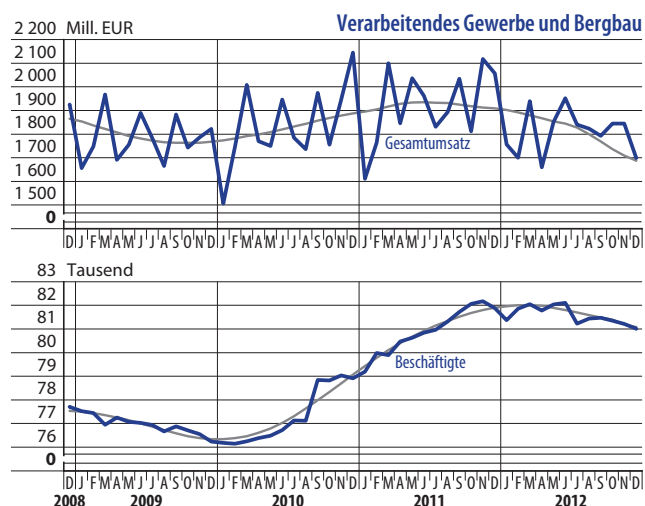
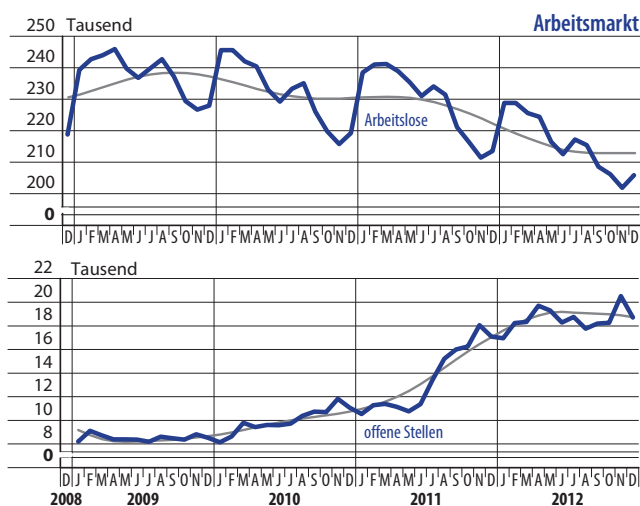
31. Dezember 2011, überein. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug 11,6 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,7 Prozentpunkte. Diese Berliner Arbeitslosenquote lag damit 4,9 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt und 1,3 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +1,7 Prozentpunkte. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosenzahl innerhalb der letzten 12 Monate (Januar 2012 bis Dezember 2012) im Vergleich zum Vorjahr (Januar 2011 bis Dezember 2011) lag bei –5,9 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder leicht an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Der aktuelle Trend ist seit dem Jahresbeginn 2011 leicht fallend.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständigen

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Dezember des Jahres 2012 mit 205 231 Arbeitslosen 2,0 % mehr als im November 2012 registriert, das entsprach einem Plus von 3 996 Personen. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2011 nahm die Zahl

der Arbeitslosen um 3,6 % ab, das entsprach einem Minus von 7 672 Personen. Diese Anzahl stimmt ungefähr mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Gemeinde Schulzendorf im Landkreis Dahme-Spreewald oder der Stadt Treuenbrietzen, am

Tabelle Seite 24



ge / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 21 150 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Dezember 2012 waren 18 705 offene Stellen gemeldet. Das sind +9,5 % zum Dezember 2011 und +37,3 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen sehr stark an – in den letzten sechs Monaten fällt sie hingegen wieder ganz leicht ab. Innerhalb eines Jahres ist die Trend-Konjunktur-Komponente der Anzahl der offenen Stellen jedoch „noch“ steigend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 11,0. Der lineare Trend dieses Quotienten war sehr stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Monats-Vergleich mit +19,3 % eine sehr positive Veränderung; im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume waren es dann –1,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 dann wieder an. Nach einer

kleinen „Delle“ zum Beginn des Jahres 2012 steigt sie nun wieder stärker. Der aktuelle Trend innerhalb des letzten Jahres ist leicht steigend.

Die 330 im Monat Dezember dieses Jahres berichtspflichtigen Betriebe – das sind vier Betriebe weniger als im Dezember 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 699,0 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 357,7 Mill. EUR oder 17,4 % unterboten. In den letzten 12 Monaten – vom Januar 2012 bis Dezember 2012 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 21,7 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Verringerung des Gesamtumsatzes um 5,9 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend. Sie hatte zum Jahreswechsel 2010 / 2011 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten, fällt jedoch seit Mitte 2011 wieder stärker ab.

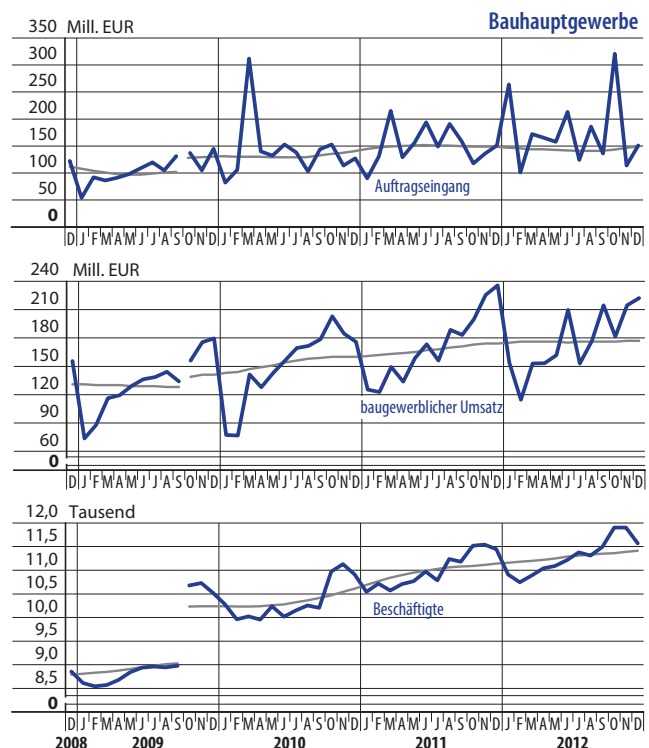
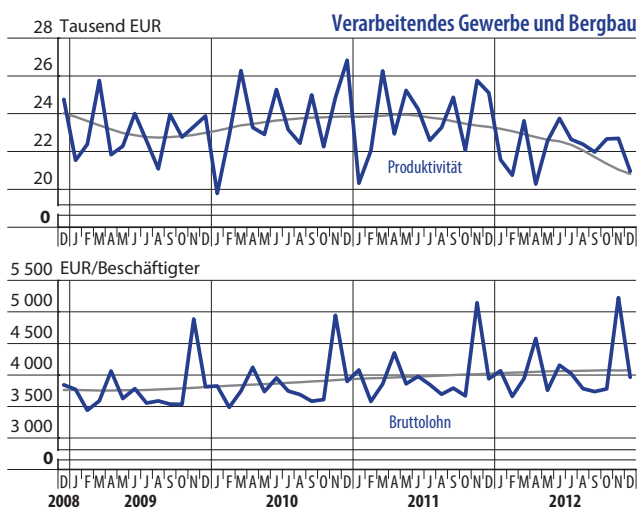
Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember 2012 ein Niveau von 943,2 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 55,5 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 11,9 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert.

Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 stark steigend, sie fällt dann seit Beginn des Jahres 2012 wieder leicht ab. Im Dezember des Jahres 2012 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 067 Personen tätig. Gegenüber dem Dezember 2011 gab es mit –1,1 % eine leicht negative Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +0,8 % die Veränderung „noch“ steigend. Der aktuelle Trend ist demgegenüber leicht fallend.

Im Dezember 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 20 958 EUR, das waren –16,5 % gegenüber dem Dezember 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag bei 3 965 EUR; sie nahm zu und lag um +0,6 % oder etwa 24 EUR höher als im Dezember 2011.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen an dieser Stelle führte. Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Dezember 2012 ein Niveau von 150,6 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit –0,2 % zum Vorjahresmonat eine fast gleichbleibende

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Entwicklung. Beim 12-monatigen Vergleich ergab sich eine Veränderung von +15,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit der Mitte des Jahres 2010 wieder etwas, sie verläuft aber seit dem Frühjahr 2011 ganz leicht fallend. Im Vergleich zum Vorjahresmonat war der Trend – trotz eines hohen Auftragseinganges im Januar und Oktober 2012 – im Dezember 2012 leicht fallend.

Im Dezember 2012 wurden 136 Baugenehmigungen erteilt, das sind –18,1 % zum Dezember 2011; im Vergleich des laufenden Jahres waren es –0,8 %. Der Trend war leicht steigend.

Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Dezember 2012 einen Wert von 222,2 Mill. EUR (Gesamtumsatz: 223,4 Mill. EUR) bei –5,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in den längerfristigen Betrachtungszeiträumen der zurückliegenden beiden 12 Monatszeiträume mit +2,7 % positiv. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Jahr 2009 fast linear an. Der jährliche Trend war demzufolge leicht steigend.

Mit 11 572 Beschäftigten wurde im Dezember 2012 zum Dezember 2011 ein Zuwachs von 1,1 % erreicht. Im Zeitraum der beiden letzten 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten – von 2,6 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl war seit Mitte des Jahres 2006 leicht steigend, ebenso wie beim Vergleich zum Vorjahresmonat.

Im Dezember 2012 erreichte im Berlin-Tourismus die Zahl der Gästeankünfte 804,9 Tsd.; gegenüber dem Dezember 2011 waren es 55,4 Tsd. Personen oder 7,4 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 10,0 %. Der Trend war also steigend.

Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Dezember 2012 zu Dezember 2011) um 11,9 % an, von 1 616,5 Tsd. auf 1 808,4 Tsd. Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich mit +11,3 % diese positive Entwicklung stabil fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen stieg seit dem Jahr 2003 annähernd linear an, in der letzten Zeit etwas stärker.

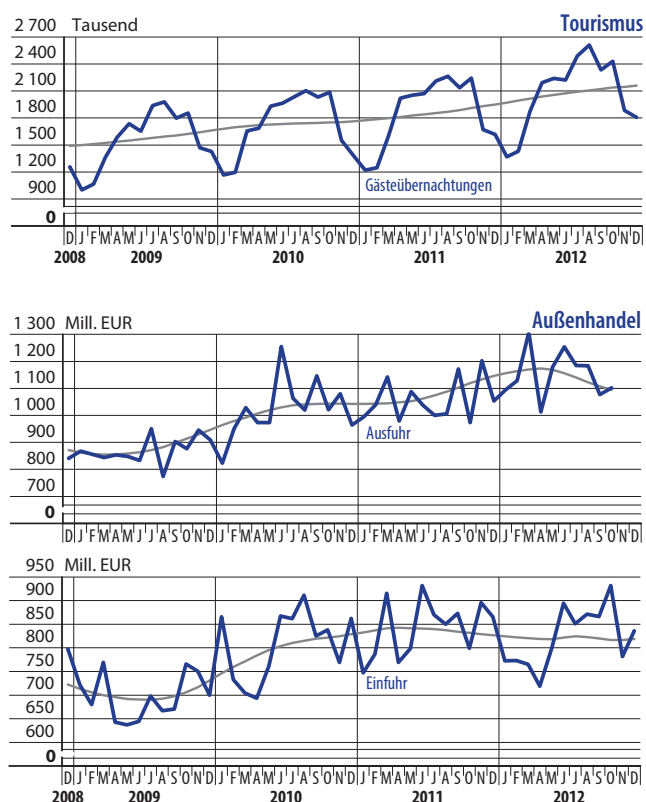
Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2012 auf jeden Gast 2,2 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,2 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig ganz leicht fallender Tendenz.

Im Berliner Außenhandel sind die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Dezember 928,4 Mill. EUR und lag damit um 11,9 % unter dem Ergebnis des Dezember 2011. Beim Vergleich der letzten 12 Monate waren es +7,5 %. Im Zeitraum des gesamten Jahres 2012 wurden Waren im Wert von 13,6 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union

39,8 % der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat Dezember 2011 wurden jedoch 36,5 % weniger in die EU exportiert, die Exportquote des Dezembers lag bei 37,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte im Herbst 2010 das Vorkrisen-Niveau überschritten und fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2012 wieder. Der Trend des letzten Jahres war beim gesamten Export gleichbleibend, beim Export in die EU stark fallend.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 834,4 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von –3,5 % zum Dezember 2011 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (Januar bis Dezember 2012) wurden Waren im Wert von 9,8 Mrd. EUR – das sind –2,4 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008, stieg aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Seit dem Frühjahr des Jahres 2011 sinkt die Trend-Konjunktur-Komponente allerdings wieder etwas. Der Trend des letzten Jahres war beim gesamten Import leicht fallend.

Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende (wie jetzt auch wieder) – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im Dezember 2012 wurden 122 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Dezember 2011, mit 453 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, waren es –126,9 %, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann –23,1 %. Der Trend war stark fallend.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2012 auf 179 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf +272,9 % zum Dezember 2011, der ein Saldo von 48 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es bei den Betrieben –6,7 %. Der Trend war demzufolge auch stark fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten in den betrachteten beiden längerfristigen Zeiträumen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen eine stark negative Veränderungsrate – bei beiden also eine sehr positive Entwicklung.

Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 474 Verfahren für den

Monat Dezember 2012 genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres –29,4 % mehr. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –5,5 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich unter 650 Insolvenzverfahren beantragt, die allerdings im letzten Jahr auf ca. 550 gefallen sind. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert.

Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei etwa 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 etwas steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder stärker – bis in die Nähe von 100. Im Dezember 2012 gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen dann auch zufälligerweise die genannten 100 Fälle, das entspricht –19,4 % zum Dezember 2011. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben sich –7,1 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen.

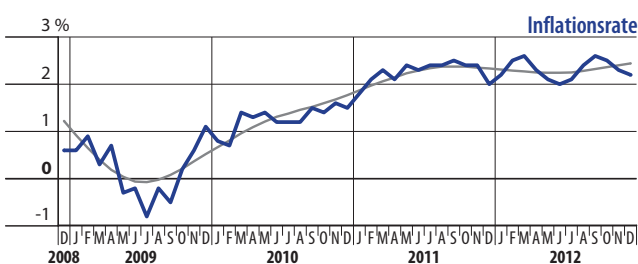
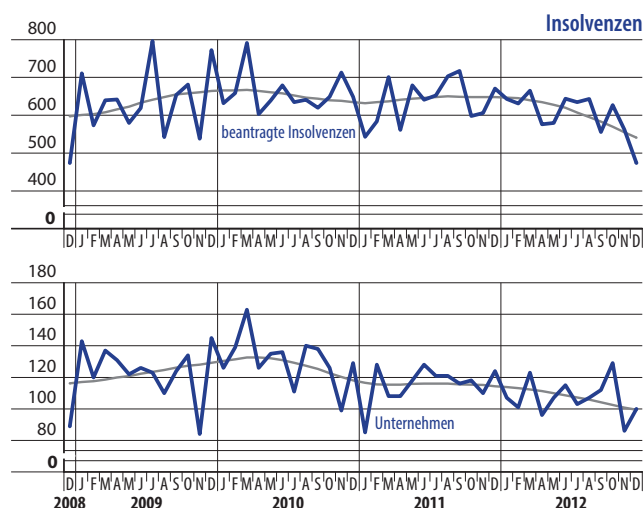
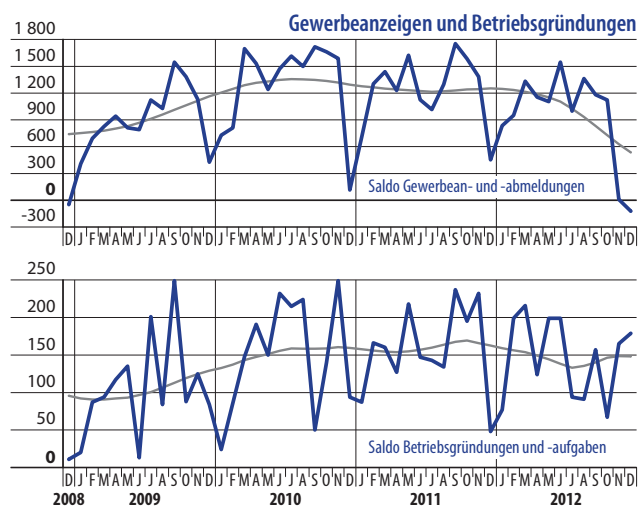
Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen und den Unternehmensinsolvenzen stark fallend.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Berlin – wie auch in Brandenburg – ab dem Berichtsmonat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 \pm 100 auf die neue Basis 2010 \pm 100 umgestellt und einige me-

thodische Verbesserungen vorgenommen. Damit verbunden erfolgte eine Neuberechnung des Gesamtindex ab dem Januar 2000.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2012 bei 105,4 (2010 \pm 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2012 und dem Dezember 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,2 %, im November 2012 waren es +2,3 %. Folgende Preise verteuerten sich überdurchschnittlich: Die für Energie (besonders Gas, Strom, Zentralheizung und Fernwärme, feste Brennstoffe, Kraftstoffe), Nahrungsmittel (Obst, Gemüse, Fleisch- und Fischwaren, Getreideerzeugnisse), aber auch die für Pauschalreisen, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher sowie Personenbeförderung im Schienenverkehr. Preisrückgänge ergaben sich dagegen bei der Nachrichtenübermittlung sowie bei den Wohnungsmieten und der Bekleidung.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit der Mitte 2008 von ca. 3,0 % sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt nahe null und verlief seit dem Herbst des Jahres 2011 um ca. 2,3 % fast gleichbleibend. Gegenüber dem Dezember 2011 war der Trend des Gesamtindex stark steigend.



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2012****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2012 zum Dezember 2011 um 2,8 %, das waren –3 847 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 9,9 %, das sind –0,3 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des DESTATIS-Zeitreihenanalysen-Programms BV4.1 beim Vergleich des Monats Dezember 2012 zum Dezember 2011 folgendes Bild: Die Trends bei der Zahl der Arbeitslosen, der oben genannten Arbeitslosenquote und der offenen Stellen waren leicht fallend, der in Weiterbildungsmaßnahmen Beschäftigten dagegen leicht steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden stieg die Beschäftigtenzahl leicht, der Gesamtumsatz fiel leicht und der Auf-

tragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) fiel stark. Im Baugewerbe stieg die Trend-Konjunktur-Kennziffer beim Auftragseingang stark, bei den Beschäftigten und den Baugenehmigungen fiel sie leicht – beim Baugewerblichen Umsatz stärker. Im Tourismusgewerbe nahmen die Zahl der Gäste und die der Übernachtungen leicht zu. Die Brandenburger Ausfuhren, auch die nach den EU-Ländern und die Importe fielen leicht ab. Die genannten Trends der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben zeigten eine stark fallende Tendenz. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen sank stark, davon die Unternehmensinsolvenzen jedoch weniger stark. Im Dezember 2012 betrug die Inflationsrate +1,8 %; der jährliche Trend des Gesamtindex ist zurzeit „noch“ leicht steigend.

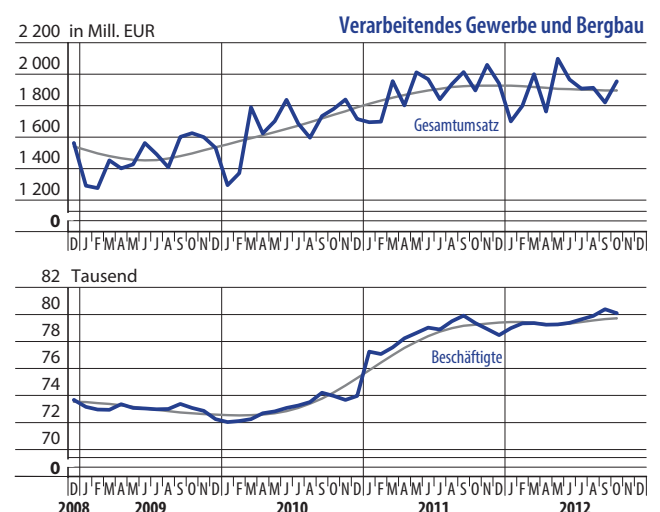
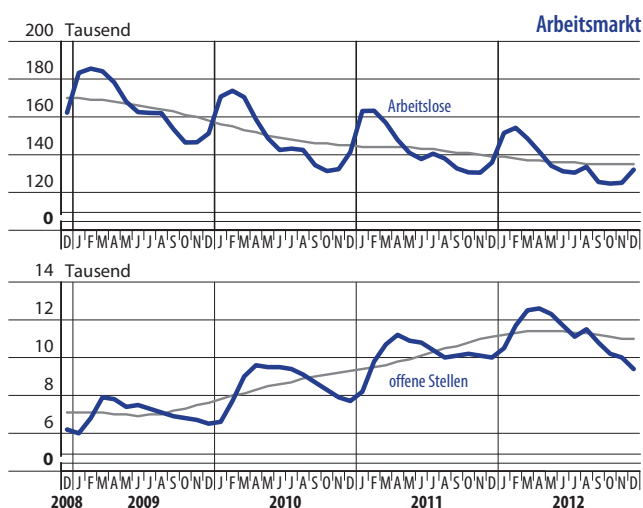
sich die Brandenburger Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt wieder, aber auch 0,4 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 1,7 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten.

Bei den offenen Stellen erfolgte 2009 ein methodischer Wechsel: Es werden nun die gemeldeten, ungefördernden Arbeitsstellen ohne selbstständige / freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit noch weiter zurückliegenden Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 9 380 offenen Stellen hatten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 641 Stellen oder um 6,4 % vermindert. Seit Mitte des Jahres 2009 stieg die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fast linear und sehr stark an, sie fällt seit der Mitte des Jahres 2012 jedoch wieder leicht. Das Verhältnis der gemeldeten

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Dezember des Jahres 2012 mit 132 049 Arbeitslosen ein Plus von 5,5 % gegenüber dem Vormonat – dem November 2012 – registriert, das waren 6 878 Personen mehr. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 2,8 % ab, das entspricht einem Minus

von 3 847 Personen. Diese Zahl stimmt ganz genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Stadt Ruhland zum Ende des Jahres 2011 überein. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 9,9 %, es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat 0,3 Prozentpunkte weniger. Damit fand

Tabelle Seite 25



offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 14,1 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Dezember dieses Jahres waren insgesamt 5 932 Personen in der beruflichen Weiterbildung erfasst; im Vergleich zum Dezember 2011 ergab dies ein Plus von 330 Personen oder +5,9 %.

Zusammengefasst fiel die Trend-Konjunktur-Komponente der Arbeitslosenanzahl, der Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen und der offenen Stellen leicht, während sie bei den in Weiterbildung Beschäftigten leicht steigt.

Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangsindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Vergleich mit –50,6 % eine starke negative Veränderung, bei jedoch starken Schwankungen der Monatseinzelswerte. Im Vergleich der gesamten letzten 12 Monate (Januar 2012 bis Dezember 2012 zu Januar 2011 bis Dezember 2011) waren es –13,3 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftragseinganges haben ihre Ursache in einzelnen Großaufträgen aus dem Ausland. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Zeitreihenzerlegung nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes war seit dem Frühjahr 2010 stärker steigend, seit dem

Herbst 2011 ist sie wieder stark fallend – im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Dezember 2012 zu Dezember 2011) fiel sie ebenfalls sehr stark ab.

Die im Monat Dezember dieses Jahres berichtspflichtigen 436 Betriebe – das sind genau zwei Betriebe mehr als im Dezember 2011 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 683,0 Mill. EUR. Das Ergebnis gegenüber dem Vorjahresmonat verschlechterte sich somit, es wurde um 258,3 Mill. EUR oder 13,3 % unterboten. Im gesamten Jahr 2012 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 22,7 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum 2011 verminderte sich damit der Gesamtumsatz um 0,6 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit dem Jahreswechsel 2008 zu 2009 sehr stark steigend, ab dem Herbst des Jahres 2011 dann aber wieder leicht fallend. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember ein Niveau von 502,3 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 29,8 %, im gesamten Jahr 2012 waren dann 30,5 % des gesamten Umsatzes dieses Wirtschaftszweiges Export.

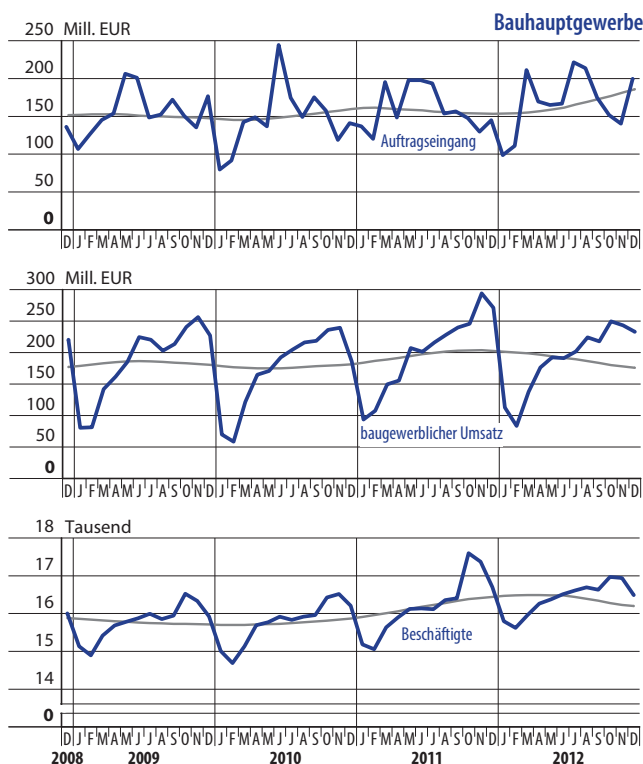
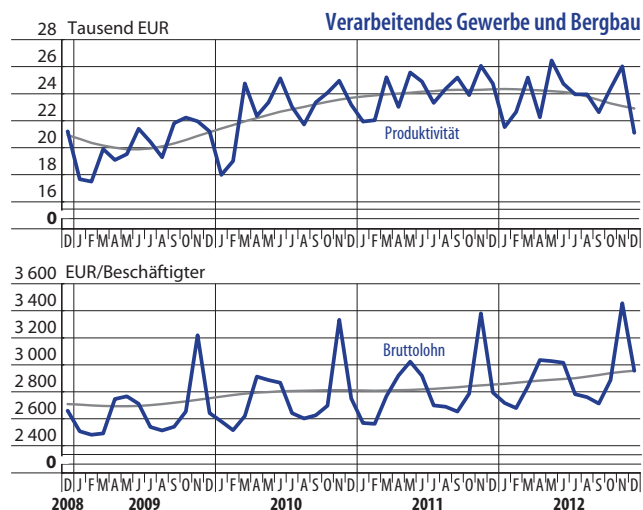
Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine sehr stark steigende

Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Mitte 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt, in letzter Zeit jedoch gleichbleibend verläuft. Im Dezember des Jahres 2012 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigten 79 713 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Dezember 2011) mit +1,6 % eine Zunahme um 1 233 Personen. Im gesamten Ein-Jahres-Vergleich ergaben sich +1,3 %.

Im Dezember 2012 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 21 114 EUR, das waren –14,6 % gegenüber dem Dezember 2011. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg demgegenüber: Sie lag im gleichen Zeitraum um +5,8 % oder 162 EUR je Beschäftigten höher als im Dezember 2011 – insgesamt bei 2 957 EUR. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Produktivität war leicht fallend, während die der Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten leicht stieg.

Das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Dezember 2012 ein Niveau von 198,1 Mill. EUR. Es zeigte mit +38,2 % zum Vorjahresmonat eine sehr positive Entwicklung. Im Vergleich des gesamten Jahres 2012 mit dem Vorjahr 2011 ergab sich mit +5,3 % ebenfalls

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



ein Plus. Der Trend war stark steigend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich hingegen negativ, es ergaben sich –19,4 % im Vergleich zum Vorjahresmonat; beim längerfristigen Vergleich der letzten 12 Monate waren es –5,3 %. Der Trend stellte sich demzufolge bei den Baugenehmigungen als fallend heraus.

Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelte seit 2006 leicht über der 180-Mill.-EUR-Marke – mit langfristig gleichbleibender Tendenz. Sie erreichte zuletzt wieder die Werte des Jahres 2003 / 2004, fällt jedoch seit Ende des Jahres 2011 leicht. Diese Trend-Konjunktur-Komponente war im monatlichen Ein-Jahres-Vergleich (Dezember 2012 zu Dezember 2011) stark fallend. Die im Dezember 2012 berichtspflichtigen 337 Betriebe – 7 Betriebe weniger als im Dezember 2011 – erreichten einen baugewerblichen Umsatz von 233,1 Mill. EUR (Gesamtumsatz 235,7 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit –14,0 % unter dem Wert vom Dezember 2011. Beim Vergleich des gesamten Jahres 2012 mit dem Jahr 2011 ergibt sich eine Veränderung von –6,1 %.

Bei den Beschäftigten setzte sich der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelte seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte und stieg

seit dem Jahresbeginn 2010 leicht an, um seit Anfang 2012 wieder leicht zu fallen. Im Dezember 2012 gab es im Wirtschaftszweig 16 488 Beschäftigte, –1,3 % weniger als im Dezember 2011. Im Zeitraum des gesamten letzten Jahres gab es einen Beschäftigten-Zuwachs von 1,2 %. Der Trend des letzten Jahres war leicht fallend.

Im Dezember 2012 erreichte die Zahl der Gästeübernachtungen beim Brandenburg-Tourismus 561,6 Tsd., gegenüber dem Dezember 2011 waren es +3,4 Tsd. Übernachtungen oder +0,6 %. Beim Vergleich der Ganzjahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 3,8 %.

Die Zahl der Gästeankünfte sank im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 2,1 %. Im Ganzjahres-Vergleich setzte sich bei den Gästeankünften mit +3,0 % die positive Entwicklung langfristiger fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2012 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es ebenfalls 2,7 Übernachtungen. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den -übernachtungen ein stabil und leicht steigender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen läuft diesem Trend entgegen, sie fällt langfristig ganz leicht.

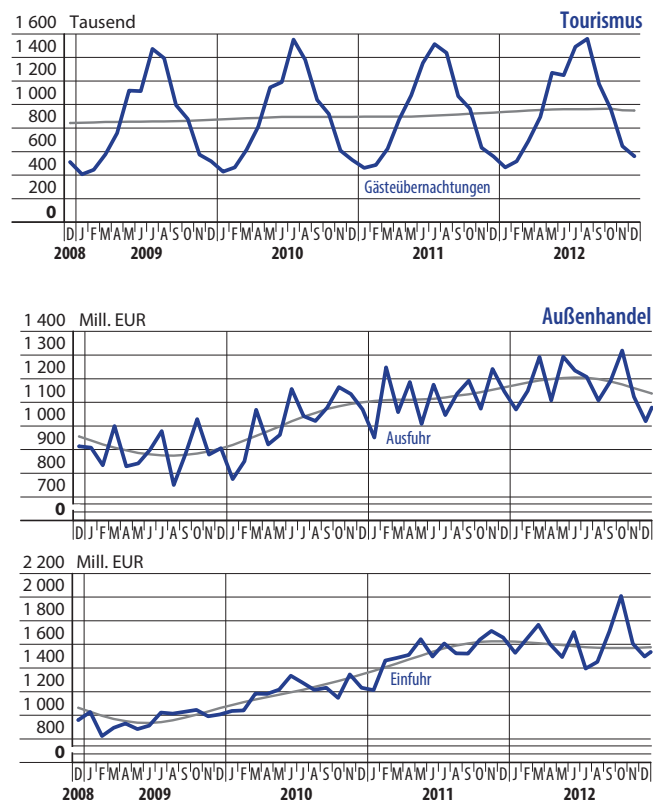
Im Brandenburger Außenhandel trat im Zeitraum vom Beginn des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale etwa

auf das Niveau von 2006 / 2007 zurückwarf. Seit Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes allerdings etwas geringer. Beim Import und beim Export wurde das Vor-Krisen-Niveau etwa zur Mitte 2010 dann wieder überschritten.

Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Dezember 1 019,7 Mill. EUR und lag damit um 11,1 % unter dem Ergebnis des Dezember 2011. Beim Vergleich der gesamten letzten 12-Monats-Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,8 %. Insgesamt wurden in den letzten 12 Monaten 14,1 Mrd. EUR exportiert. In die Staaten der Europäischen Union gingen 69,2 % der gesamten Ausfuhr des Dezember 2012, mit 705,6 Mill. EUR 0,3 % mehr als im Dezember 2011; in den letzten 12-Monats-Zeitraum ergab sich beim EU-Export ein Minus von 2,2 %.

Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 496,6 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um –9,7 % gegenüber dem Dezember 2011 führte. In den letzten 12 Monaten wurden Waren im Wert von 19,4 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +5,0 %.

Der Trend der letzten 12 Monate ist bei allen drei Merkmalen leicht fallend. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger



Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben zusammengefasst dargestellt. Zu beachten ist, dass eine starke saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt.

Im Dezember 2012 wurden 603 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Dezember 2011 (687 mehr Ab- als Anmeldungen) sind es, bei einer Saldendifferenz von -84 dann -12,2 % und im gesamten 12-Monats-Vergleich -155,0 %.

Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2012 auf 109 Abmeldungen mehr gegenüber den Anmeldungen und damit zu einem Minus von 18,7 % zum Dezember 2011 (134 Abmeldungen mehr als Anmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben -97,8 %.

Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und bei den Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben als außerordentlich stark fallend eingeschätzt werden.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei stark schwankenden monatlichen Werten – seit Beginn des Jahres 2010 eine deutlich fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren wurden insgesamt 398 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem Dezember des Vorjahres eine Veränderung von -7,7 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich ca. 450 Verfahren beantragt. Im längerfristigen Ganzjahres-Zeitraum waren es dann -7,5 %. Eindeutig dominierten die Verbraucherinsolvenzen die beantragten Insolvenzverfahren.

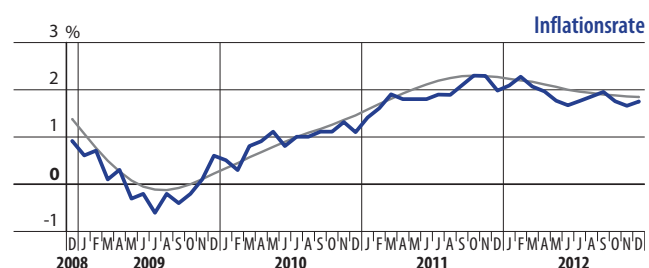
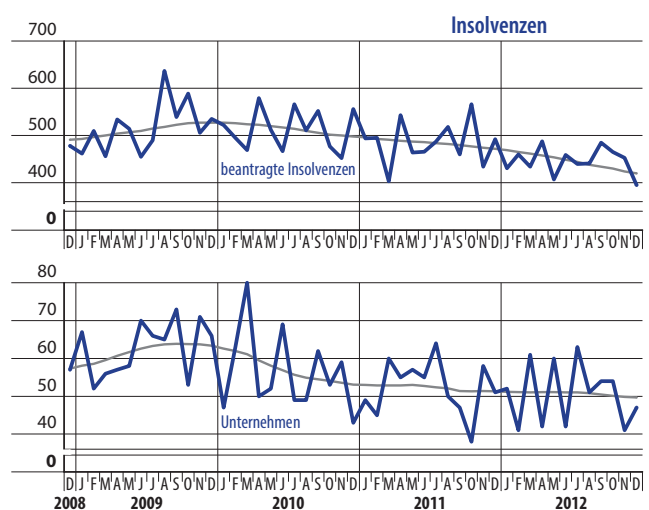
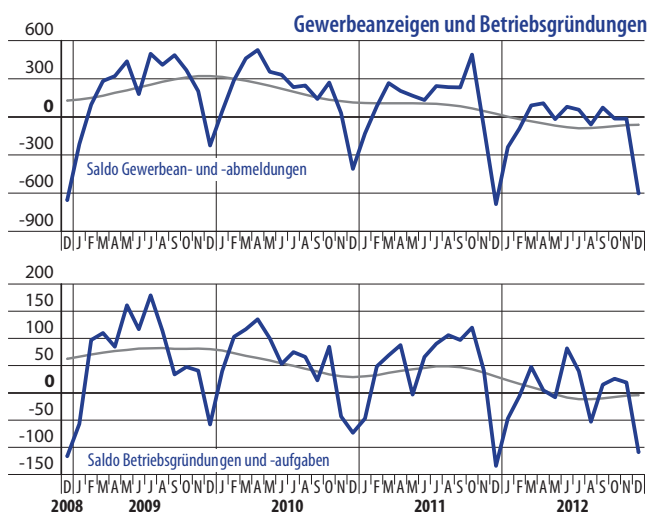
Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Wechsel des Jahres 2004 / 2005 und Herbst 2009 wieder fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 47 Fälle, das entspricht -7,8 % zum Dezember 2011. Beim Vergleich der 12-Monats-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben sich -3,3 %.

Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen stark und bei den der Unternehmen leicht fallend.

Der **Verbraucherpreisindex** wurde in Brandenburg ab dem Berichtsmontat Januar 2013 turnusmäßig von der bisherigen Basis 2005 \pm 100 auf die neue Basis 2010 \pm 100 umgestellt und einige methodische Verbesserungen vorgenommen. Damit verbunden erfolgte eine Neuberechnung der Ergebnisse ab dem Januar 2010.

Der Verbraucherpreisindex, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Dezember 2012 (2010 \pm 100) bei 104,6. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2011 und dem Dezember 2012, ergab sich damit ein Wert von +1,8 %, im November 2012 lag sie bei 1,7 %. Die Inflationsrate lag damit wieder unter der für die Eurozone wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Während die Preise für Nahrungsmittel und Zeitungen, Bücher sowie Schreibwaren und Reisen überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Unterhaltungselektronik, Informationsverarbeitungsgeräte sowie Foto- und Filmausrüstungen. Auch nimmt der Einfluss der Energiepreise auf die Gesamtentwicklung der Inflationsrate weiter ab.

Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 linear an, sie fällt seit dem Herbst des Jahres 2011 wieder ab. Im Vergleich des Dezember 2012 zum Dezember 2011 ist ein leicht steigender Trend beim Gesamtindex des Verbraucherpreisindex vorhanden.



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2012****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 22. April 2013)

Indikator	Einheit	Dezember 2012		Januar 2012 bis Dezember 2012		Dezember 2012
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren ↗						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtindex.....	2010 ± 100	105,4	2,2	104,6	2,3	↑
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	124,3	19,3	117,4	– 1,5	↗
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	150,6	– 0,2	175,5	15,8	→
Baugenehmigungen.....	Anzahl	136	– 18,1	178,3	– 0,8	↗
Gegenwärtige Indikatoren →						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 699,0	– 17,4	1 808,6	– 5,9	↘
Stromerzeugung (brutto).....	GWh	1 005,2	+ 5,0	658,7	– 3,5	↘
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	222,2	– 5,7	175,7	2,7	↗
Gästeankünfte.....	1 000	804,9	7,4	904,2	10,0	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 808,4	11,9	2 073,6	11,3	↗
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	928,4	– 11,9	1 136,6	7,5	→
davon nach EU.....	Mill. EUR	348,4	– 36,5	453,2	– 6,9	↓
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	834,4	– 3,5	820,6	– 2,4	↘
Produktion						
(Bergbau und verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	20 958	– 16,5	22 154,9	– 6,6	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 965	0,6	4 056,2	1,9	↗
Späte Indikatoren ↘						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	– 122	– 126,9	956,0	– 23,1	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	179	272,9	147,3	– 6,7	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	474	– 29,4	603,0	– 5,5	↓
davon Unternehmen.....	Anzahl	100	– 19,4	107,2	– 7,1	↓
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	81,1	– 1,1	81,6	0,8	→
Bauhauptgewerbe ³	1 000	11,6	1,1	11,3	2,6	↗
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose.....	Anzahl	205 231	– 3,6	215 345	– 5,9	↘
Arbeitslosenquote (aller ziviler Erwerbspersonen).....	%	11,6	– 5,7	12,3	– 7,3	↘
offene Stellen.....	Anzahl	18 705	9,5	18 582,9	37,3	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. April 2013)

Merkmal	Einheit	Dezember 2012		Januar 2012 bis Dezember 2012		Dezember 2012
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren ↗						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtindex.....	2010 ± 100	104,6	1,8	103,8	1,9	↗
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	120,2	– 50,6	156,7	– 13,3	↓
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	198,1	38,2	167,1	5,3	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	497,0	– 19,4	643,8	– 5,3	↘
Gegenwärtige Indikatoren →						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 683,0	– 13,3	1 890,1	– 0,6	↗
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	3 429,6	13,7	3 271,0	4,3	↑
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	233,1	– 14,0	188,5	– 6,1	↓
Gästeankünfte.....	1 000	209,5	– 2,1	347,7	3,0	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	561,6	0,6	956,8	3,8	↗
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 019,7	– 11,1	1 176,2	4,8	↘
davon nach EU.....	Mill. EUR	705,6	0,3	740,1	– 2,2	↘
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 496,6	– 9,7	1 617,1	5,0	↘
Produktion						
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	21 113,8	– 14,6	23 743,0	– 1,9	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 956,9	5,8	2 905,7	3,3	↗
Späte Indikatoren ↓						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						
Saldo Gewerbean- und abmeldungen	Anzahl	– 603	– 12,2	– 52,8	– 155,0	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	– 109	– 18,7	1,0	– 97,8	↓
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	398	– 7,7	443,8	– 7,5	↓
davon Unternehmen.....	Anzahl	47	– 7,8	50,7	– 3,3	↘
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	79,7	1,6	79,6	1,3	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	16,5	– 1,3	16,4	1,2	↘
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose.....	Anzahl	132 049	– 2,8	136 076,8	– 5,0	↘
Arbeitslosenquote (alle zivilen Erwerbspersonen).....	%	9,9	– 2,9	10,2	– 5,1	↘
offene Stellen.....	Anzahl	9 380	– 6,4	11 186,5	9,6	↘
Beschäftigte in Weiterbildung.....	Anzahl	5 932	5,9	5 286,5	– 24,3	↗

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Zum Umgang mit der Wohnlagequalität in den Mietspiegeln von Berlin und Frankfurt am Main

Hintergrund und Einführung

Die Bedeutung von Mietspiegeln als Übersichten über die ortsübliche Vergleichsmiete nimmt immer weiter zu. Neben ihrem ursprünglichen Zweck als Begründungsmittel für Mieterhöhungen von frei finanziertem Wohnraum erfüllen sie zudem weitere Funktionen. Dazu zählen die Beurteilung der Ange-

Die Bedeutung und Verbreitung von Mietspiegeln wächst. In Mietspiegeln wird die ortsübliche Vergleichsmiete für Wohnungen gleicher Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage abgebildet. Besonders die Operationalisierung der Wohnlage unterscheidet sich zwischen den Mietspiegeln verschiedener Städte erheblich. Am Beispiel von Berlin und Frankfurt am Main wird eine Methode vorgestellt, mit deren Hilfe die Wohnlagequalität als wichtiges Merkmal von Mietspiegeln – städteübergreifend – erklärt werden kann. Diese kann die Kosten der Mietspiegelerstellung senken und die Vergleichbarkeit der Mietspiegel untereinander erhöhen.

messenhaft der Aufwendungen für die Unterkunft von Grundsicherungsempfängern (teilweise auch separat als „grundsicherungsrelevante Mietspiegel“ erstellt) und der Vergleich von Wohnungsmärkten. Außerdem steigt die Verbreitung von Mietspiegeln in Deutschland – zumindest in Bezug auf die größeren Städte (Woeckener u. a. 2012, Cromm/Koch 2006).

Nach § 558 Absatz 2 BGB sind die Wohnungen zur Abbildung der ortsüblichen Vergleichsmiete hinsichtlich Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage zu vergleichen bzw. im Mietspiegel zu differenzieren. In jüngerer Zeit steht vor allem die energetische Ausstattung bzw. Beschaffenheit im Fokus der Diskussion bei der Erstellung von Mietspiegeln: So wurde die Aufzählung der fünf Wohnwertmerkmale in § 558 BGB jüngst durch die Präzisierung „ein-

schließlich der energetischen Beschaffenheit und Ausstattung“ ergänzt. Viel Geld und viele Überlegungen fließen in die Erstellung solcher „ökologischen Mietspiegel“, allerdings meist mit dem Ergebnis, dass eine gute energetische Beschaffenheit zwar einen positiven, aber einen recht geringen Einfluss auf die Miethöhe ausübt (Knissel u. a. 2009, Mietspiegel von Darmstadt 2008 und 2010). Im Mietspiegel 2013 für Freiburg im Breisgau konnte trotz der Verwendung verschiedener Varianten kein signifikant positiver Einfluss auf die Miethöhe nachgewiesen werden. Diese Ergebnisse stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand der Erhebung – zumindest bisher.

Von weitaus größerem Interesse sollte stattdessen die Auseinandersetzung mit einem anderen Wohnwertmerkmal sein, nämlich jene mit der Lage: Zum einen birgt die Beurteilung der Wohnlage im Mietspiegel durch die verhältnismäßig große Subjektivität ein hohes Konfliktpotential, zum anderen beein-

flusst die Wohnlagequalität die Miethöhe in vielen Städten vergleichsweise stark (Promann 2012).

In diesem Beitrag wird daher der Umgang mit dem Wohnwertmerkmal Lage in Mietspiegeln analysiert. Dies erfolgt exemplarisch anhand der Mietspiegel von Berlin und Frankfurt am Main. Aktuell gibt es in Frankfurt deutliche Proteste in Bezug auf die Beurteilung der Wohnlagequalität im Mietspiegel (siehe Lokalberichterstattung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Frankfurter Rundschau). In Berlin war die Wohnlageeinteilung bisher allgemein wenig umstritten. Kürzlich wurde aber ein Gerichtsverfahren zur generellen Wohnlageeinteilung in Berlin geführt (siehe etwa das Urteil des BGH vom 21.11.2012, Az. VIII ZR 46/12). Streitpunkt in diesem Verfahren war u. a. die Tatsache, dass es in Berlin nur drei Wohnlagekategorien gibt. Die Klägerin forderte zusätzlich zur bisher obersten Kategorie – der „guten“ Wohnlage – analog zum Münchener Mietspiegel eine „beste“ Wohnlage. Dieser Punkt war Anfang Mai 2013 noch nicht geklärt: Die Entscheidung wurde an das Berufungsgericht zurückverwiesen. Das Verfahren macht aber auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen Begründung der Ermittlung der Wohnlagequalität aufmerksam.

Angewendete Methodik in den Mietspiegeln von Berlin und Frankfurt

Qualifizierte Mietspiegel sind § 558d Absatz 2 BGB zufolge nach zwei Jahren an die Marktentwicklung anzupassen und nach vier Jahren neu zu erstellen. Insofern veralten Mietspiegel recht schnell. Andererseits verändert sich die Methodik, die der Mietspiegelerstellung bezogen auf die einzelnen Städte zugrunde liegt, nur recht langsam. Dies ist einerseits von Vorteil, weil es die jeweilige Vergleichbarkeit zwischen dem aktuellen Mietspiegel und dem Vorgängermietspiegel erhöht, andererseits aber von Nachteil, weil es den Einsatz neuer (möglicherweise besserer) Konzepte bremst, die in anderen Städten verwendet werden.

Für Berlin beziehen sich die folgenden Ausführungen konkret auf den Mietspiegel 2009, der im Juni 2009 herausgegeben wurde. Für Frankfurt wird der Mietspiegel 2008 zugrunde gelegt, der im Mai 2009 erschienen ist. Die jeweiligen Vorgänger- und Nachfolgemietspiegel beruhen aber auf grundsätzlich gleichen Herangehensweisen.

Hinsichtlich der Wohnlage wird im Berliner Mietspiegel in drei Kategorien unterschieden: in die einfache, mittlere und gute Wohnlage. Von der Auf-

spaltung der guten Wohnlage in eine (weniger umfassende) gute und eine sehr gute Wohnlage wurde Abstand genommen, da zu wenige Mietwohnungen in der sehr guten Wohnlage liegen (siehe GEWOS 2009, Anhang A, S. II).

Im Frankfurter Mietspiegel existieren prinzipiell fünf Wohnlagekategorien (sehr einfache, einfache, mittlere, gehobene und sehr gute Wohnlage). Allerdings werden die beiden unteren Kategorien (sehr einfache und einfache Wohnlage) gemeinsam ausgewiesen: Die Zugehörigkeit zu einer dieser Wohnlagekategorien führt auch zu einem Abschlag auf die Quadratmetermiete in gleicher Höhe, sodass de facto nur vier verschiedene Wohnlagekategorien vorliegen.¹

Sowohl der Berliner als auch der Frankfurter Mietspiegel verfügen über Wohnlagekarten. In Berlin wird die Karte durch ein Straßenverzeichnis ergänzt. Die Wohnlagequalität einer bestimmten Wohnung wird dadurch in beiden Städten für die Mietspiegel-anwender im Großen und Ganzen verbindlich vorgeschrieben.

Im Berliner Mietspiegel wird die Verkehrslärmbelastung (also der Straßenverkehrs-, Flug- und Schienenverkehrslärm) allerdings nicht direkt zur Ausweisung der Wohnlagequalität verwendet. Stattdessen werden Adressen mit einem hohen errechneten Verkehrslärmpegel im Straßenverzeichnis gesondert gekennzeichnet. Diese Kennzeichnung kann als wohnwertminderndes Merkmal im Rahmen der Spanneneinordnung im Mietspiegel verwendet werden, wird aber ausdrücklich nicht als Teil des qualifizierten Mietspiegels gesehen (siehe hierzu die Ausführungen im Berliner Mietspiegel 2009).

Im Frankfurter Mietspiegel ist festgelegt, dass Durchgangsstraßen nicht zu den gehobenen oder sehr guten Lagen zählen. Ein Zuschlag sei hier nicht gerechtfertigt. Insofern ist die Wohnlagekarte auch in Frankfurt bezüglich des Verkehrslärms, der an diesen Durchgangsstraßen auftritt, nicht verbindlich.

Die oberen Abbildungen auf der 3. Umschlagseite stellen die Wohnlagekarten der Mietspiegel von Berlin und Frankfurt in einer einheitlichen Farbgebung dar. Die Wohnlageeigenschaft wird jeweils für einen „Hausbeurteilungspunkt“ dargestellt, also für einen Punkt, der ein Haus repräsentiert. Die Koordinaten hierzu stammen aus der jeweiligen Umgebungslärmkartierung. Die Wohnlageattribute wurden von den beiden Städten zur Verfügung gestellt.

Aus den Mietspiegeln von Berlin und Frankfurt bzw. der Dokumentation zum Wohnlagenverzeichnis im Berliner Mietspiegel (siehe GEWOS 2009, S. 3ff.) lässt sich entnehmen, wie die Lageeinstufung in den Wohnlagekarten der Mietspiegel erfolgt: Demnach beruht die Frankfurter Einschätzung auf den Bodenrichtwerten, die durch den „Gutachterausschuss für Grundstückswerte und sonstige Wertermittlungen für den Bereich der Stadt Frankfurt am Main“ festgesetzt wurden. In Berlin wird die Wohnlagequalität dagegen anhand eines Katalogs von Lageteilmerk-

malen bestimmt. Es werden drei Gruppen von Merkmalen zur „Charakterisierung“ der Wohnlagekategorien verwendet: Merkmale zur Beschreibung der Bebauung und der Nutzung von Gebäuden (z.B. die Wohnnutzungsquote), solche zur Kennzeichnung der Struktur und Dichte der Bevölkerung (z.B. die Beschäftigtenzahl) und solche zur Charakterisierung der physischen Umweltbedingungen (z.B. das Freiflächenangebot).

In Berlin unterscheiden sich die Indikatoren zudem zwischen den westlichen und den östlichen Bezirken. Durch verschiedene Interessengruppen können Einwände gegen die Wohnlageeinordnung vorgebracht werden. Meist handelt es sich dabei um die Mieter- und Vermieterverbände, die Mitglieder der Arbeitsgruppe Mietspiegel sind. Daraufhin wird in einigen Fällen sogar eine Vor-Ort-Prüfung durchgeführt; abschließend entscheiden aber die Mitglieder der Arbeitsgruppe Mietspiegel über jeden Einzelfall.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Mietspiegel in Berlin einen „Bottom-up“-Ansatz verfolgt: Es wird der Versuch unternommen, die Lage durch Teilmerkmale zu erklären und messbar zu machen. Die Frankfurter Strategie der Verwendung von Bodenrichtwerten ist eher „Top-down“-orientiert: Die Wohnungsqualität wird in ihre fünf Wohnwertmerkmale aufgebrochen. Alle Einflussgrößen, die nicht durch Art, Größe, Ausstattung und Beschaffenheit erklärt werden können, werden der Wohnlage zugeordnet. Die Wohnlage stellt damit analog zum Verfahren der Bestimmung von Bodenrichtwerten eine Restgröße dar. Die fehlende Erklärung durch Teilfaktoren geht aber offensichtlich mit Akzeptanzproblemen durch die Akteure vor Ort einher.

Erklärung der Wohnlagequalität durch einheitliche Wohnlageteilmerkmale

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Lageteilmerkmale, die von den Akteuren auf dem Mietwohnungsmarkt berücksichtigt werden, zwischen den deutschen Großstädten grundsätzlich voneinander unterscheiden.² Möglicherweise ist sogar zusätzlich ihre relative Wichtigkeit vergleichbar: So könnte beispielsweise die Erreichbarkeit von Grünflächen immer wichtiger sein als jene von Schulen oder umgekehrt. In beiden Fällen bräuchte eine (ggf. Teil-)Standardisierung der Ermittlung der Wohnlagequalität Vorteile mit sich: So ließen sich über Größenvorteile die Kosten der Erhebung der Wohnlagequalität senken und die Vergleichbarkeit der Mietspiegel untereinander erhöhen (siehe Freund u. a. 2013, S. 260).

Bei einer Analyse der Mietspiegel der deutschen Großstädte wurden sechs Gruppen von Wohnlageteilmerkmalen herausgearbeitet, zu denen sich die Teilkriterien zuordnen lassen, die in den Mietspiegeln verwendet werden. Grundlage waren die am 20. Januar 2011 aktuellsten verfügbaren Mietspiegel der 80 deutschen Großstädte: 66 dieser Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern verfügten zum Stichtag über einen Mietspiegel. 64 der Mietspiegel berück-

¹ Im neu erstellten Frankfurter Mietspiegel 2010 (erst im Mai 2011 erschienen) wurden zusätzlich zwei Wohnlageklassen „Innenstadtbereich 1 und 2“ eingeführt,

die besonders umstritten sind. Trotzdem wurde der Mietspiegel aus Kosten- und Zeitgründen als Mietspiegel 2012 (gültig bis Ende Mai 2014) über den Verbraucher-

preisindex fortgeschrieben, ohne die grundsätzliche Methodik zu ändern.

² Eine Ausnahme stellen allerdings stadtspezifische Besonderheiten wie die Nähe zu einem bestimmten See / Stadtteil / Park etc. dar.

Tab. 1 **Relative Häufigkeit des Auftretens von sechs Gruppen von Lageteilmerkmalen in den Mietspiegeln der deutschen Großstädte**

Merkmalsgruppe	Relative Häufigkeit der Nennung in %	In den Modellen verwendete Teilmerkmale
Abwesenheit von Immissionen oder sonstigen Beeinträchtigungen durch umliegende Nutzungen	98	Lärmimmissionen
Umliegende (Wohn-)Bebauung	94	Bevölkerungsdichte; Bebauungsdichte
Durchgrünung oder sonstige landschaftliche Vorzüge	83	Höhenlage, Hangneigung und Exposition
Infrastruktur im Wohnumfeld	75	Entfernung zur nächsten Haltestelle öffentlicher Verkehrsmittel; Entfernung zur nächsten Schule
Zentralität	44	Entfernung zu zentralen Versorgungsbereichen
Image	22	Administrative Zugehörigkeit; Sozialindikatoren

Quelle: Promann 2012, S. 94ff. und S. 163.

sichtigten auch die Wohnlage.³ Tabelle 1 präsentiert die Merkmalsgruppen in absteigender Reihenfolge ihrer relativen Verwendung in den 64 Mietspiegeln. Außer im Mietspiegel von Bochum gehen in allen untersuchten Mietspiegeln Immissionen oder sonstige Beeinträchtigungen durch umliegende Nutzungen negativ in die Wohnlagebewertung ein. Das Image des „Viertels“ wird demgegenüber nur in 14 Mietspiegeln berücksichtigt.

Wird die in den Wohnlagekarten von Berlin und Frankfurt abgetragene Wohnlagequalität als gegeben unterstellt, kann versucht werden, diese Wohnlagequalität unter Rückgriff auf eine einheitliche Operationalisierung von Lageteilmerkmalen zu erklären. Dabei stehen sowohl für Berlin als auch für Frankfurt vergleichbare Daten für ein oder zwei Lageteilmerkmale jeder Merkmalsgruppe zur Verfügung. Diese sind ebenfalls der Tabelle 1 (rechte Spalte) zu entnehmen. Detaillierte Informationen über die konkrete Operationalisierung der Lageteilmerkmale finden sich bei Promann (2012, S. 166ff.): Es wird unter anderem auf erst seit kurzem erhältliche Daten aus der Lärmkartierung nach der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie und Landnutzungsdaten aus dem europäischen Urban-Atlas-Projekt zurückgegriffen. Unter Verwendung der in Tabelle 1 genannten Teilmerkmale ergeben sich für Berlin und Frankfurt in einzelnen, stadtspezifisch geschätzten ordinalen Modellen⁴ die in den unteren Abbildungen der 3. Umschlagseite veranschaulichten Wohnlageeinstufungen. Die über das Nagelkerke-Pseudo- R^2 gemessene Modellgüte ist für beide stadtspezifischen Modelle mit Werten von jeweils mehr als 0,5 sehr gut⁵.

Die Abbildungen mit den durch die Modelle vorhergesagten Wohnlagekategorien können mit der offiziellen Wohnlageeinstufung in den Abbildungen 1 und 2 verglichen werden. In Berlin wird die entsprechende Wohnlagekategorie in 67,2% der Fälle richtig vorhergesagt. Die „Trefferquote“ in Frankfurt beträgt 60,1%, wobei dort auch im Vergleich zu Berlin eine zusätzliche Wohnlagekategorie existiert. Verglichen mit der Zufallswahrscheinlichkeit sind die Werte also durchaus akzeptabel.

In der folgenden Tabelle werden die Lageteilmerkmale nach ihrer Effektgröße absteigend sortiert. Es werden für Berlin und Frankfurt jeweils die 10 Lageteilmerkmale mit der höchsten Effektgröße aufgeführt, die in Anlehnung an Cohen (1988, S. 410) aus der Differenz zwischen dem Nagelkerke-Pseudo- R^2 bei Einschluss und bei Ausschluss der Variablen im Verhältnis zur nicht erklärenden Variation definiert wird. Die Teilmerkmale sind jeweils nach absteigender Wichtigkeit sortiert.⁶

Rang Berlin	Frankfurt
1. Administrative Zugehörigkeit.....	Administrative Zugehörigkeit
2. Sozialindikator.....	Entfernung zum Stadtzentrum
3. Geographische Höhe.....	Straßenlärm
4. Entfernung zur nächsten U-Bahn/ Straßenbahnhaltestelle.....	Entfernung zur nächsten S-Bahnhaltestelle
5. Bebauungsdichte.....	Naturflächenanteil
6. Entfernung zur nächsten weiter- führenden allgemeinbildenden Schule.....	Sozialindikator
7. Entfernung zum nächsten Stadtzentrum.....	Bevölkerungsdichte
8. Grünflächenanteil.....	Grad der Hangneigung des Grundstücks
9. Entfernung zur nächsten Grundschule.....	Entfernung zum nächsten Stadtteilzentrum
10. Straßenlärm.....	Entfernung zur nächsten U-Bahn-/Straßenbahnhaltestelle

In beiden Städten ist die administrative Zugehörigkeit demnach am wichtigsten – also letztendlich das Image des Bezirks bzw. Ortsbezirks. In Berlin spielt der Sozialindikator trotzdem eine große – die zweitgrößte – Rolle, während dessen Position in Frankfurt durch die Zentralität eingenommen wird. Dies könnte an der dortigen Verwendung der Bodenrichtwerte zur Einstufung der Wohnlagequalität liegen, die in Frankfurt auch durch Nichtwohnnutzungen im Stadtzentrum sehr hoch ausfallen. Die unterschiedliche Relevanz des Straßenlärms lässt sich durch dessen explizite Nicht-Berücksichtigung in der Berliner Wohnlageeinstufung erklären.

Im Rahmen der genannten Arbeit von Promann (2012) wurden auch noch zwei weitere Städte untersucht: Hamburg und Stuttgart. Auf Basis einer Stichprobe, die zu gleichen Teilen aus Hausbeurteilungspunkten in Berlin, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart besteht, wird ein städteübergreifendes

³ Siehe hierzu Promann (2012, S. 32f. und 94ff.).

⁴ Aufgrund des ordinalen Skalenniveaus der zu erklärenden Variablen „Wohnlage“ werden ordinale

Schätzmodelle eingesetzt; siehe Promann (2012, S. 229ff.).

⁵ Siehe Promann (2012, S. 252ff.) für eine detaillierte Diskussion der Modelle.

⁶ Es wird nicht auf die Signifikanz der Variablen zurückgegriffen, da diese durch die Anzahl an berücksichtigten Hausbeurteilungspunkten (275 753 in Berlin, 67 267 in Frankfurt) kein sinnvolles Relevanzkriterium darstellt.

Für die Beurteilung der Effektgröße wird bei den entfernungsfunktionsabhängigen Variablen, die sowohl einfach als auch quadriert in die Analyse eingehen, die jeweils höhere Effektgröße zugrunde gelegt.

Modell entwickelt. Dazu werden die Wohnlageinformationen als zu erklärende Größe in zwei Kategorien zusammengefasst: Übertragen auf Berlin und Frankfurt werden also die (sehr) einfache und die mittlere Wohnlage zur „einfacheren“ Wohnlage zusammengefasst; die gute / gehobene / sehr gute Wohnlage wird einheitlich als „bessere“ Wohnlage bezeichnet.

Unter Berücksichtigung eines Städtedummys, der stadtsspezifische, systematische Unterschiede in Bezug auf die Bewertungsschwelle zwischen einfacherer und besserer Wohnlage ausgleichen soll, wird ein städteübergreifendes Modell geschätzt. Hierzu ließe sich prinzipiell analog zu den unteren Abbildungen der 3. Umschlagseite die vorhergesagte (zusammengefasste) Wohnlagekategorie abbilden. Die zugehörige Trefferquote liegt in Berlin bei 80,6 %, in Frankfurt bei 76,3 %. Allerdings sind die Zufallswahrscheinlichkeiten aufgrund der geringeren Zahl an Wohnlagekategorien natürlich ebenfalls höher als in den oben diskutierten stadtsspezifischen Modellen.

Da die Modelle auf Logits und damit auf Wahrscheinlichkeiten basieren, lässt sich alternativ auch für jeden Hausbeurteilungspunkt die Wahrscheinlichkeit berechnen, mit der dieser eine bessere Wohnlage aufweist. Jene Wahrscheinlichkeit ist nun statt der vorhergesagten Wohnlagekategorie in den Abbildungen auf der 4. Umschlagseite für Berlin und Frankfurt abgetragen.⁷ Es ergibt sich optisch eine große Ähnlichkeit mit der offiziellen Wohnlageeinstufung. Berlin ist in der offiziellen Wohnlageeinstufung allerdings etwas blasser eingefärbt. Der Unterschied besteht darin, dass die Wohnlage(-wahrscheinlichkeit) nun über einen „Bottom-Up“-Ansatz städteübergreifend einheitlich erklärt wird. Ausgehend von diesen Wahrscheinlichkeiten könnte die Wohnlagequalität in eine beliebige Zahl von Wohnlageklassen untergliedert werden. Für vier Wohnlagekategorien könnten etwa Klassengrenzen wie 25 %, 50 %, 75 % in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit oder – für eine gleichmäßige Besetzung der einzelnen Klassen sinnvoller – in Bezug auf die Zahl an Hausbeurteilungspunkten definiert werden.⁸ Dieses Verfahren stellt eine Variante eines städteübergreifenden Ansatzes zu einer standardisierten Ermittlung der Wohnlagequalität dar.

Fazit

Der Umgang mit der Wohnlage in den Mietspiegeln der deutschen Großstädte unterscheidet sich stark voneinander. Mit den Mietspiegeln von Berlin und Frankfurt am Main wurden Mietspiegel ausgewählt, die zwar jeweils die Wohnlagequalität über eine im Mietspiegel enthaltene Wohnlagekarte (bzw. ein Straßenverzeichnis) verorten, diese aber unterschiedlich bestimmen: Während die Wohnlagequalität in Berlin durch Teillagemerkmale erklärt wird, ist die Wohnlage im Frankfurter Mietspiegel gewissermaßen eine Restgröße.

Es wurde ein Verfahren vorgestellt, mit dem die Wohnlage städteübergreifend durch einheitliche Lageteilmerkmale erklärt werden kann. Ein solches Verfahren ist vor dem Hintergrund einer zunehmenden Anzahl von Daten, die städteübergreifend in einer einheitlichen Operationalisierung zur Verfügung stehen, und der Vereinfachung der Handhabung dieser Daten in einem Geoinformationssystem nicht nur möglich, sondern vor dem Hintergrund der zu erwartenden Skaleneffekte auch geboten.

Die vorgestellte Methodik setzt voraus, dass bereits Daten zur Wohnlagequalität vorhanden sind. Ist dies für eine Stadt nicht der Fall, wäre es möglich, jene Schätzwerte für die Schätzer der Lageteilmerkmale zu übernehmen, die im städteübergreifenden Modell ermittelt wurden. Gegebenenfalls könnte das Modell auch auf eine breitere Basis gestellt werden, indem mehr Städte in den Datenbestand integriert werden.

Bei Regressionsmietspiegeln könnten die Schätzwerte der Lageteilmerkmale auch im Rahmen der Regression mit der (Quadratmeter-)Miethöhe als abhängiger Variablen ermittelt werden. Dies würde unterschiedliche Gewichtungen der Lageteilmerkmale in den einzelnen Städten zulassen, ebenso die Hinzunahme der Zugehörigkeit zu bestimmten administrativen Bezirken. Dieses Verfahren ist als ein guter Mittelweg zwischen der vorherrschenden Vielfalt der Wohnlageermittlung und deren kompletter Standardisierung zu favorisieren und könnte auch den Konflikt um den Frankfurter Mietspiegel befrieden.

Autor: Johannes Promann

Herr Dr. Promann wurde im Jahr 2012 am Institut für Volkswirtschaftslehre und Recht der Universität Stuttgart mit einer Dissertation zum Wohnwertmerkmal Lage in Mietspiegeln promoviert. Seit Oktober 2012 arbeitet er als Berater für das GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH in Hamburg und wirkt an der Erstellung von Mietspiegeln mit.

Quellen

- Cohen, J.: „Statistical power analysis for the behavioral sciences“. 2nd ed., New York, 1988.
- Cromm, J. / Koch, U.: „Mietspiegel in Deutschland: Entwicklung der Mietpreispolitik, Einstellungen und Umsetzungen der Städte und Amtsgerichte unter besonderer Berücksichtigung des qualifizierten Mietspiegels: Eine empirische Studie“, München und Mering, 2006.
- Freund, S. / Hilla, V. / Missal, D. / Promann, J. / Woeckener, B.: „Qualifizierte Mietspiegel: Verbreitung, Standardisierungsnotwendigkeiten und Qualitätsdefizite“. Wohnungswirtschaft und Mietrecht, 2013, Jg. 66, Nr. 5, S. 259-263.
- GEWOS: „Wohnlage 2009: Aktualisierung des Wohnlagenverzeichnisses zum Berliner Mietspiegel 2009“, Hamburg, 2009.
- Knissel, J. / Alles, R. / Hörner, M. / von Malottki, C. / Müller, K.: „Anpassen der Instrumente zur energetischen Gebäudebewertung in ökologischen Mietspiegeln an die zukünftig erforderlichen Energieausweise“, IWU, Darmstadt, 2009.
- Promann, J.: „Die Berücksichtigung des Wohnwertmerkmals Lage in den Mietspiegeln der deutschen Großstädte – Bestandsaufnahme, theoretische Einbettung und ein GIS-gestütztes Verfahren zur standardisierten Wohnlageermittlung“, Lohmar, 2012.
- von der Lippe, P.; Breuer, C.: „Konzept für ein wirtschaftliches System periodischer regionaler Preisindizes: Möglichkeiten zur Gewinnung regionaler Daten über Mieten und Immobilienpreise“. Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten: Research Note 32, 2009.
- Woeckener, B. / Promann, J. / Freund, S.: „Qualifizierte Mietspiegel“. Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 2012, Jg. 41, Nr. 10, S. 540-545.

7 Analog ließe sich die Wahrscheinlichkeit für eine einfachere Wohnlage ausweisen, welche die Gegenwahrscheinlichkeit zur Wahrscheinlichkeit für eine bessere Wohnlage darstellt. Bei in-

vertierter Farbgebung ergäben sich die gleichen Abbildungen.
8 Vgl. Promann (2012, S. 283 f.).

Regionalstatistisches Datenangebot zur Fortschrittsmessung

Zum OECD-Ansatz „How's life – Measuring Well-Being“

1. Vorbemerkungen

Die Messung des Fortschritts ist ein wichtiger und bereichsübergreifender Themenschwerpunkt der OECD. Sie hat in den vergangenen Jahren sämtliche Grundlagen – organisatorisch, technisch, methodisch und inhaltlich – dafür geschaffen und wichtige Teilschritte auf so genannten Weltforen mit Politik, Wissenschaft und amtlicher Statistik diskutiert. Nunmehr hat sie im Rahmen des Berichtes „How's life“ ein indikatoren-gestütztes Konzept zur Fortschrittsmessung vorgelegt mit Angaben auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Die amtliche Statistik soll aufgrund ihres gesellschaftlichen Auftrages als Informationsanbieter und ihrer allgemein anerkannten Reputation Hauptdatenlieferant sein. Bürgerinnen und Bürger, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft sollen befähigt werden, die zunehmende Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Prozesse und deren Auswirkungen auf die individuellen Lebensumstände wie auch die gesamtgesellschaftlichen Wirkungen anhand von statistischen Daten besser zu verstehen und nachzuvollziehen.

Im Folgenden soll auf der Grundlage des in „How's life“ vorgestellten Indikatorensets zur Fortschrittsmessung für die materiellen Lebensbedingungen

und deren Determinanten dargestellt werden, inwieweit eine teilräumliche Betrachtung auf der Ebene der Kreise für Deutschland aus dem Programm der amtlichen Statistik möglich ist. Ausgehend von den Indikatoren der OECD wird die Situation für Deutschland – vor allem für ausgewählte Städte, große und kleine – näher beschrieben. Da es bereits seit langer Zeit allgemein akzeptierte, von einem statistischen Monitoring begleitete bereichsübergreifende politische Handlungsprogramme für Deutschland und Europa gibt – besonders zu nennen sind hier die Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland sowie die Europäische Strategie „Europa 2020“ – soll der Ansatz der OECD, soweit notwendig, um Indikatoren für ausgewählte Städte ergänzt werden. Dabei werden anhand der jeweils vorliegenden Daten verschiedene Auswertungsmöglichkeiten – tabellarisch, geographisch und kartografisch – verwendet mit folgenden zwei Zielsetzungen: Einmal sollen die Möglichkeiten und Grenzen des Aussagegehaltes der von der OECD genannten Fortschrittsindikatoren sowie von Näherungslösungen teilräumlich vorgestellt werden. Zum anderen soll möglichen Nutzern auf der Grundlage des frei zugänglichen und kostenlos nutzbaren Datenangebots aus der Bundesstatistik ihr Analysepotenzial vorgestellt

und Anregungen für weiterführende Analysen gegeben werden.

Die OECD beschäftigt sich seit Längerem mit der Entwicklung von Indikatoren zur Beschreibung und Erfassung von Fortschritt und Well-Being makro- und mikroökonomisch, aufbauend auf bereits bestehenden Ansätzen¹. Das Vorhaben resultiert aus der Ein-

sicht, dass traditionelle und allgemein akzeptierte Größen, besonders das Bruttoinlandsprodukt (BIP, engl. GDP) dazu keine umfassenden Angaben liefern. Deshalb hat die OECD einen ganzheitlichen Ansatz vorgestellt, der zugleich einen Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme auf nationaler, supra- und internationaler Ebene bieten soll.

Erste Vorschläge dazu enthält die Publikation der OECD „How's life – Measuring Well-Being“ [2]. Ziel ist es, nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Nation oder Region näher zu beschreiben, sondern auch die Lebensumstände der dort lebenden und arbeitenden Bevölkerung sowie die jeweilige Umweltsituation einzubeziehen. Der Ansatz basiert auf einem Gutachten der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission [3], die im Auftrag des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy 2008 eingesetzt wurde und ihren Bericht zur Fortschrittsmessung 2009 unter anderem auf dem Dritten Weltforum der OECD in Busan/Korea vorgestellt hat. Mit ihrem Ansatz „How's life“ ist die OECD den Empfehlungen dieser Kommission gefolgt. Basierend auf wissenschaftlichen Ansätzen und einer Reihe von weltweit entwickelten konkreten Initiativen hat die Kommission folgende Kerndimensionen für die Definition von Well-Being [4] identifiziert:

- materieller Lebensstandard (Einkommen, Verbrauch und Vermögen),
- Gesundheit,
- Bildung,
- persönliche Aktivitäten, Erwerbstätigkeit,
- politische Partizipation und Rechte,
- soziale Beziehungen,
- Umweltbedingungen,
- existenzielle und wirtschaftliche Unsicherheiten.

Dieser Ansatz war unter dem Titel „Measuring Well-Being for Development and Policy Making“ Gegenstand des 4. OECD „World Forum on Statistics, Knowledge and Policy“ vom 16. bis 19. Oktober 2012 in Neu Delhi/Indien. Rund 1000 Vertreter aus 80 Ländern aus Politik, Wissenschaft und Statistik haben verschiedene Aspekte auf der Grundlage von „Best Practices“, aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen in Industrienationen und Entwicklungsländern vertiefend diskutiert. Dazu gehörte nicht nur die Würdigung des OECD-Ansatzes bezüglich seiner Umsetzung für verschiedene

¹ Eine Bestandsaufnahme erfolgte bereits für das 3. Weltforum der OECD in Busan [1].

politische Systeme und Regionen der Welt, sondern auch seine Eignung als Rahmen für bereits bestehende Indikatorensysteme zur umfassenden Fortschrittsmessung im weiteren Sinn und mehr noch deren Weiterentwicklung, besonders auf supra- und internationaler Ebene. Besonders zu nennen sind – neben einer Reihe von Ansätzen zur Nachhaltigkeit mit eher ökologischer Ausrichtung² – die Arbeiten der Europäischen Union auf der Grundlage von „GDP and Beyond“ – einer Mitteilung der Europäischen Kommission³ – sowie die europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“⁴ einschließlich ihrer Erweiterung um die Umweltdimension im Rahmen der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (Sustainable Development Indicators (SDI)).⁵ Auf internationaler Ebene zählen dazu die „Millennium Development Goals“ (MDG) der Vereinten Nationen (UN), die derzeit evaluiert und modifiziert werden [5]. Diese Arbeiten konzentrieren sich auf eine Neuausrichtung der Ziele und die Ergänzung vor allem um ökologische Aspekte im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung. Der neue integrierte Ansatz soll noch im Jahr 2013 von der UN-Vollversammlung angenommen und 2016 umgesetzt werden.

Auch wenn die verschiedenen Ansätze auf supra- und internationaler Ebene unterschiedliche Ziele und Schwerpunkte haben, gibt es doch unter statistischen Gesichtspunkten zahlreiche Gemeinsamkeiten. So weist der Ansatz der OECD zur Fortschrittsmessung zahlreiche Parallelen zur bereits seit über 10 Jahren in Deutschland implementierten Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ der Bundesregierung auf. Nachhaltige Entwicklung ist seit April 2002 zentrales Prinzip der Politik in Deutschland [6, S. 12]. Es handelt sich dabei um einen integrativen und intergenerativen Ansatz: Alle Bereiche – Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt – werden unter verschiedenen Gesichtspunkten wie „Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“

und „Internationale Verantwortung“ in die Betrachtung einbezogen und die Auswirkungen nicht nur für die derzeit lebenden Generationen, sondern auch für zukünftige Generationen untersucht. Für die o.g. Bereiche wurden insgesamt 21 Themen und 38 Ziele und Indikatoren formuliert und quantifiziert. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wird regelmäßig überprüft. Grundlage dafür sind die im zweijährlichen Abstand vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Indikatorenberichte „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ [7]. In längeren Zeitabständen – nunmehr zum dritten Mal – hat die Bundesregierung den aktuellen Fortschrittsbericht 2012 zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen⁶ [8].

Vergleicht man die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vor allem mit „Europa 2020“ der Europäischen Union und „How's life“ der OECD hinsichtlich der für das Monitoring ausgewählten statistischen Indikatoren, so ergibt sich in inhaltlicher Hinsicht folgende Darstellung auf den jeweils beiden obersten Ebenen (Übersicht 1):

Übersicht 1 Fortschrittsmessung „im weiteren Sinn“ für Deutschland, die Europäische Union und die OECD

System	Thema	Bereiche
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland (D)	Generationengerechtigkeit	Ressourcenschonung, Klimaschutz, Erneuerbare Energien, Flächeninanspruchnahme, Artenvielfalt, Staatsverschuldung, Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge, Innovation, Bildung
	Lebensqualität	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Mobilität, Landbewirtschaftung, Luftqualität, Gesundheit und Ernährung, Kriminalität
	Sozialer Zusammenhalt	Beschäftigung, Perspektiven für Familien, Gleichstellung, Integration
	Internationale Verantwortung	Entwicklungszusammenarbeit, Märkte öffnen
Europa 2020 (EU)	Intelligentes Wachstum	FuE-Investitionsvolumen $\geq 3\%$ BIP, Schulabbrecherquote $\leq 10\%$, 30- bis 34-Jährige mit Hochschulbildung $\geq 40\%$
	Nachhaltiges Wachstum	Anteil erneuerbarer Energien $\geq 20\%$, Steigerung der Energieeffizienz um 20 %, Senkung der Treibhausgasemissionen um 20 %
	Integratives Wachstum	Schulabbrecherquote $\leq 10\%$, Beschäftigungsquote 20- bis 64-Jährige $\geq 75\%$, Verringerung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen um 20 Millionen
Progress measurement/ How's life (OECD)	Material Living Conditions	Income and Wealth, Jobs and Earnings, Housing conditions
	Quality of Life	Health status, Work-life balance, Education and skills, Social connections, Civic engagement and governance, Environmental quality, Personal security, Subjective well-being

2 Einen Überblick und weiterführende Informationen gibt: ec.europa.eu/environment/eussd/. Diese sollen im Folgenden nicht weiter betrachtet werden.
3 Siehe dazu auch den Internetauftritt der Europäischen Kommission www.beyond-gdp.eu/

4 Europa 2020 ist die aktuelle europäische Wachstums- und Beschäftigungsstrategie als Fortführung der von 2000 bis 2010 geltenden Lissabon-Strategie; siehe dazu auch ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

5 Auf Letztere soll im Folgenden wegen des speziellen, komplexen und umfassenden Ansatzes nicht weiter eingegangen werden. Zur Zielsetzung siehe auch die Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat: Partnerschaft für Integration; eine Strategie zur Einbeziehung der

Umweltbelange in die EU-Politik, KOM (1998)333 final, Brüssel, 27.5.1998. Eine kritische Würdigung zur Strategie und den Indikatoren enthält z. B. der Bericht von Adelle, C.; Pallemmaerts, M.: Sustainable Development Indicators – An Overview of relevant Framework Programme funded

research and identification of further needs in view of EU and international activities, hrsg. von der European Commission, European Research Area, o. O., 2010.
6 Siehe dazu auch [8] sowie die dort angegebenen weiterführenden Hinweise.

Übersicht 2

Nachhaltigkeits- und Fortschrittsindikatorensysteme für die OECD, Europa und Deutschland im Vergleich

Indikatoren-system	Indikatoren		Ziel-vorgaben	Ausrichtung		Bestand-teile	Gesamt-indikator
	objek-tive*	subjek-tive**		mikro-ökonomisch	makro-		
How's life	x	x	–	x	–	2 Bereiche, 22 Kernindikatoren und 27 Sekundärindikatoren	wird angestrebt
Europa 2020	x	–	x	–	x	3 Prioritäten, 5 Ziele, 8 Indikatoren	–
Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	x	–	x	–	x	4 Themen, 21 Indikatorenbereiche mit insgesamt 38 Einzelindikatoren	–

* lassen sich zählen, messen, wiegen

** beruhen auf individuellen Einstellungen, Einschätzungen

Auch wenn es Unterschiede in den Definitionen und den Zuordnungen der Indikatoren gibt, sind Kernelemente über die verschiedenen Ebenen hinweg:

- die materiellen Lebensbedingungen,
- Gesundheit,
- Bildungsstand,
- sozialer Zusammenhalt,
- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, vor allem ihre Innovationskraft,
- Schutz von Klima und natürlichen Ressourcen.

Ein Vergleich der drei Ansätze unter konzeptionellen Gesichtspunkten zeigt Übersicht 2.

Während der Ansatz der OECD „How's life“ offen ist, was die Zielerreichung anbetrifft, sind sowohl die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie als auch „Europa 2020“ mit politisch festgelegten Zielwerten verbunden. Hinzu kommt, dass bei „Europa 2020“ die oben genannten Ziele von sogenannten Leitinitiativen begleitet werden, die teilweise mit weiteren umfangreichen Indikatorensets verbunden sind⁷ [9, 10]. Unterschiede bestehen auch bezüglich des Abstraktionsniveaus: Bei „Europa 2020“ erfolgt die Betrachtung vor allem aus gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Die OECD hingegen strebt eine Analyse auf der Ebene von „Individual Well-Being“ an.

Deutschland hat auf Bundesebene die Strategie der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild des politischen Handelns definiert. Aufgrund des föderalen Aufbaus haben sich in einigen Bundesländern wie auch in ausgewählten Kommunen und Regionen entsprechende Ansätze ausgebildet. In einem Workshop des Rates für nachhaltige Entwicklung am 7. November 2007 mit Experten aus den 16 Bundesländern bestand weitgehend Konsens über die zentralen Felder und Indikatoren zur Beschreibung vor allem der ökologischen Entwicklungen. Es wird davon ausgegangen, dass sich in absehbarer Zeit zumindest für einige Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategien übereinstimmende und konsistente Datengerüste herausbilden werden⁸ [11].

Der Deutsche Bundestag hat aufgrund der grundlegenden Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung vor allem in Verbindung mit dem BIP als Wachstumsindikator – in Deutschland, anderen

Nationen sowie inter- und supranational – auf seiner 77. Sitzung am 1. Dezember 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ beschlossen [12]. Ziel der Kommission ist es – losgelöst von der räumlichen Dimension –, erstens den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu untersuchen und zweitens einen ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator zu entwickeln. Dieser soll „... eine geeignete Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen anhand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien“ [12, S. 3] schaffen unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte:

- materieller Lebensstandard,
- Zugang zu und Qualität von Arbeit,
- gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, sozialer Inklusion und Kohäsion,
- intakte Umwelt und Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen,
- Bildungschancen und Bildungsniveaus,
- Gesundheit und Lebenserwartung,
- Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, soziale Sicherung und politische Teilhabe,
- subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und Zufriedenheit [12, S. 3].

Erste Überlegungen zur Konzeption eines zusammenfassenden Ansatzes, einschließlich der Kernbestandteile und die Möglichkeiten ihrer Aussagefähigkeit, liegen vor [13].

2. How's life – Zum Ansatz der OECD

Die OECD [14, S. 18 ff.] stellt in ihrem Ansatz zur Fortschrittsmessung das individuelle Wohlbefinden in den Vordergrund. Das bedeutet für das Monitoring: Benötigt und verwendet werden vor allem statistische Daten über Privathaushalte und Einzelpersonen. Die Ergebnisse beziehen sich besonders auf die „Outcomes“ bzw. die Erfolgsfaktoren – und weniger

⁷ Einen Überblick gibt [9], zu Einzelheiten siehe auch [10].

⁸ Siehe dazu auch die Ausführungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung zur Nachhaltigkeitspolitik der Bundesländer [11].

auf Inputfaktoren – von Well-Being. Im Zentrum der Betrachtung steht die Verteilung der Komponenten von „Well-Being“ auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen und Gruppen. Im Weiteren sollen neben objektiven auch subjektive Aspekte des Wohlbefindens berücksichtigt werden. Objektive, d.h. physisch messbare Kriterien sind grundlegend für eine neutrale Beschreibung der tatsächlichen Lebensbedingungen und Lebensqualität. Sie werden ergänzt um subjektive Kriterien, anhand derer die Empfindungen, Meinungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Berücksichtigung finden (Abbildung 1).

Als Determinanten der materiellen Lebensbedingungen werden genannt:

- Einkommen und Vermögen,
- Beschäftigung und Entlohnung,
- Wohnsituation.

Komponenten der Lebensqualität sind:

- Gesundheit,
- Gleichgewicht zwischen Arbeiten und Leben,
- Bildung und Ausbildung,
- gesellschaftliche Teilhabe,
- sozialer Zusammenhalt,
- Qualität der Umwelt,
- persönliche Sicherheit,
- subjektives Wohlbefinden.

Dieses Indikatorenset zum gesellschaftlichen Wohlbefinden der derzeit lebenden Generationen soll, wie der untere Kasten in Abbildung 1 zeigt, noch durch weitere Aspekte in Hinblick auf eine Fortschrittsmessung im Zeitablauf ergänzt werden; genannt werden natürliches, wirtschaftliches, menschliches und soziales Kapital.

Das dem Bericht „How's life“ zugrunde liegende Indikatorensystem soll fortentwickelt und um einen weiteren Teil zu „Green Growth“ ergänzt werden. Im Weiteren beschäftigt sich die OECD mit der Verdichtung der genannten Indikatoren in Form einer oder weniger zusammenfassender Kennzahlen („composite indicators“). Entsprechende methodische Vorarbeiten liegen bereits seit Längerem vor⁹.

Die OECD hat für ihren Ansatz eine pragmatische Vorgehensweise gewählt. In einem ersten Schritt baut sie auf vorhandenen Indikatoren vor allem der amtlichen Statistik auf. Sie unterscheidet zwischen Kernindikatoren, sogenannten „headline indicators“ und „secondary indicators“. Bei ersteren handelt es sich vor allem um Indikatoren, die in ausreichend guter Qualität vorliegen und die sich für ein Monitoring im Zeitablauf sowie für einen Ländervergleich eignen [14, S. 21]. Sekundäre Indikatoren dienen einmal als ergänzende länderspezifische Informationen. Zum anderen können dabei auch qualitative Unterschiede bestehen, derart, dass diese Indikatoren weniger robust sind als die sogenannten Kernindikatoren. Insgesamt unterscheidet die OECD elf verschiedene Bereiche (einschließlich subjektivem Wohlbefinden) mit insgesamt 49 Indikatoren, davon 22 Kernindikatoren. Der Großteil der objektiven Indikatoren wird von der

Abb. 1 Konzeption von „How's life“ [14, S. 19]



amtlichen Statistik bereitgestellt. Die subjektiven Indikatoren beruhen überwiegend auf Informationen von anderen Einrichtungen – wissenschaftlichen oder Instituten der Markt- und Meinungsforschung.

Im Vorspann zu jedem Bereich der Publikation „How's life“ gibt die OECD tabellarisch eine Übersicht zum Aussagegehalt der verwendeten Indikatoren und der Qualität der zugrunde liegenden statistischen Daten.

Zu den Kernindikatoren gehören:

- (1) bezüglich der materiellen Lebensbedingungen
 - das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen pro Person (household net adjusted disposable income per person/IW I)¹⁰,
 - das Haushaltsnettovermögen pro Person (household financial net wealth per person/IW II) – die Erwerbstätigenquote (employment rate/JE I),
 - die Langzeitarbeitslosigkeitsquote, (long-term unemployment rate/JE II)
 - das durchschnittliche Jahresgehalt je Beschäftigtem (average annual earnings per employee/JE III),
 - die Anzahl der (Wohn)-Räume je Person (number of rooms per person/HO I),
 - Wohngebäude ohne Bad und WC (dwellings without basic facilities/HO II);
- (2) bezüglich der Lebensqualität:
 - die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt (life-expectancy at birth/HS I),
 - der Gesundheitszustand nach eigener Auskunft (self-reported health status/HS II),
 - Beschäftigte mit sehr langer Arbeitszeit (employees working very long hours/WL I),

⁹ Siehe dazu die Gemeinschaftsveröffentlichung von OECD und Joint Research Centre der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission [15, S. 3].

¹⁰ Die Abkürzungen in der Klammer geben die Abkürzung des Indikators im Bericht wieder, wobei die Buchstaben die Abkürzung

zung für den jeweiligen Teilbereich sind, z.B. „IW I“ bedeutet: erster Indikator im Bereich „Income and Wealth“.

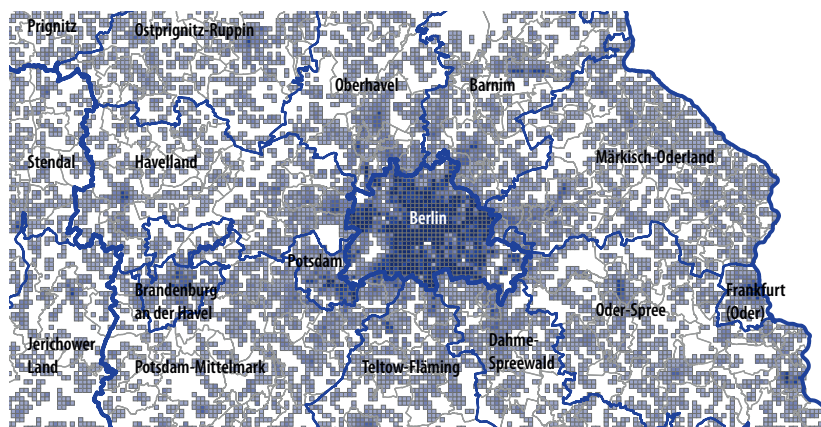
Übersicht 3 OECD-Indikatoren „How's life“

Kernindikatoren und Sekundärindikatoren			
Material living conditions Materielle Lebensverhältnisse	income and wealth Einkommen und Vermögen	IW I	Verfügbares Haushaltsnettoeinkommen
		IW II	Haushaltsnettovermögen pro Person
		iw 1	Konsumausgaben der privaten Haushalte
		iw 2	Gesamtausgaben der privaten Haushalte
		iw 3	Subjektive Einschätzung der materiellen Situation
	jobs and earnings Beschäftigung und Verdienste	JE I	Erwerbstätigenquote
		JE II	Langzeitarbeitslosigkeitsquote
		je 1	Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung
		JE III	Durchschnittliches Jahresgehalt je Beschäftigtem
		je 2	Beschäftigte mit Zeitarbeitsverträgen
		je 3	Arbeitsunfälle
	housing conditions Wohnverhältnisse	HO I	Anzahl der Wohnräume je Person
		ho 1	Überdurchschnittliche Wohnkosten
		HO II	Wohngebäude ohne Bad und WC
		ho 2	Zufriedenheit mit der Wohnsituation
Quality of life Lebensqualität	health Gesundheit	HS I	Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt
		hs 1	Säuglingssterblichkeit
		HS II	Gesundheitszustand nach eigener Auskunft
		hs 2	Langzeiterkrankung nach eigener Auskunft
		hs 3	Einschränkungen bei täglichen Verrichtungen nach eigener Auskunft
		hs 4	Übergewicht und Adipositas
	work and life balance Beruf und Familie	WL I	Beschäftigte mit mehr als 50 Wochenstunden Arbeitszeit
		WL II	Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege
		wl 1	Zeitaufwand für Berufspendeln
		wl 2	Zufriedenheit mit der zeitlichen Aufteilung für Beruf und Privatleben
		WL III	Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern
	education and skills Bildung und Qualifizierung	ES I	Bildungsstand
		es 1	Erwartete Aus- und Fortbildungszeit von Jugendlichen
		es 2	Berufliche und private Fort- und Weiterbildung
		ES II	Kognitive Fähigkeiten von Schülern und Studenten
		es 3	Kenntnisse über das gesellschaftliche Leben
	social connections Soziale Kontakte	SC I	Soziales Engagement
		sc 1	Häufigkeit von sozialen Kontakten
		sc 2	Freiwillige/ehrenamtliche Arbeit
	civic engagement and governance Bürgerschaftliches Engagement und Regierungsführung	sc 3	Vertrauen in andere Personen bzw. soziale Gruppierungen
		CEG I	Wahlbeteiligung
		ceg 1	Politische Teilhabe
		CEG II	Mitwirkungsmöglichkeiten in politischen Entscheidungsprozessen
		ceg 2	Vertrauen in die nationale Regierung, das Rechtswesen und in die Medien
	environmental quality Umweltqualität	EN I	Luftqualität
		en 1	Umweltbedingte Krankheiten
		en 2	Zufriedenheit mit der lokalen Umweltsituation
	personal security Persönliche Sicherheit	en 3	Zugang zu Grünanlagen
		PS I	Vorsätzliche Tötungsdelikte
		PS II	Tätlicher Angriff auf Leib und Leben oder Eigentum nach eigener Auskunft
		ps 1	Kindesmisshandlungen durch häusliche Gewalt
	subjective well-being Subjektive Lebenszufriedenheit	ps 2	Subjektives Sicherheitsgefühl
		SW I	Lebenszufriedenheit
		SW II	Ausgeglichenheit

- Zeitaufwand für Freizeit und persönliche Pflege (time devoted to leisure and personal care/WL II),
- Beschäftigungsquote von Frauen mit schulpflichtigen Kindern (employment rate of women with children of compulsory school age/WL III),
- Bildungsstand (educational attainment/ES I),
- die kognitiven Fähigkeiten von Schülern und Studenten (students' cognitive skills/ES II),
- soziales Engagement (social network support/SC I)
- Wahlbeteiligung (voter turn-out/CEG I),
- Mitwirkungsmöglichkeiten (consultation on rule-making/CEG II),
- Luftqualität (air quality/EN I),
- vorsätzliche Tötungsdelikte (intentional homicides/PS I),
- selbst angezeigte Erfahrung eines tätlichen Angriffs auf Leib und Leben oder Eigentum (self-reported victimisation/PS II),
- Lebenszufriedenheit (life-satisfaction/SW I),
- Ausgeglichenheit (affect balance/SW II).

Vom Ansatz her besteht vor allem bezüglich der relevanten Bereiche und Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – in weiten Teilen Übereinstimmung zwischen dem Ansatz der OECD und der Nachhaltigkeitsstrategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“. Ein Teil der objektiven Indikatoren wird in gleicher Definition auch zum Monitoring der nationalen Strategie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“ herangezogen (z.B. die Erwerbstätigenquote, der Anteil von Personen mit einem tertiären Abschluss oder ausgewählte Gesundheitsindikatoren wie Adipositas/Fettleibigkeit); bei anderen Indikatoren gibt es eine eher prinzipielle Übereinstimmung, wobei allerdings unterschiedliche Indikatoren zur Anwendung kommen wie zum Beispiel bei der Einkommenssituation von Männern und Frauen.

Abb. 2a Rasterdaten für Berlin und Brandenburg



Quelle: European Forum for Geostatistics: http://www.efgs.info/data/eurogrid/Grid_ETRS89_LAEA_DE_1K.zip/view, eigene Darstellung

Abb. 2b Urbanisierungsgrad (DegUrb) in Berlin und Brandenburg 2011



Siedlungsdichte



Quelle: epp.eurostat.ec.europa.eu, eigene Darstellung

Nicht verwendet werden in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sämtliche Indikatoren mit Angaben zum Zeitaufwand¹¹ (Übersicht 3).

3. How's life – in Deutschland

3.1. Vorbemerkungen – Datengrundlagen und Regionaleinheiten

Bundesweit vergleichbare regionalstatistische Informationen aus der amtlichen Statistik sind vor allem in Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, besonders der Regionaldatenbank Deutschland [17] und dem interaktiven Regionalatlas [18] vergleichsweise einfach und kostenfrei zugänglich. Beide Produkte enthalten im Wesentlichen Angaben zu administrativen Gebietseinheiten unterhalb der Länderebene. Dazu gehören besonders Angaben für Kreise, d.h. für kreisfreie Städte und Landkreise. In der Regionaldatenbank Deutschland sind einige Angaben flächendeckend auf Gemeindeebene vorhanden; eine umfassende und aktuelle Übersicht über ausgewählte Daten zu deutschen Gemeinden kann aus dem Ge-

meindeverzeichnis/GVISys [19] abgerufen werden. Auf europäischer Ebene werden kleinräumige Daten für ausgewählte Großstädte im Rahmen des sogenannten Urban Audit [20] für Europa angeboten. Die Angaben für Deutschland werden von der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt [21] bereitgestellt.

Die Regionaldatenbank Deutschland ist – bis auf wenige Ausnahmen – Grundlage der nachfolgenden Analysen. Hier können aus 78 Statistiken zahlreiche Merkmale und Indikatoren für verschiedene Bereiche von Gesellschaft, Wirtschaft, Umwelt und öffentlichem Bereich abgerufen werden. Da der überwiegende Teil des bundesstatistischen Programms auf europäischen Rechtsgrundlagen beruht, sind die regionalstatistischen Angaben zu weiten Teilen auch europaweit vergleichbar. Grundlage dafür ist die europäische Gebietsgliederung NUTS [22, S. 3], die für Deutschland administrative Gebietseinheiten von den Gemeinden (LAU2) über Gemeindeverbände (LAU1), Kreise (NUTS3) und Regierungsbezirke/statistische Regionen (NUTS2) und Bundesländer (NUTS1) enthält¹².

¹¹ Derartige Informationen liefern vor allem Zeitbudgeterhebungen. Das Statistische Bundesamt hat in der Vergangenheit zwei

Studien durchgeführt, siehe dazu auch [16]. Eine neue Erhebung zur Zeitverwendung wird derzeit durchgeführt.

¹² Die NUTS-Klassifikation wird regelmäßig in mehrjährigen Zeitabständen angepasst und bietet die Grundlage für europaweite

Vergleiche – vor allem auf der Ebene NUTS2 – besonders für die europäische Regional- und Sozialpolitik.

Da sich administrative Gebietseinheiten wie zum Beispiel die Kreise aufgrund ihrer unterschiedlichen Größe in den verschiedenen Bundesländern in Deutschland und mehr noch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für Vergleichszwecke nur bedingt eignen, hat die OECD zusammen mit der Europäischen Kommission die bestehende Gebietsgliederung überarbeitet und unter der Bezeichnung „DEGREE of URBANISATION (DEGURBA) im Sommer 2011 verabschiedet¹³ [23, 24]. Grundlage sind sogenannte Gitterzellen (Rasterzellen) der Größe 1 km x 1 km. Anhand der Einwohnerzahl und der Bevölkerungsdichte wird für jede Zelle bestimmt, ob es sich dabei um eine (1) städtische, (2) mittlere oder (3) ländliche Besiedlung handelt. Die Abgrenzung erfolgt auf Gemeindeebene. Für die Zuordnung zu „dicht“ oder „dünn besiedelt“ ist entscheidend, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung in entsprechend „dicht“ oder „dünn“ besiedelten Gitterzellen wohnt. Als dicht besiedelt werden Gitterzellen mit einer Siedlungsdichte von mindestens 500 Einwohnern pro km² und einer Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern bezeichnet. Für eine mittlere Besiedlung gelten eine Siedlungsdichte von mindestens 100 und eine Mindestbevölkerung von 50 000 Einwohnern [25]. Als „dünn“ besiedelt werden alle anderweitig nicht zuordenbaren Regionaleinheiten eingestuft.

Da in der amtlichen Statistik Deutschlands eine allgemeine Regelung zur Aufbereitung und Auswertung von statistischen Angaben für Rasterzellen bislang rechtlich nicht besteht – eine entsprechende Rechtsgrundlage soll im Rahmen des E-Governmentgesetzes geschaffen werden [26] –, ist die Zuordnung im Gemeindeverzeichnis auf der Grundlage von administrativen Einheiten erfolgt. Gitterzellen böten den Vorteil einer genaueren, flexiblen und im Zeitablauf stabilen regionalen Einteilung.

Für die nachfolgenden raumbezogenen Untersuchungen zu den Lebensbedingungen in Deutschland sollen ausgewählte Angaben in Anlehnung an die von der OECD in „How's life“ vorgeschlagenen Indikatoren vor allem auf der Kreisebene überwiegend aus der Regionaldatenbank und aus dem Regionalatlas im Hinblick auf den Besiedlungsgrad kurz dargestellt werden. Eine detailliertere Betrachtung erfolgt für die kreisfreien Städte in Deutschland gemäß Gebietsstand 31.12.2011. Diese Abgrenzung bietet sich in Anbetracht der in der Bundesstatistik vorhandenen administrativen Gebietseinheiten als kleinste Regionaleinheiten an, wenn Auswertungen sowohl bezüglich der Siedlungsdichte – dicht und mittel –

¹³ Zur ausführlichen Beschreibung siehe [23]; eine Kurzbeschreibung kann unter [24] abgerufen werden.

Tab. 1 Landkreise und kreisfreie Städte am 31. 12. 2011 nach Stadt-/Landgliederung

Stadt-/Landgliederung ¹	Fläche	Bevölkerung	Siedlungsdichte
	km ²	Anzahl	Pers./km ²
1	17 800	28 932 890	1 625
2	100 754	34 009 378	338
3	238 575	18 901 475	79
1 bis 3	357 129	81 843 743	229
Anteil in %			
1	5,0	35,4	•
2	28,2	41,6	•
3	66,8	23,1	•
1 bis 3	100	100	•

¹ Gliederung nach dem Siedlungsgrad:
1=dicht, 2 = mittel, 3=dünn

Tab. 2 Ausgewählte Merkmale in den kreisfreien Städten nach Bevölkerungsgrößen

Einwohner- größenklasse	Kreisfreie Städte	Einwohner	Fläche			
			ins- gesamt	Erholungs- fläche	darunter	Wohnfläche in Wohn- gebäuden
					Grün- anlagen	
2011		2010				
Anzahl		km²			1 000 m²	
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern						
500 000 und mehr	13	12 868 277	4 664	398	334	481 087
250 000 bis unter 500 000	13	4 076 914	2 386	145	113	158 132
100 000 bis unter 250 000	42	6 712 916	5 330	284	223	260 400
50 000 bis unter 100 000	24	1 693 322	2 402	86	67	70 479
unter 50 000	15	624 861	1 011	21	15	27 653
Zusammen	107	25 976 290	15 793	934	752	997 751
Deutschland insgesamt	•	81 843 743	357 127	3 985	2 671	3 426 896
Anteil an kreisfreien Städten in %						
500 000 und mehr	12,1	49,5	29,5	42,6	44,4	48,2
250 000 bis unter 500 000	12,1	15,7	15,1	15,5	15,0	15,8
100 000 bis unter 250 000	39,3	25,8	33,8	30,4	29,7	26,1
50 000 bis unter 100 000	22,4	6,5	15,2	9,2	8,9	7,1
unter 50 000	14,0	2,4	6,4	2,2	2,0	2,8
Zusammen	100	100	100	100	100	100
Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städte in %						
500 000 und mehr	65,0	15,7	1,3	10,0	12,5	14,0
250 000 bis unter 500 000	17,3	5,0	0,7	3,6	4,2	4,6
100 000 bis unter 250 000	19,4	8,2	1,5	7,1	8,3	7,6
50 000 bis unter 100 000	32,4	2,1	0,7	2,2	2,5	2,1
unter 50 000	93,8	0,8	0,3	0,5	0,6	0,8
Insgesamt	26,6	31,7	4,4	23,4	28,2	29,1

als auch von ausgewählten Kommunen – großen und kleinen – unternommen werden sollen. So gab es am 31.12.2011 insgesamt 13 kreisfreie Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern; sie sind nach den o.g. Kriterien ausnahmslos dicht besiedelt. Selbstverständlich gibt es noch weitere Großstädte wie Hannover oder Aachen mit einer Wohnbevölkerung von mehr als 200 000 Einwohnern. Allerdings wurde hier aufgrund von Gebietsreformen in jüngerer Zeit das Umland mit in die jeweilige NUTS 3 Ebene einbezogen, so dass eine isolierte Betrachtung der Stadt selbst nicht mehr einfach möglich ist, in der Datenbank aber nachgewiesen wird. Die kleinsten kreisfreien Städte Deutschlands mit einer Einwohnerzahl von weniger als 50 000 wurden – mit Ausnahme von Frankenthal (Pfalz) – als „mittel“ besiedelt eingestuft.

Auch wenn etwa ein Drittel der OECD-Indikatoren für „How's life“ auf Kreis- und teilweise auf Gemeindeebene vorliegt, sollen im Folgenden grundlegende Aspekte, die eng mit den materiellen Lebensbedingungen – aktuell und zukünftig – zusammenhängen wie allgemeine räumliche Lebenssituation, Einkommen, Erwerbstätigkeit und Bildungsstand einge-

hender betrachtet werden. Eine detaillierte Untersuchung der Lebensqualität in Analogie zu „How's life“ soll wegen der Komplexität der Materie einer separaten Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Im Folgenden werden betrachtet:

- (1) Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten (Zugang zu Grünflächen en 3¹⁴, Wohnfläche pro Person H0 I),
- (2) Einkommen und Vermögen (verfügbares Einkommen der privaten Haushalte IW I),
- (3) Berufstätigkeit (Erwerbstätigenquote JE I, Langzeitarbeitslosigkeit JE II),
- (4) Schulische und berufliche Bildung (allgemeine Hochschulreife ES I).

Dabei wird versucht, diese Indikatoren definitorisch soweit wie möglich an diejenigen von „How's life“ anzulehnen und ggf. in Verbindung mit zumindest definitorisch ähnlichen statistischen Indikatoren – ungeachtet der damit verbundenen Zielsetzungen – für die „Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland“ und „Europa 2020“ zu ergänzen und kurz zu diskutieren.

¹⁴ Diese Codes beziehen sich auf die Nummerierung in der Publikation „How's life“ der OECD; siehe Übersicht 3.

Noch: Ausgewählte Merkmale in den kreisfreien Städten
Tab. 2 nach Bevölkerungsgrößen

Einwohner- größenklasse	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Sozial- versicherungs- pflichtig Beschäftigte am Wohnort	Erwerbstätige nach dem Arbeitsort- konzept	Arbeitslose			Schulabsolventen	
				ins- gesamt	darunter		mit Allgemeiner Hochschul- reife	ohne Hauptschul- abschluss
					im Alter von 15 bis unter 25 Jahren	Langzeit- arbeits- lose		
	2009	2010	2009	2011			2010	
1 000 EUR	Anzahl	Anzahl	1 000	Anzahl				
Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern								
500 000 und mehr	246 812 846	4 138 416	7 917	637 732	65 646	232 611	47 672	8 654
250 000 bis unter 500 000	75 895 543	1 378 495	2 558	183 278	20 013	72 456	17 068	2 957
100 000 bis unter 250 000	121 472 285	2 150 894	4 167	298 891	32 497	113 120	27 915	4 955
50 000 bis unter 100 000	29 873 991	543 978	1 129	78 727	8 896	26 961	8 563	1 412
unter 50 000	11 777 010	211 002	435	21 770	2 604	6 259	3 759	723
Zusammen	485 831 675	8 422 785	16 207	1 220 398	129 656	451 407	104 977	18 701
Deutschland insgesamt	1 554 260 000	27 599 714	40 271	2 975 823	278 886	1 051 603	267 850	53 058
Anteil an kreisfreien Städten in %								
500 000 und mehr	50,8	49,1	48,8	52,3	50,6	51,5	45,4	46,3
250 000 bis unter 500 000	15,6	16,4	15,8	15,0	15,4	16,1	16,3	15,8
100 000 bis unter 250 000	25,0	25,5	25,7	24,5	25,1	25,1	26,6	26,5
50 000 bis unter 100 000	6,1	6,5	7,0	6,5	6,9	6,0	8,2	7,6
unter 50 000	2,4	2,5	2,7	1,8	2,0	1,4	3,6	3,9
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100
Anteil an allen Kreisen und kreisfreien Städte in %								
500 000 und mehr	15,9	15,0	19,7	21,4	23,5	22,1	17,8	16,3
250 000 bis unter 500 000	4,9	5,0	6,4	6,2	7,2	6,9	6,4	5,6
100 000 bis unter 250 000	7,8	7,8	10,3	10,0	11,7	10,8	10,4	9,3
50 000 bis unter 100 000	1,9	2,0	2,8	2,6	3,2	2,6	3,2	2,7
unter 50 000	0,8	0,8	1,1	0,7	0,9	0,6	1,4	1,4
Insgesamt	31,3	30,5	40,2	41,0	46,5	42,9	39,2	35,2

Abb. 3a Bevölkerung am 31. Dezember 2011 ...
... in den größten kreisfreien Städten

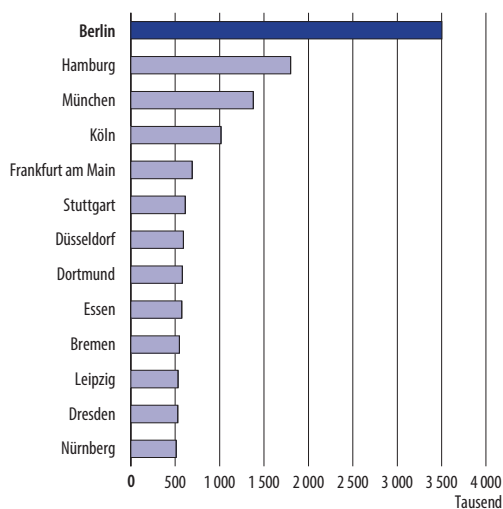


Abb. 3c ... in den kleinsten kreisfreien Städten

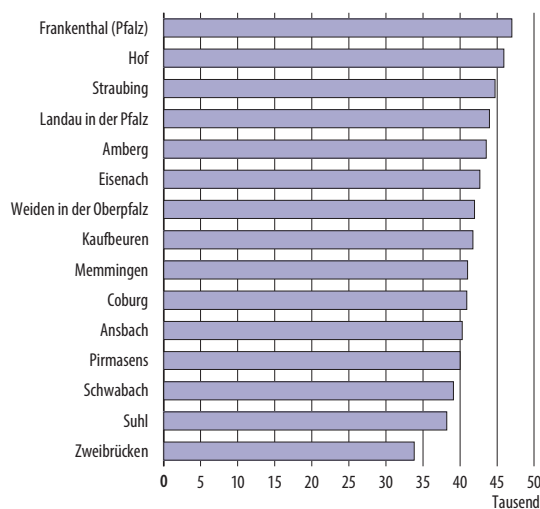


Abb. 3b Bevölkerungsdichte 2011 ...
in den größten kreisfreien Städten

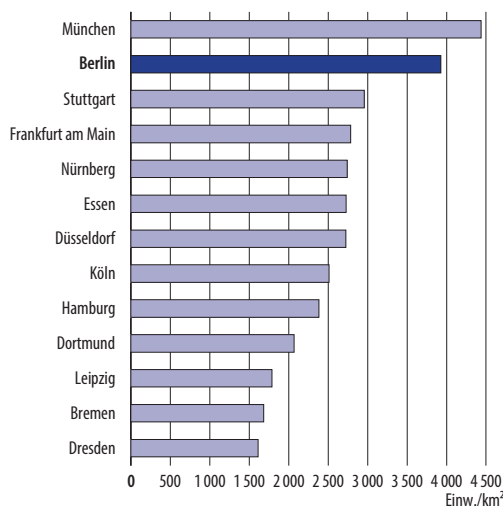
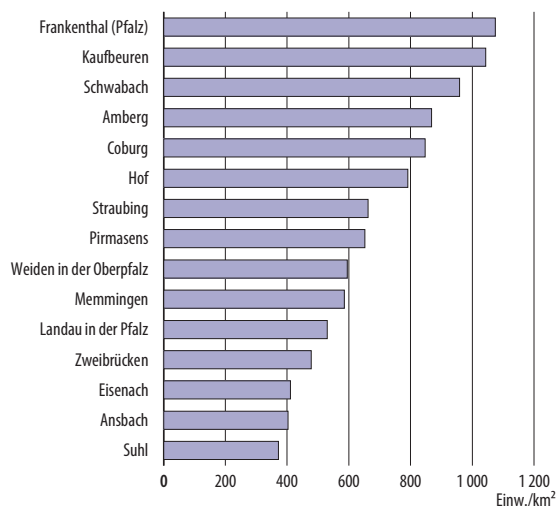


Abb. 3d ... in den kleinsten kreisfreien Städten



3.2. Leben in Deutschland – Materielle Lebensbedingungen

3.2.1. Raum- bzw. Flächennutzungsmöglichkeiten

Die Raum- und Flächennutzung gibt nicht nur Aufschluss über die Siedlungsstruktur, sie liefert auch Anhaltspunkte über die materiellen Lebensbedingungen und die Lebensqualität. Im Bericht der OECD gibt es zwei unterschiedliche Bereiche, in denen Indikatoren zur Raumnutzung angesprochen werden. Dazu gehört einmal der Bereich „Wohnsituation“, und zum anderen wird die Grünfläche als Indikator für die Umweltqualität herangezogen.

In diesem Abschnitt soll zunächst die Siedlungsstruktur in Deutschland – vor dem Hintergrund der methodischen Ausführungen in Abschnitt 3.1 – dargestellt werden. Kreisfreie Städte – die größten und die kleinsten – dienen quasi exemplarisch für Gebiete mit einer „dichten“ bzw. solche mit einer überwiegend „mittleren“ Siedlungsdichte. Wegen der besonderen Bedeutung des Wohnumfeldes hier Grünflächen, für dicht besiedelte Gebiete, soll

nachfolgend die Situation in den betrachteten Städten aufgezeigt werden. Und schließlich soll auf die Wohnsituation selbst eingegangen werden.

Deutschland hat eine Fläche von rund 357 000 km². Hier lebten am 31.12.2011 rund 82 Mill. Personen (siehe Tabelle 1): Die Siedlungsdichte reichte damit im Durchschnitt von mehr als 1600 Einwohnern je km² für dicht besiedelte Kreise bis hin zu 79 Einwohnern je km² für dünn besiedelte Kreise. Insgesamt ist Deutschland zu zwei Dritteln dünn besiedelt. Auf lediglich 5 % der Fläche Deutschlands leben mehr als ein Drittel seiner Einwohner (35,4 %). In den 107 kreisfreien Städten Deutschlands, d. h. in etwa 1 % der deutschen Gemeinden¹⁵ [27], leben insgesamt 31,7 % der Bevölkerung.

Ein Vergleich der kreisfreien Städte zeigt, dass rund 50 % der Stadtbevölkerung in Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern lebt und weitere 42 % in kreisfreien Städten ab 100 000 bis unter 500 000 Einwohnern (Tabelle 2).

¹⁵ Am 31.12.2011 hatte Deutschland ca. 11 300 Gemeinden (siehe [27]).

Abb. 4a Anteil der Grünanlagen
an der Gesamtbodenfläche 2010 ...
... in den größten kreisfreien Städten

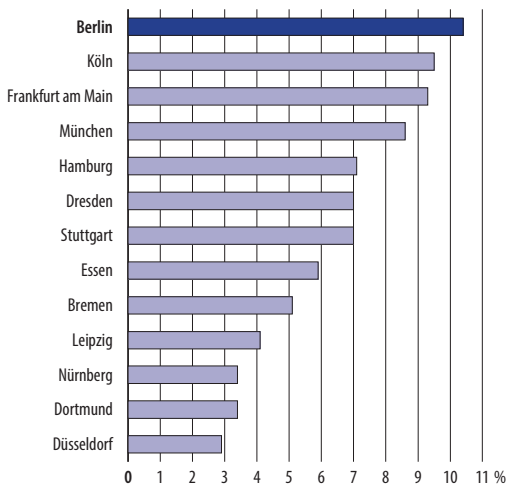


Abb. 4c ... in den kleinsten kreisfreien Städten

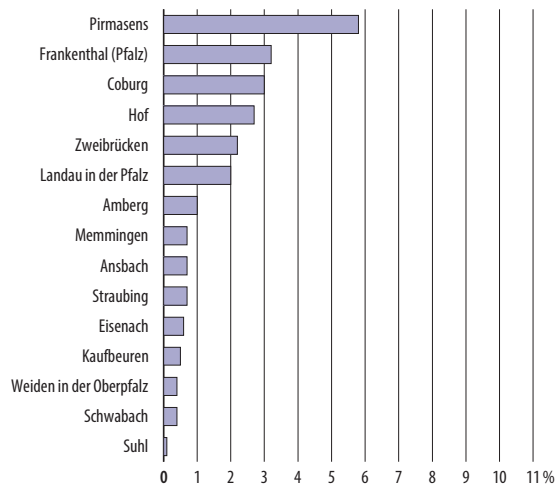


Abb. 4b Wohnfläche in Wohngebäuden
pro Einwohner 2010 ...
... in den größten kreisfreien Städten

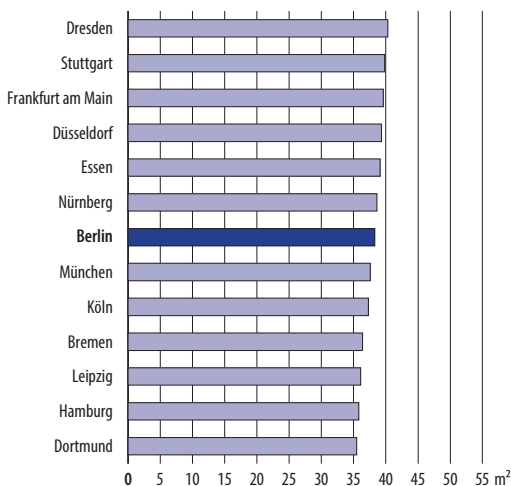
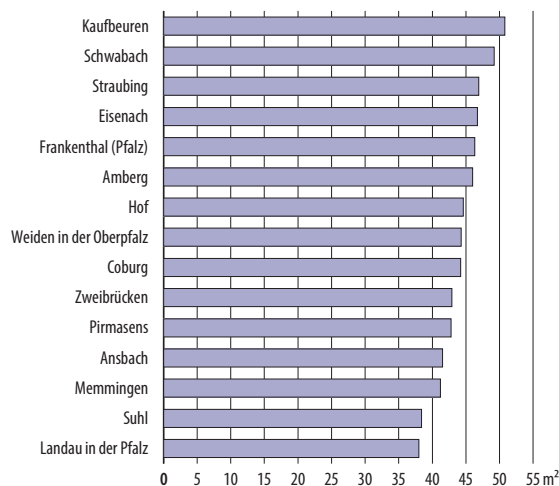


Abb. 4d ... in den kleinsten kreisfreien Städten



Ein Städtevergleich für die 13 größten kreisfreien Städte (Abbildung 3a) zeigt, dass vier davon mehr als 1 Mill. Einwohner aufweisen. Die größte Einwohnerzahl hatte Berlin mit 3,5 Mill. Einwohnern; am kleinsten war Nürnberg mit 511 000 Einwohnern. Betrachtet man hingegen die Siedlungsdichte (Abbildung 3b), d. h. die Einwohnerzahl pro Flächeneinheit, hier km^2 , so ist sie am höchsten in München mit 4 436 Einwohnern, gefolgt von Berlin mit 3 927 Einwohnern je km^2 . Bei acht Städten liegt die Siedlungsdichte zwischen 2 000 und 3 000 Einwohnern je km^2 . Die übrigen Städte (Leipzig, Bremen und Dresden) sind mit einer Siedlungsdichte von ca. 1 800 bis 1 600 deutlich weniger dicht besiedelt.

Die kleinsten kreisfreien Städte haben bezüglich der Einwohnerzahl eine größere Homogenität. Die Einwohnerzahl reicht von ca. 34 000 bis etwa 47 000 Einwohner (siehe Abbildung 3c). Diese kleinen kreisfreien Städte sind – wie die Großstädte auch – über ganz Deutschland verteilt. Von den Großstädten befinden sich vier in Nord-Rhein-Westfalen und die

übrigen liegen überwiegend in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg.

Die Siedlungsdichte liegt für die kleinen kreisfreien Städte zwischen ca. 400 und 1 000 Personen je km^2 . Sie wurden damit überwiegend als „mittel“ besiedelt im Gemeindeverzeichnis eingestuft (Abbildung 3d).

Gerade in dicht besiedelten Räumen ist der Zugang zu Grünflächen ein wichtiger Indikator für Well-Being. So wird von der OECD und auch von anderen Einrichtungen wie beispielsweise der Weltbank postuliert, dass Flächen für die Erholung des Einzelnen und damit für die Lebensqualität insgesamt von großer Bedeutung sind [14, S. 215]. Dies gilt umso mehr, je enger die Menschen räumlich zusammenleben, d. h. je höher die Siedlungsdichte ist. Von der OECD wurde „Grünfläche“ als sekundärer Indikator eingestuft, weil bislang ein OECD-weiter Vergleich nur auf der Basis von subjektiven Angaben aus nicht-amtlichen Quellen möglich ist. Für Deutschland hingegen liegen in der amtlichen Statistik objektive Angaben aus der Flächenerhebung vor.

Abb. 5a **Regionalatlas Deutschland**
Indikatoren des Themenbereichs „Bevölkerung“

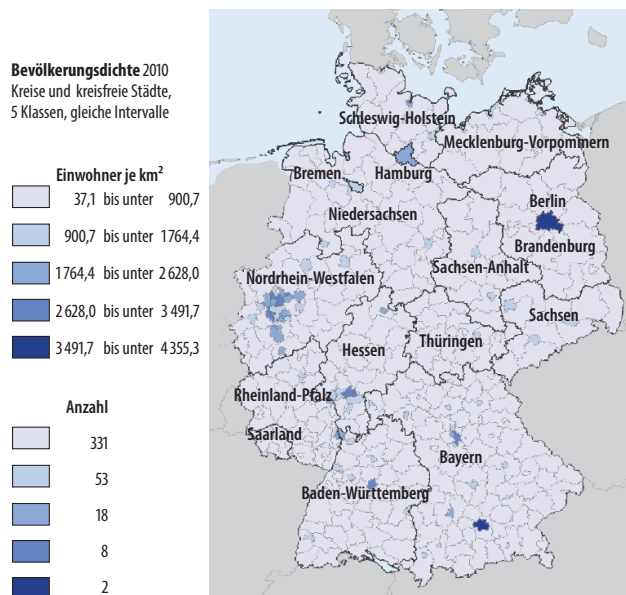
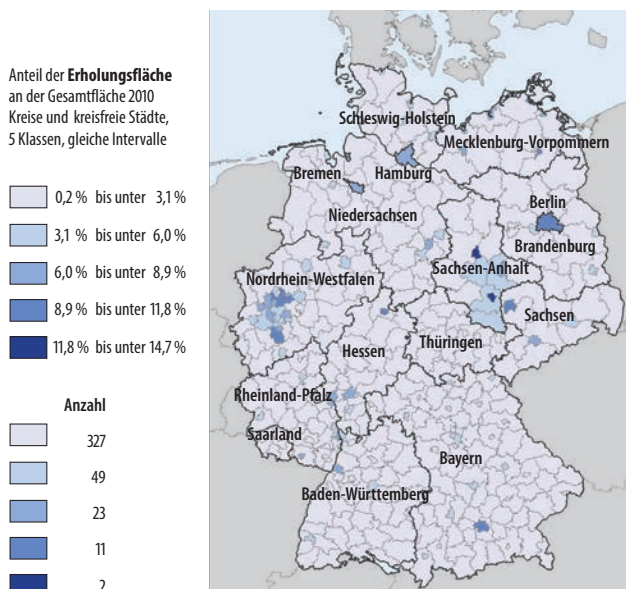


Abb. 5b **Indikatoren des Themenbereichs „Gebiet und Fläche“**



So liefert der Indikator Anteil der Grünanlagen an der Gesamtbodenfläche erste Anhaltspunkte für diesen Aspekt der Lebensqualität. Während der Anteil der Grünfläche an der Gesamtbodenfläche bei Städten über 500 000 Einwohner durchschnittlich bei 7 % liegt, beträgt dieser Anteil bei den kleinen kreisfreien Städten (<50 000 Einwohnern) nur 1 % im Durchschnitt (Tabelle 2). Stadtspezifisch ergeben sich unterschiedliche Werte: Besonders für die kreisfreien Großstädte (Abbildung 4a) reichen die Grünanlagenanteile von maximal ca. 10 % für Berlin und Köln bis hin zu 3 % in Dortmund und Düsseldorf; noch kleiner sind sie für kleine Städte. Bei der Mehrzahl dieser Städte (9) liegt der Grünanlagenanteil um 1 % und darunter (Abbildung 4c). Allerdings gemessen an der GrünanlagenGesamtfläche für Deutschland liegt der Anteil der Städte über 500 000 Einwohner hier bei 44 %, bei den Städten unter 50 000 Einwohner nur bei 2 %.

Ob ein hoher Anteil an städtischer Freifläche mit einem hohen Erholungswert einhergeht, lässt sich aus einer derart isolierten Betrachtung nicht schließen. Hier wären ergänzende Analysen notwendig, z.B. bezüglich der Möglichkeiten, die das Umland zur Erholung bietet.

Ein weiterer Flächenindikator, der auf das persönliche Umfeld einer Privatperson oder eines Privathaushaltes abstellt, ist die Wohnfläche. Die Wohnsituation wird von der OECD als wichtigste Komponente für den Lebensstandard einer Gesellschaft bezeichnet. Dadurch werden nicht nur elementare Bedürfnisse wie Schutz vor Wettereinflüssen Regen, Schnee oder Naturkatastrophen etc. abgedeckt, sondern die Wohnsituation liefert auch Anhaltspunkte zur Beurteilung der individuellen Sicherheit sowie der potenziellen Privatsphäre eines Einzelnen.

Die OECD empfiehlt zur Beurteilung der Wohnsituation insgesamt vier verschiedene Indikatoren. Kernindikatoren sind einmal die Anzahl der Räume je Person und Wohnung und zum anderen die Ausstattung mit grundlegenden Hygieneeinrichtungen wie beispielsweise mit an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Sanitäreinrichtungen¹⁶ [28]. Zu beidem gibt es Anhaltspunkte aus der Regionalstatistik Deutschlands¹⁷. Der Einfachheit halber soll im Folgenden als Indikator für die Wohnsituation die Wohnfläche in m² je Person genügen.

¹⁶ Für beide Indikatoren gibt es Angaben auf Kreisebene aus der Bundesstatistik; siehe [28], hier S. 72 bezüglich des Wohnungsbestandes und S. 79 bezüglich der öffentlichen Abwasserbehandlung.

¹⁷ Die Räume je Person lassen sich aus der Regionaldatenbank Deutschland aus der Anzahl der Wohngebäude und der darin enthaltenen Wohnungen und Räume berechnen. Aufgrund der unterschiedlichen Größe der

Räume wird dem Indikator „Wohnfläche pro Person in m²“ der Vorzug gegeben. Zur Ausstattung der Wohnungen ist anzumerken, dass alle in der Statistik nachgewiesenen Wohnungen über entsprechende

Hygieneeinrichtungen verfügen, der Indikator damit für Deutschland für eine Beurteilung in der OECD-Abgrenzung nicht hinreichend geeignet erscheint.

Die Wohnfläche pro Person in m^2 liegt – weitgehend unabhängig von der Einwohnerzahl einer Stadt – in den Großstädten zwischen 36 m^2 (Dortmund) und 40 m^2 (Dresden) pro Person (Abbildung 4b). Bei den kleinen kreisfreien Städten ist die statistisch jedem Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche überwiegend noch größer und liegt zwischen 38 m^2 (Landau i.d.Pfalz und Suhl) und 51 m^2 (Kaufbeuren) (Abbildung 4d). Tendenziell ist damit die Wohnsituation unter dem Gesichtspunkt der Wohnfläche in den kleinen kreisfreien Städten besser als in den Großstädten. Da sich das Stadt-/Landgefälle aber nicht nur in der Größe der Wohnungen, sondern auch ihren Preisen und der Haushaltsstruktur widerspiegelt, müssen für eine differenziertere Untersuchung der Lebensqualität ggf. personengruppen- bzw. haushaltsgruppenspezifisch weitere Indikatoren wie beispielsweise die Miet- bzw. Wohnpreise herangezogen werden.

Betrachtet man die verschiedenen Flächenindikatoren zur Siedlungs-, Erholungs- und Wohnsituation unter Berücksichtigung ihrer Lage im Raum, so bieten sich aus dem Standardveröffentlichungsprogramm der amtlichen Statistik, besonders dem Regionalatlas, Karten dazu an.

Die Karte zur Bevölkerungsdichte (Abbildung 5a) zeigt, dass sich dicht besiedelte Gebiete über ganz Deutschland, allerdings häufig auf einzelne Kreise konzentriert, verteilen. Größere zusammenhängende dicht besiedelte Gebiete befinden sich vor allem in Nordrhein-Westfalen – rund um Düsseldorf – und im Rhein-Main-Gebiet zwischen Frankfurt und Mainz. Auch in der Region Nürnberg und im Bereich Mannheim-Heidelberg grenzen mehrere dichter und dicht besiedelte Kreise mit einer Siedlungsdichte von mindestens 900 Einwohnern pro km^2 aneinander.

Die Erholungsfläche umfasst neben der Fläche für Grünanlagen Parks, Schrebergärten, Sportflächen und Campingplätze, Flächen, die überwiegend dem Sport und der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Die Erholungsflächen in Deutschland folgen zu weiten Teilen der Siedlungsstruktur. Besonders große Flächenanteile finden sich vor allem in den dicht und dichter besiedelten Kreisen. Größere zusammenhängende Erholungsflächen mit einem Flächenanteil von mehr als 3 % der Gesamtfläche gibt es vor allem im Ruhrgebiet sowie dem Dreieck von Magdeburg, dem Burgenlandkreis südlich von Halle und Leipzig. Diese Ergebnisse stimmen tendenziell mit den Ergebnissen für die oben näher betrachteten kreisfreien Städte, die kleinsten und die größten, überein, derart, dass die Grünflächen- bzw. die Erholungsflächenanteile an der Gesamtfläche umso größer sind, je mehr Einwohner eine Stadt hat.

3.2.2 Einkommen und Vermögen

Einkommen und Vermögen sind bei „How's life“ die grundlegenden Komponenten von materiellem Wohlstand. Während Einkommen es dem Einzelnen ermöglicht, sich seine Bedarfe und Wünsche zu erfüllen, dient Vermögen dazu, einen einmal gewonnenen Lebensstandard zu erhalten [14, S. 37 f.]. Auch in der europäischen Strategie „Europa 2020“ wird Bezug genommen auf die Einkommenssituation, allerdings mit der Zielsetzung: Verringerung der Armutsgefährdung in Europa [29].

Abb. 6a **Verfügbares Einkommen je Einwohner 2009 ... in den größten kreisfreien Städten**

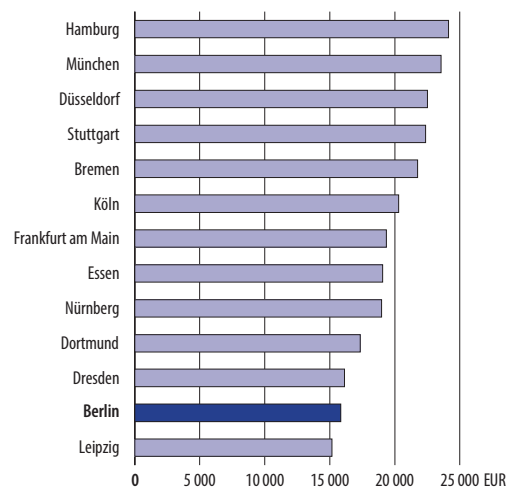
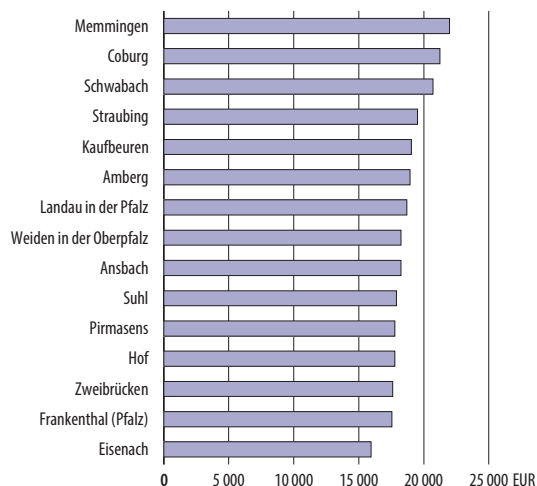


Abb. 6b **... in den kleinsten kreisfreien Städten**



Die OECD empfiehlt als „... best measure of people's economic resources ...“ [14, S. 39] das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (household net adjusted disposable income), berechnet aus den Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen [14, S. 39]. Diese Angaben sind auch für Deutschland auf Kreisebene aus der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder verfügbar. Hier ergibt sich für 2009 folgende Situation: Der Großteil des verfügbaren Haushaltseinkommens konzentriert sich auf die kreisfreien Großstädte. So verfügte die Bevölkerung in kreisfreien Städten mit 31,3 % über nahezu ein Drittel des verfügbaren Gesamteinkommens. Im Durchschnitt liegt es bei 19 200 EUR je Einwohner und Jahr in den Großstädten. Am niedrigsten war das frei verfügbare Jahreseinkommen mit 17 600 EUR in Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern (Tabelle 2). Betrachtet man die größten und die kleinsten kreisfreien Städte (Abbildungen 6a und 6b), so ergeben sich deutliche Unterschiede. In sechs Großstädten (Hamburg, München, Düsseldorf, Stuttgart, Bremen und Köln) lag das durchschnittliche verfügbare Einkommen pro Einwohner über 20 000 EUR. Mit rd. 24 000 EUR war

Abb. 7a **Armutsgefährdungsquoten¹ nach ausgewählten Großstädten 2011 ... gemessen am Bundesmedian**

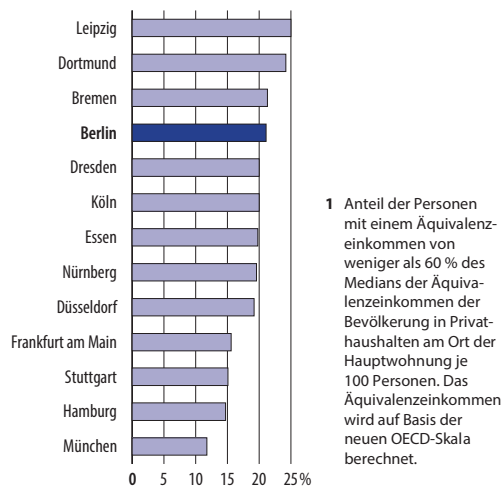


Abb. 7b **... gemessen am Median der jeweiligen Großstadt**

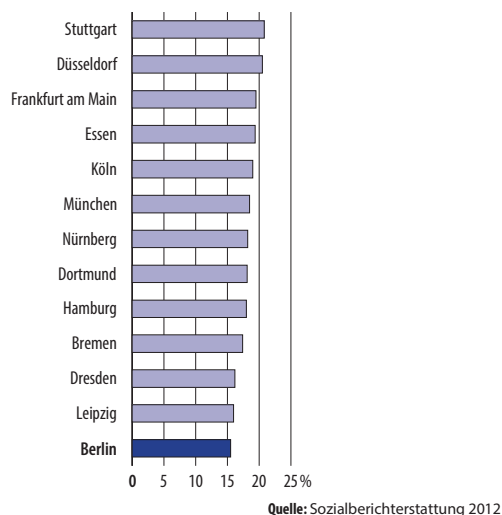
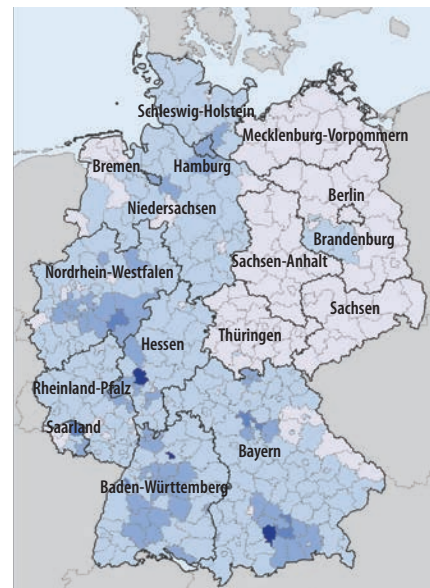


Abb. 8 **Regionalatlas Deutschland Indikatoren des Themenbereichs „Verdienste und Einkommen“**



Verfügbares **Einkommen**
je Einwohner 2009
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
13 895 EUR bis unter 17 320 EUR	119
17 320 EUR bis unter 20 745 EUR	228
20 745 EUR bis unter 24 170 EUR	57
24 170 EUR bis unter 27 595 EUR	5
27 595 EUR bis unter 31 020 EUR	3

es am höchsten für Hamburg und mit ca. 15 000 EUR für Leipzig am niedrigsten. Für die kleinsten kreisfreien Städte war die Spanne von 16 000 EUR (Eisenach) bis 22 000 EUR (Memmingen) deutlich geringer. Diese Werte bieten Anhaltspunkte zur Beurteilung der materiellen Situation; für eine möglichst realitätsnahe Betrachtung müssen allerdings weitere Faktoren, besonders die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in demografischer und soziodemografischer Hinsicht oder die Erwerbsmöglichkeiten in beruflicher und räumlicher Hinsicht, hinzugezogen werden.

Die materielle Situation lässt sich nicht nur positiv anhand des verfügbaren Einkommens messen. Weitere Einblicke liefert eine Negativ-Betrachtung, wie sie zumindest teilweise Gegenstand von „Europa 2020“ ist. Unter dem Aspekt der Integration bzw. Inklusion wurde der Indikator „Armutsgefährdungsquote“ festgelegt. Die in Deutschland von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder berechnete Armutsgefährdungsquote ist ein relatives Maß der Ein-

kommensverteilung. Sie ist definiert als der Anteil der Bevölkerung mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Je nach räumlicher Bezugsgröße (Bund, Länder, nach tiefer regionaler Gliederung) lassen sich unterschiedliche Armutsgefährdungsquoten berechnen. Bei den hier zunächst zugrunde gelegten Armutsgefährdungsquoten nach dem Bundesmedian liegt allen Städten eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle zugrunde (2011: 848 EUR für Einpersonenhaushalte), die anhand des mittleren Einkommens (Median) im gesamten Bundesgebiet berechnet wird. Dabei werden Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Großstädten nicht beachtet.

Die Armutsgefährdungsquote nach tiefer regionaler Gliederung ist flächendeckend auf der Ebene der Regierungsbezirke bzw. Statistischen Regionen der europäischen Klassifikation NUTS 2, nach Raum-

ordnungsregionen bzw. Anpassungsschichten und für die 15 größten deutschen Städte (mit mehr als 500 000 Einwohnern) verfügbar¹⁸ [30].

Für die betrachteten kreisfreien Großstädte¹⁹ ergeben sich danach folgende Rangreihen in Bezug auf den Bundesmedian (siehe Abbildung 7a) bzw. in Bezug auf den Median der jeweiligen Großstadt (siehe Abbildung 7b).

Das Armutsrisiko war 2011 mit 25,0 % am höchsten für Leipzig, d.h. hier verfügten ein Viertel der Wohnbevölkerung über ein Einkommen von weniger als 60 % des Bundesmedians des Äquivalenzeinkommens. Es folgen in absteigender Reihenfolge Dortmund mit 24,2 %, Duisburg mit 23,5 % und Hannover mit 22,6 %. Am niedrigsten war das am Bundesmedian gemessene Armutsrisiko in München mit 11,8 % und in Hamburg mit 14,7 %.

Kartografisch, d.h. für Deutschland insgesamt, ist nur die Einkommenssituation flächendeckend auf Kreisebene verfügbar (siehe Abbildung 8).

Wählt man die Kreise als regionale Einheit und weitet die Betrachtung auf Deutschland insgesamt aus, so zeigt sich, dass das verfügbare Einkommen 2009 je Einwohner am höchsten im Stadtkreis Heilbronn war mit rund 31 000 EUR. Es lag damit sogar um rund 7 000 EUR höher als in Hamburg und München, die kreisfreien Großstädte mit dem höchsten verfügbaren Einkommen (Abbildung 6a). Aus der Karte geht hervor, dass es sich bei den Kreisen mit dem höchsten Einkommen überwiegend um Landkreise handelt. In abnehmender Reihenfolge war das verfügbare Einkommen je Einwohner besonders hoch in Heilbronn, in dem Landkreis Starnberg, dem Hochtaunuskreis, Sankt Wendel, dem Landkreis München, dem Stadtkreis Baden-Baden, dem Kreis Olpe, dem Landkreis Erlangen-Höchstädt, dem Stadtstaat Hamburg sowie dem Main-Taunus-Kreis (letzterer mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 23 612 EUR). Unter diesen Top 10 gab es nur drei kreisfreie Städte: Heilbronn, Baden-Baden und Hamburg (in absteigender Reihenfolge). Bei den Kreisen mit dem höchsten verfügbaren Einkommen je Einwohner handelt es sich überwiegend um Landkreise in der Nähe von Großstädten, also den Wohnorten von Beziehern hoher Einkommen.

3.2.3 Berufstätigkeit

Während im vorherigen Abschnitt Umfang und Quelle des finanziellen Mittelbestandes untersucht wurden, geht es in diesem Abschnitt vor allem um die Erwerbstätigkeit und damit verbundene Zielsetzungen. In ihren Vorbemerkungen zu diesem Abschnitt führt die OECD aus, dass eine den persönlichen Wünschen und Fähigkeiten entsprechende Berufstätigkeit mit einer angemessenen Bezahlung das Ziel eines jeden Menschen weltweit ist. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ist die Einkommenssituation von Bedeutung, allerdings in Verbindung mit dem Ziel der Gerechtigkeit der Entlohnung von Frauen und Männern²⁰ [7, S. 58 f.].

Abb. 9a Erwerbstätige am Arbeitsort in % der 15- bis 65-jährigen Bevölkerung 2010 ... in den größten kreisfreien Städten

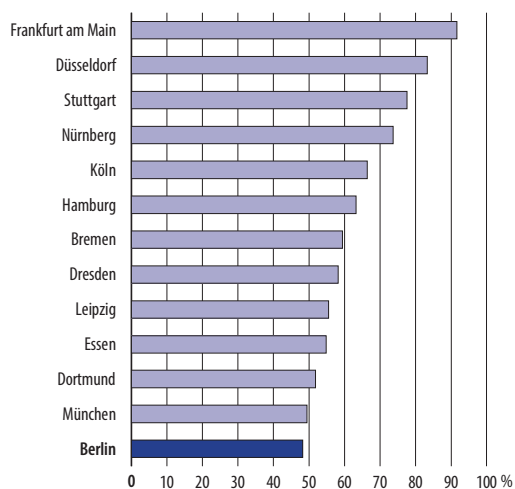
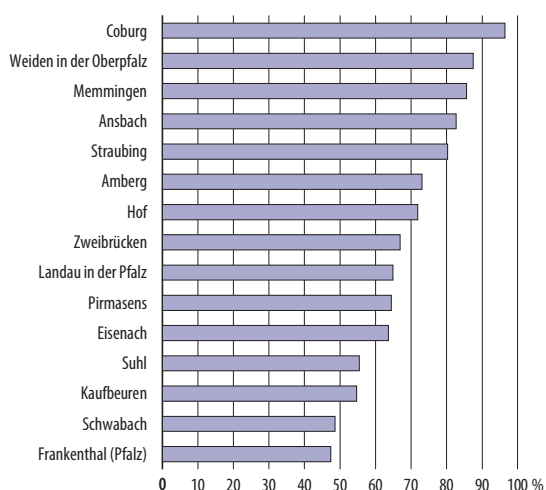


Abb. 9b ... in den kleinsten kreisfreien Städten



Als Kernindikatoren werden in „How's life“ genannt: (1) Erwerbstätigenquote, die Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittliche Jahresverdienst je Beschäftigten.

Die Erwerbstätigenquote ist definiert als Anteil der 15- bis unter 65-jährigen Erwerbstätigen an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe. Auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie in „Europa 2020“ ist dieser Indikator enthalten. Für Deutschland und Europa sind diese Indikatoren mit Zielen versehen. In beiden Fällen wird angestrebt, die Quote bis zum Jahr 2020 auf 75 % zu erhöhen. Für Deutschland erfordert dies eine Steigerung um 2 Prozentpunkte, ausgehend von 73 % in 2010 [7, S. 54 ff.]. Der Indika-

¹⁸ Diese Ergebnisse sind kostenlos abrufbar unter [30].

¹⁹ Der Vollständigkeit wegen und um Verzerrungen zu vermeiden, werden im Text auch Angaben zu den Städten Hannover und Duis-

burg gemacht, Städten, die aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden wegen der fehlenden Eigenschaft als kreisfreie Stadt (Hannover) oder wegen der Einwohnerzahl (Duisburg).

²⁰ In der deutschen Strategie „Nachhaltig Entwicklung in Deutschland“ wird der Indikator „Verdienstabstand zwischen Männern

und Frauen“ zur Verringerung der sozialen Ungleichheit verwendet; siehe dazu [7, S. 58 f.].

Abb. 10a **Regionalatlas Deutschland**
Indikatoren des Themenbereichs
„Erwerbstätigkeit“

Arbeitsplatzdichte 2009
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

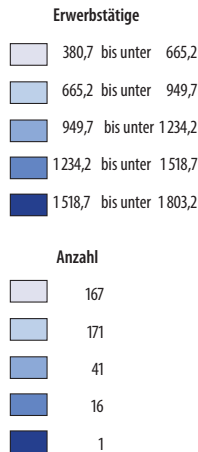
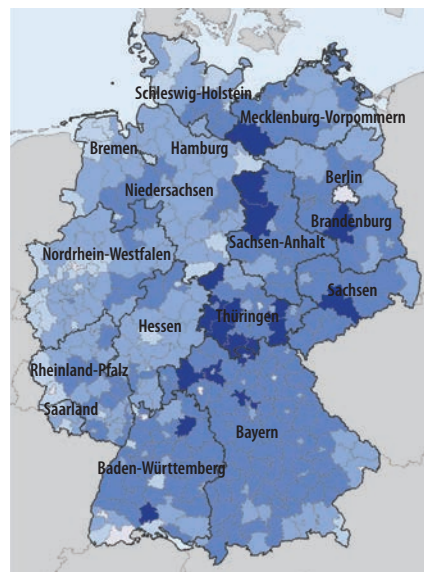
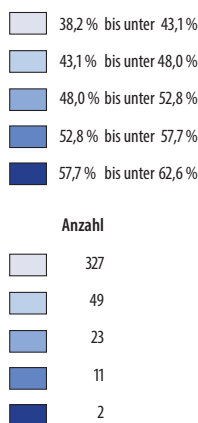


Abb. 10b **Indikatoren des Themenbereichs**
„Erwerbstätigkeit“

Beschäftigtenquote 2010
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle



tor Erwerbstätige insgesamt (am Arbeitsort) je 1000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren gibt Auskunft über die Arbeitsplatzdichte.

Der Indikator reicht für die deutschen Großstädte von 92 % (Frankfurt/M.) bis 48 % in Berlin. Dieser Indikator sagt vor allem etwas aus über das Arbeitsangebot vor Ort in der betrachteten Altersklasse. Für die kleinen kreisfreien Städte ist eine ähnliche Spanne zu beobachten: So waren die Indikatorenwerte mit 96 % für Coburg am höchsten, für Frankenthal (Pfalz) hingegen mit 47 % am niedrigsten.

Einen kurzen Einblick in die Situation in Deutschland bezüglich Arbeitskräfteangebot und Arbeitsplatzangebot bieten die beiden Karten 10a und 10b.

Für Deutschland insgesamt liegt das Verhältnis der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung (Karte 10a) in mehr als der Hälfte aller Kreise bei über zwei Drittel. Das trifft vor allem auf den Westen und Süden von Deutschland zu. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort betrachtet. Bezüglich dieser sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort bezogen auf die Erwerbsfähigen am Wohnort im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (Karte 10b) liegt dieser Anteil in der überwiegenden Zahl der Kreise bei mehr als 50 %. Besonders hoch sind diese Anteile im Osten und Süden Deutschlands. Vor allem in Grenzregionen, besonders im Westen, gibt es jedoch auch Kreise mit einer Beschäftigtenquote unter 48 %. Die OECD veranschaulicht diese Indikatoren an Beispielen [14, S. 60 f.].

Ein wichtiger Indikator zur Beschreibung der Arbeitsmarktsituation in einem Land oder einer Region ist die Arbeitslosigkeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit wird bei der OECD als Indikator für das Risiko der gesellschaftlichen Ausgrenzung, einer potenziellen Armut und der Deprivation gewählt. Eine derartige Betrachtung ist insofern notwendig, als die OECD-Indikatoren in „How's life“ vor allem zur Bestandsaufnahme, d.h. zur Beschreibung des Ist-Zustandes in ihren Mitgliedstaaten bzw. weltweit dienen. In der europäischen Strategie „Europa 2020“ – und damit für Deutschland – wird dazu der Indikator „Armutsgefährdungsrisiko“, wie oben bereits ausgeführt, herangezogen.

Als „Langzeitarbeitslose“ werden bei der OECD diejenigen Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren bezeichnet, die mehr als ein Jahr arbeitslos waren. Für Deutschland wird von der Bundesagentur für Arbeit der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt²¹ [31]

²¹ Dieser Indikator wird auch im Regionalatlas abgebildet; siehe [31].

Abb. 11a **Langzeitarbeitslose in %
der Arbeitslosen insgesamt 2011
... in den größten kreisfreien Städten**

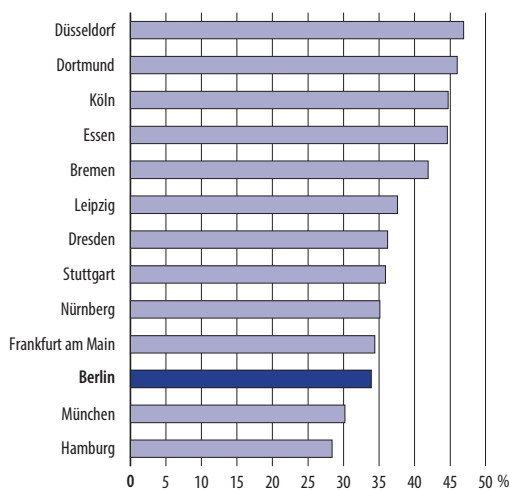


Abb. 11c **... in den kleinsten kreisfreien Städten**

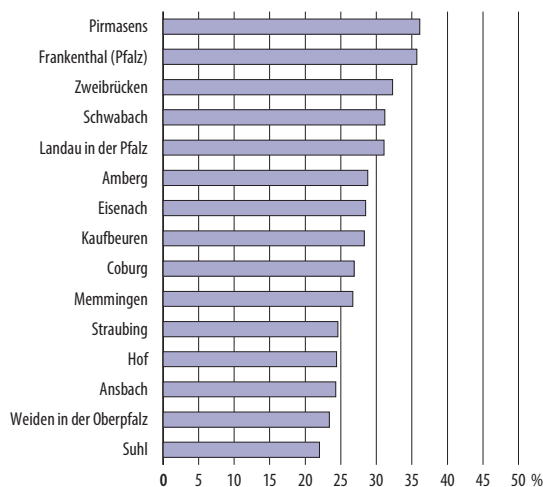


Abb. 11b **Arbeitslose im Alter von 15 bis unter 25 Jahren
in % der Arbeitslosen insgesamt 2011...
... in den größten kreisfreien Städten**

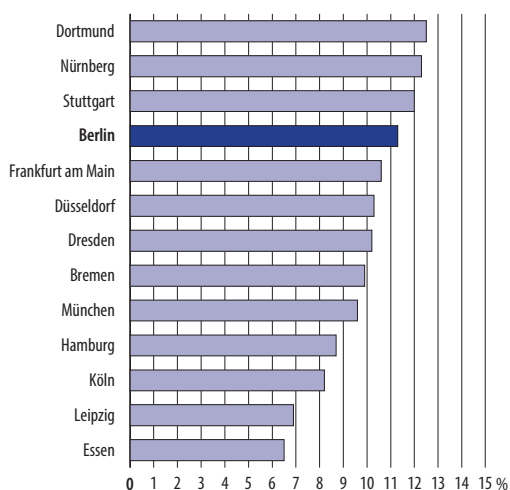
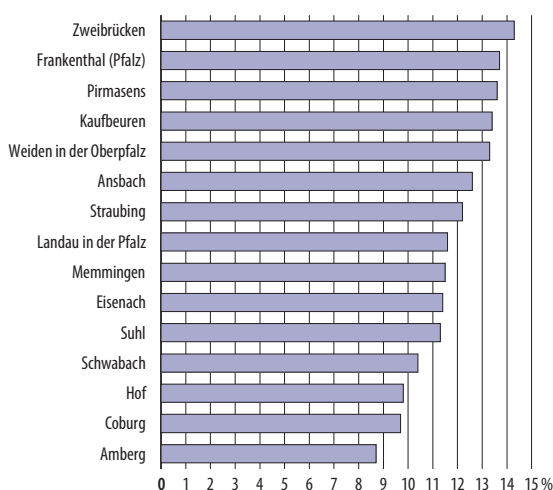


Abb. 11d **... in den kleinsten kreisfreien Städten**



bereitgestellt. Für die kreisfreien Städte – die größten und die kleinsten – ergibt sich folgende Situation (Abbildungen 11a und 11c).

Bei der Mehrheit der betrachteten Großstädte lag die Langzeitarbeitslosigkeit gemessen an allen Arbeitslosen bei mehr als 35 %. Das heißt, dass mindestens jeder dritte Arbeitslose 2011 auch zugleich mehr als ein Jahr ohne Arbeit war. Relativ am niedrigsten war die Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg mit 28,4 %, gefolgt von München mit 30,2 %. Das heißt, in Hamburg oder München waren 3 von 10 Arbeitslosen länger als ein Jahr als arbeitslos gemeldet.

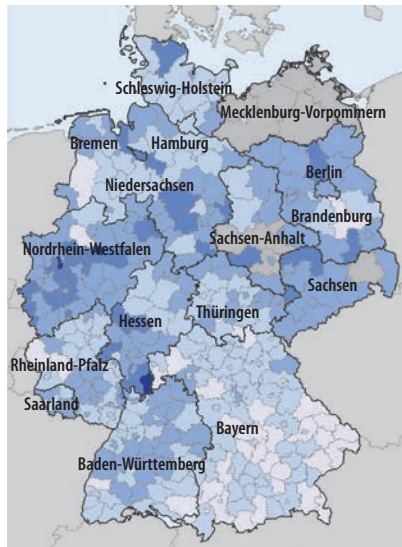
Aus Tabelle 2 geht auch hervor, dass absolut die Anzahl der Arbeitslosen in Großstädten deutlich höher ist – für die 13 größten Städte mit mehr als 500 000 Einwohnern – waren dies mit ca. 233 000 knapp die Hälfte der Langzeitarbeitslosen (insgesamt ca. 451 000 Langzeitarbeitslose) in der Gesamtheit der kreisfreien Städte. Anders verhält es sich für die kleinen kreisfreien Städte: Hier lag die Langzeitarbeitslosigkeit

maximal bei 36 % (Pirmasens) und minimal bei 22 % (Suhl). Anders als bei den kreisfreien Großstädten betrug der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt bei den kleinen Städten – mit Ausnahme von fünf Städten – weniger als 30 %. Ein differenziertes Bild über die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen wie Männer, Frauen, Jugendliche, Ausländer liefern entsprechende Arbeitslosenquoten. Aufgrund der besonderen Bedeutung der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung bei „How's life“, der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie Europa 2020 soll hier bereits kurz ergänzend auf die Arbeitsmarktsituation von Jugendlichen, vor allem die Arbeitslosigkeit, eingegangen werden. Die Jugendarbeitslosigkeit, definiert als Anteil der 15- bis unter 25-Jährigen als arbeitslos gemeldeten Personen an den Arbeitslosen insgesamt, stellt sich für die ausgewählten Kreise wie folgt dar (Abbildung 12c).

Abb. 12a **Regionalatlas Deutschland**
Indikatoren des Themenbereichs
„Arbeitslosigkeit“

Anteil **Langzeitarbeitslose**
an Arbeitslosen insgesamt 2011,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
15,1 % bis unter 23,6 %	39
23,6 % bis unter 32,0 %	151
32,0 % bis unter 40,5 %	151
40,5 % bis unter 48,9 %	46
48,9 % bis unter 57,4 %	4
Keine Daten vorhanden	11



Der OECD-Indikator „Langzeitarbeitslosigkeit“ als Indikator unter anderem für soziale Ausgrenzung zeigt für Deutschland, dass diese Gefahr nahezu in allen deutschen Kreisen mit Ausnahme der Gebiete im Südosten besteht (Abbildung 12a). Mit 57,4 % war sie 2011 am höchsten in der kreisfreien Stadt Hamm, gefolgt von dem Odenwaldkreis (55,2 %) sowie den kreisfreien Städten Mülheim a.d. Ruhr (54,3 %) und Oberhausen (50,3 %). In weiteren 52 Kreisen und kreisfreien Städten lag der Anteil der Langzeitarbeitslosen, gemessen an den Arbeitslosen insgesamt, zwischen 40 % und 49 %. Betrachtet man hingegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland insgesamt (Abbildung 12b), d.h. alle bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gemessen an den Erwerbspersonen insgesamt, so sind von Arbeitslosigkeit vor allem die Landkreise in Deutschland besonders stark betroffen. Von den 10 am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Kreisen befanden sich 8 im Osten Deutschlands.

Bezieht man – im Hinblick auf intergenerative Entwicklungen – die Jugendarbeitslosigkeit mit ein, so war in 8 der o.g. von Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreise auch die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch. An erster und zweiter Stelle der von Jugendarbeitslosigkeit besonders betroffenen Kreise lagen die Uckermark mit 15,6 % und Bremerhaven mit 14,9 %.

Vergleicht man den Aussagegehalt verschiedener Indikatoren zur Arbeitslosigkeit, so ist Langzeitarbeitslosigkeit – in Anlehnung an „How's life“ – der Indikator, mit dem am ehesten die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung verbunden ist. Unter intergenerativen Gesichtspunkten wären zumindest kombinierte Auswertungen besonders von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit notwendig.

Abb. 12b **Indikatoren des Themenbereichs**
„Arbeitslosigkeit“

Arbeitslosenquote 2011
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

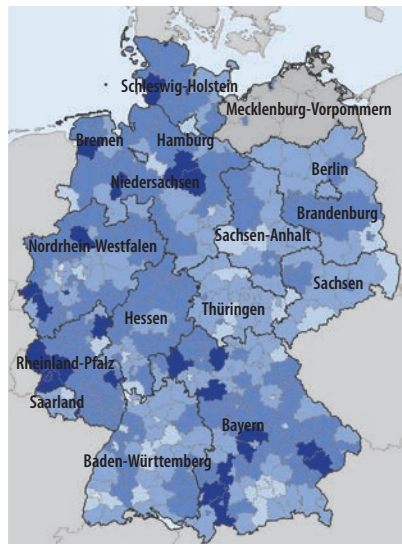
	Anzahl
1,4 % bis unter 4,5 %	131
4,5 % bis unter 7,5 %	134
7,5 % bis unter 10,6 %	78
10,6 % bis unter 13,6 %	42
13,6 % bis unter 16,7 %	11
Keine Daten vorhanden	6



Abb. 12c **Indikatoren des Themenbereichs**
„Arbeitslosigkeit“

Anteil **Arbeitslose 15 bis 24 Jahre**
an Arbeitslosen insgesamt 2011
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
3,4 % bis unter 5,5 %	3
5,5 % bis unter 7,7 %	39
7,7 % bis unter 9,8 %	164
9,8 % bis unter 12,0 %	162
12,0 % bis unter 14,1 %	28
Keine Daten vorhanden	6



3.2.4 Schul- und Ausbildung

Erziehung und Ausbildung haben einen großen Einfluss auf die Lebensqualität, da sie sowohl dem Einzelnen Entwicklungsmöglichkeiten und einen besseren Lebensstandard gestatten und gesamtgesellschaftlich zu einem höheren wirtschaftlichem Wachstum, einem stärkeren Zusammenhalt und weniger Kriminalität führen [14, S. 145]. Ein Kernindikator der OECD für diesen Bereich ist der Anteil der 25- bis unter 65-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären Abschluss. Ähnliche Indikatoren gelten für die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie sowie die europäische Strategie „Europa 2020“. In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2012 werden der Anteil der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung mit einem tertiären oder postsekundären nicht-tertiären Abschluss an allen 30- bis 34-Jährigen sowie der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II und nicht in Ausbildung befindlich bzw. an allen 18- bis 24-Jährigen verwendet [7, S. 58]. Ähnliches gilt für Europa 2020 [32], (Abbildungen 13a und 13b).

Da der Bevölkerungsanteil der 25- bis unter 65-Jährigen mit einem Tertiärabschluss nur aggregiert für Deutschland und nicht kleinräumig vorliegt, soll im Folgenden als Indikator für den Bildungsstand der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabgängern insgesamt verwendet werden. Dieser Anteil war in 2010 mit nahezu 60 % in Hamburg am höchsten. Insgesamt, d.h. bezogen auf die größten und kleinsten kreisfreien Städte, lagen die weiteren Anteile zwischen 26,2 % für Kaufbeuren und 41,2 % für Berlin. Für Deutschland weist die OECD nach der eingangs genannten Definition einen Wert von rund 27 % für 2009 aus²². Auch die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie enthält Indikatoren zum Bildungsstand, wenn auch in anderer inhaltlicher Abgrenzung. Unterschieden wird dabei nach verschiedenen Aggregationsstufen von tertiärem und postsekundärem, nichttertiären Bildungsabschluss; auch altersgruppenmäßig bestehen Unterschiede, derart, dass für Deutschland bei diesem Bildungsindikator die Angaben auf die 30 bis 34 Jahre alte Bevölkerung bezogen werden. Dieser Wert liegt für Deutschland nach der EU-Abgrenzung bei 29,8 % [7, S. 28 f.].

Eine Differenzierung bezüglich der Schulabbrecher, d.h. der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss (Deutschland), wie bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und bei „Europa 2020“, zeigt, die große Spanne der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (Abbildung 14 b).

Weitet man die Betrachtung auf Deutschland aus, so ergibt sich auf der Ebene der Kreise ein umfassenderes Bild, als es die o.g. Betrachtung der größten und kleinsten kreisfreien Städte erlaubt.

Abb. 13a Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife in % der Schulabgänger insgesamt 2010 ... in den größten kreisfreien Städten

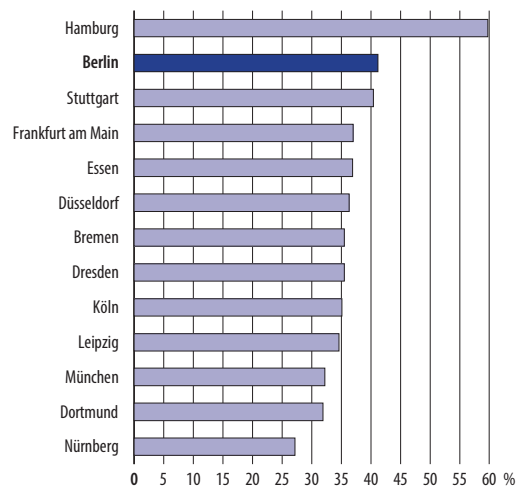
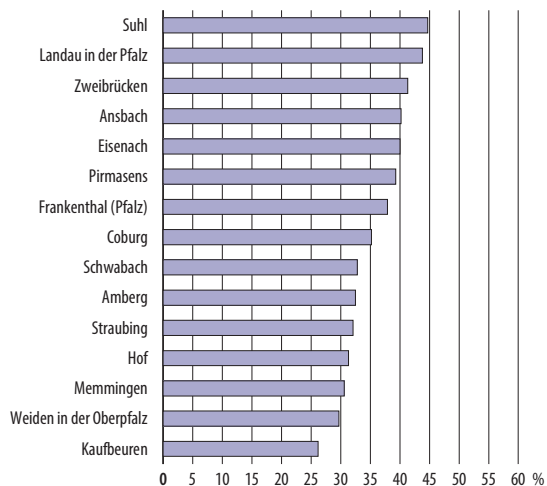


Abb. 13b ... in den kleinsten kreisfreien Städten



Der Anteil der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife ist besonders hoch, beginnend mit 60,9 % in Potsdam, gefolgt – wie bereits erwähnt – von Hamburg mit 59,8 % und Neustadt a.d. Weinstraße mit 57,9 %. Unter den Top 10 befinden sich – mit Ausnahme des Spree-Neiße-Landkreises – sechs kreisfreie Städte in den Bundesländern des östlichen Landesteils. Bis auf Hamburg sind dies mittelgroße Städte. Die Karte weist im Übrigen einige Landkreise in Bayern aus, in denen dieser Anteil unter 12 % lag; für die im Zentrum liegende Kreisstadt (wie z.B. für Würzburg, Bamberg, Schwabach oder Regensburg) liegt dieser Wert zwischen 32,8 % und 52,9 % und ist damit deutlich höher als die Werte in den umliegenden (Land-)Kreisen. Ähnliches gilt auch für den Landkreis Südwestpfalz mit der kreisfreien Stadt Pirmasens im Zentrum.

Was den Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss anbetrifft, so ist der besonders hoch in der kreisfreien Stadt Schwerin mit 17,8 %, gefolgt von der kreisfreien Stadt Wismar mit 17,7 %. Sämtli-

²² [14] „Figure 7.2. Population that has attained a tertiary degree“, S. 152. Ein Verweis auf die nationale Quelle erfolgt nicht.

Abb. 14a **Regionalatlas Deutschland**
Indikatoren des Themenbereichs
„Bildung“

Anteil **Schulabsolventen**
mit allgemeiner Hochschulreife 2010,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
0,0 % bis unter 12,2 %	6
12,2 % bis unter 24,4 %	109
24,4 % bis unter 36,5 %	211
36,5 % bis unter 48,7 %	73
48,7 % bis unter 60,9 %	13

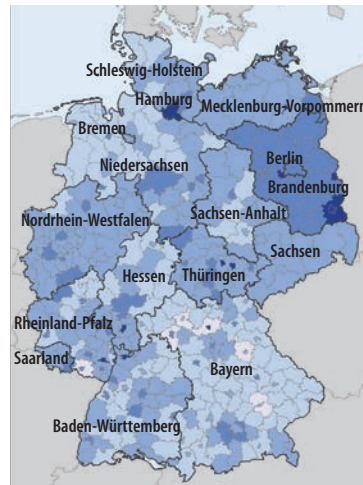
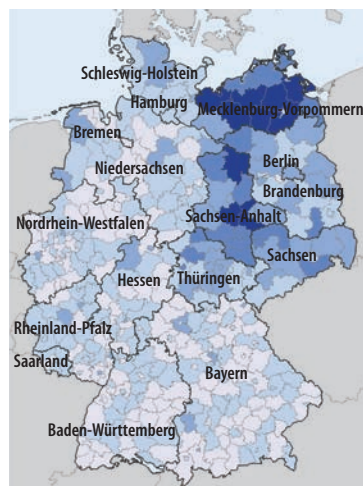


Abb. 14b **Indikatoren des Themenbereichs**
„Bildung“

Anteil **Schulabgänger**
ohne Hauptschulabschluss 2010,
Kreise und kreisfreie Städte,
5 Klassen, gleiche Intervalle

	Anzahl
1,9 % bis unter 5,1 %	142
5,1 % bis unter 8,3 %	182
8,3 % bis unter 11,4 %	58
11,4 % bis unter 14,6 %	18
14,6 % bis unter 17,8 %	12



che Kreise mit einer Schulabgängerquote von mehr als 11 % liegen in den Bundesländern Ostdeutschlands. Besonders betroffen sind dabei vor allem die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. In den westlichen und südlichen Bundesländern gibt es ebenfalls Kreise mit hohen Schulabgängerquoten; sie liegen hier jedoch unter 11 %: Dies waren in absteigender Reihenfolge die kreisfreie Stadt Gelsenkirchen (10,2 %), gefolgt von Offenbach am Main (10,0 %), der Grafschaft Bentheim (9,8 %), dem Landkreis Günzburg (9,5 %) sowie Fürth (9,4 %) und Nürnberg (9,4 %).

Die Auswertungen zeigen, auch wenn auf nationaler Ebene hohe Werte erreicht werden, z. B. bezüglich dem Bevölkerungsanteil mit einer allgemeinen Hochschulreife, dass sich kleinräumig ein differenzierteres Bild ergibt. Tendenziell gilt, dass je kleiner die betrachteten räumlichen Einheiten werden, desto größere Unterschiede können bezüglich der materiellen Lebensbedingungen und der Lebensqualität bestehen.

4. Bereichsübergreifende Betrachtungen

Zusammenfassend lassen sich die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an „How's life“ der OECD für Deutschland wie folgt kennzeichnen: Die deutsche Bevölkerung lebt zu einem Großteil in Großstädten und deren Umland. Aufgrund der relativ hohen Siedlungsdichte in Städten sind Grünanlagen bzw. Erholungsflächen von besonderer Bedeutung. Auch hier weisen nahezu alle Großstädte Grün- bzw. Erholungsflächen auf, die überwiegend mehr als 3 % der Gesamtfläche ausmachen. Was die Wohnsituation anbetrifft, ist der Wohnraum, vor allem gemessen an der Anzahl von m² Wohnfläche pro Person, für die betrachteten dicht und mittel besiedelten Städte relativ ähnlich. Wählt man den Wohnungsbestand je 1000 Einwohner als Indikator, so zeigt die kartografische Darstellung für die Bundesländer, dass im Osten und Norden von Deutschland wie auch in den Bundesländern Bremen und Saarland zumindest statistisch 500 von 1000 Einwohnern, d.h. jeder zweite Einwohner, über eine eigene Wohnung verfügt. Dies ist anders für die westlichen und südlichen Bundesländer: Hier gibt es je 1000 Einwohner weniger als 490 Wohnungen. Diese Angaben liefern erste Anhaltspunkte über die Wohnsituation in Deutschland. Für eine kleinräumige Analyse sind kartografische Darstellungen auf Kreisebene notwendig; die dafür notwendigen Angaben liegen in der Regionaldatenbank Deutschland vor und könnten relativ einfach in den Regionalatlas aufgenommen werden.

Die Einkommenssituation – ein wichtiger Indikator für die materiellen Lebensbedingungen – ist für Deutschland West bis auf wenige Ausnahmen für einige Kreise im Nordwesten sowie im Südosten mit einem verfügbaren Einkommen je Einwohner von mehr als 17320 EUR teilweise deutlich höher als im östlichen Deutschland. Hier wird ein vergleichbares Durchschnittseinkommen nur für Berlin und das nähere Umland erreicht.

Die Arbeitsmarktsituation, besonders Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit, zeigt für Deutschland ein recht heterogenes Bild. Während die Erwerbsfähigkeit (d.h. der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der Wohnbevölkerung) in der überwiegenden Anzahl der Kreise im Westen von Deutschland mehr als 67 % ausmacht, liegen diese Werte für die Kreise im Osten von Deutschland darunter. Diese Ergebnisse dürften vor allem auf eine ungünstige Altersstruktur der dort wohnenden Bevölkerung zurückzuführen sein. Gesamt, d.h. für die Gesamtheit der 412 Kreise von Deutschland im Jahr 2009, liegt der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung für 186 Kreise unter 67 % und für die übrigen Kreise darüber. Vergleicht man diese Werte mit der tatsächlich in Erwerbsarbeit stehenden Bevölkerung (gemessen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Verhältnis zur Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren), so ist die Beschäftigtenquote für den Osten und Süden von Deutschland höher als für den Westen mit einem Wert von unter 52,8 %. Bezüglich der Arbeitslosigkeit zeigt sich tendenziell eine Dreiteilung: Die Arbeitslosenquote insgesamt war in 2011 mit unter 4,9 % am niedrigsten in den Kreisen im Süden von Deutschland. Deutlich höhere Werte ergeben sich

für den Westen von Deutschland, wo die Arbeitslosenquote für die Mehrheit der Kreise zwischen 4,9 % und 8,3 % liegt. Noch höhere Arbeitslosenquoten weisen die Kreise im Osten von Deutschland auf mit Werten von über 8,3 % bis hin zu 18,3 %. Für die Langzeitarbeitslosigkeit nach deutscher Definition, d. h. dem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt, ergibt sich eine davon abweichende räumliche Verteilung, derart, dass in der überwiegenden Anzahl der Kreise die Langzeitarbeitslosigkeit bei einem Anteil von 23,6 % und mehr an den Arbeitslosen insgesamt beträgt. Höhere Werte werden möglicherweise in strukturschwachen Regionen, aber auch in der Nähe zu Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet oder dem Rhein-Main-Gebiet erreicht. Ob und inwieweit damit die Gefahr einer mangelnden Inklusion verbunden ist, müssen weitere Analysen zeigen.

Der Bildungsstand, gemessen an den Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife, weist für Deutschland auf der Ebene der Kreise eine große Streubreite aus, die kein klares räumliches Muster erkennen lässt.

5. Ausblick

Die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen auf der Grundlage ausgewählter Indikatoren aus der amtlichen Statistik für den Ansatz „How's life“ der OECD sowie ergänzenden Indikatoren aus der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland und Europa 2020 für Europa zeigt Folgendes:

Eine räumlich differenzierte Untersuchung anhand bundesstatistischer Daten für verschiedene Regionaleinheiten, ausgewählte kreisfreie Städte und Landkreise ist möglich. Die globalen Ergebnisse für Deutschland insgesamt lassen sich auf diese Weise verfeinern. Als Ausgangspunkt wurden hier die materiellen Lebensbedingungen in Anlehnung an den OECD-Ansatz in „How's life“ gewählt mit den Komponenten räumliche Situation im weiteren Sinn, Einkommen und Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit. Da im allgemeinen Erwerbstätigkeit und Bildungsstand eng miteinander einhergehen, wurde sachlich eine Umgliederung von „Bildung“ aus dem Bereich „quality of life“ bei der OECD zu materiellen Lebensbedingungen vorgenommen. In enger Verbindung damit wurde auch die Erwerbstätigkeit, vor allem die Arbeitslosigkeit junger Menschen, einbezogen. Dabei zeigt sich, dass, selbst wenn die Ausbildungssituation für Deutschland, gemessen an Schulabsolventen mit Hochschulabschluss auf nationaler Ebene, einen relativ hohen Anteil ausmacht, dies sich regional unterschiedlich darstellt. Dabei treten – zumindest implizit – auch Beziehungen der betrachteten Städte, besonders mit ihrem Umland, zu Tage. Entsprechende Hypothesen können Ausgangspunkt für weitere Analysen sein, wie beispielsweise die Ausführungen zur Beschäftigung anhand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder zur Arbeitslosigkeit zeigen.

Die Bundesstatistik stellt ein breites Spektrum an statistischen Daten, Verfahren und Methoden bereit, die es dem interessierten Nutzer ermöglichen, sich relativ leicht ein Bild auch von komplexen Sachverhalten sowohl auf nationaler Ebene wie auch in kleinerer Hinsicht zu machen. Potenziellen Nutzern sind diese inhaltlich und analysetechnisch kostenfrei zugänglich; d. h. das Angebot aus der Bundesstatistik entspricht damit den Prinzipien von „open data“. Die verschiedenen Darstellungs- und Visualisierungsformen – tabellarisch, histogrammisch und kartografisch –, hier für die kleinsten und größten kreisfreien Städte sowie für alle Kreise von Deutschland, zeigen, dass ihnen ein unterschiedlicher Informationsgehalt inne wohnt. Während die ersteren beiden eine isolierte Betrachtung der ausgewählten Städte erlauben, bieten kartografische Darstellungen auch Hinweise auf Verflechtungen, nicht nur in räumlicher, sondern auch in sachlicher Hinsicht. Eine größere räumliche Genauigkeit könnte noch erzielt werden, wenn statt der bislang verwendeten administrativen Regionaleinheiten, sogenannte Rasterdaten – wie z. B. für die Europäische Union – verwendet werden könnten; die dafür notwendige Gesetzesänderung im Rahmen des sogenannten E-Government-Gesetzes wird noch in dieser Legislaturperiode erwartet.

Es gibt eine Fülle von Indikatoren zur Beurteilung der Lebensbedingungen im weiteren Sinn auf nationaler sowie auf supra- und internationaler Ebene aus der amtlichen Statistik, wenn auch nicht immer passgenau. Dass Näherungslösungen ebenfalls in eine ähnliche Richtung weisen können, zeigt beispielsweise der Vergleich der Indikatoren „Armutsrisikoquote“ und „verfügbares Einkommen“ wie auch die verschiedenen Indikatoren zur Beurteilung des gesamtgesellschaftlichen tertiären Bildungsstandes. Aus statistischer Sicht wäre allerdings eine Beschränkung auf einige wenige Indikatoren und eine Einigung, zumindest aber Annäherung, in definitorischer und methodischer Hinsicht wünschenswert. Die verschiedenen Nuancen bei einigen Indikatoren, besonders auf supra- und internationaler Ebene, suggerieren eine Genauigkeit, die in Anbetracht des Zwecks von statistischen Indikatoren fragwürdig erscheint. Je komplexer das reale Phänomen und/oder je größer die Dynamik seiner Entwicklung ist, umso schwerer dürfte es sein, dieses hinreichend genau abzubilden. Indikatoren stellen letztlich Zustandsanzeiger dar, die anzeigen sollen, wie bzw. ob die angestrebten realen Ergebnisse sich im gewünschten Ausmaß entwickeln. Ihre Eignung kann sich erst im Zeitablauf bewähren. Selbst dann ist eine regelmäßige Überprüfung ihrer Aussagefähigkeit auf die zu untersuchenden realen Sachverhalte und die angestrebten Ziele notwendig. Erweist sich ein Indikator als ungeeignet, muss ein anderer Indikator gefunden werden, wie dies beispielsweise verschiedentlich bei der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Fall war.

Autoren: *Susanne Schnorr-Bäcker,
Hartmut Bömermann*

Dr. Susanne Schnorr-Bäcker ist Mitarbeiterin
im Statistischen Bundesamt und zuständig
für die Koordinierung Regionalstatistik, Indikatoren.

Quellennachweis

- [1] OECD: Measuring and fostering well-being and progress, The OECD Roadmap, Busan 29 October 2009.
- [2] http://www.oecd-ilibrary.org/economics/how-s-life_9789264121164-en
- [3] <http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/en/index.htm>
- [4] Braakmann, A.: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung, Die Vorschläge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission und der Initiative „BIP und mehr“, WiSta 7/2010, S. 609 ff.
- [5] <http://www.un.org/millennium-goals/>
- [6] Die Bundesregierung: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschrittsbericht 2012, Berlin, 31. Oktober 2012.
- [7] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht 2012, Wiesbaden, Februar 2012.
- [8] [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-B %C3 %BCh-ne/2012-04-16-fortschrittsbericht-grundsatzartikel.html;jsessionid=CSB-5661F72EF05FC385B7CD699203B-FC.slt1?__site=Nachhaltigkeit](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatistischeSeiten/Breg/Nachhaltigkeit/0-B%20%C3%BChe/2012-04-16-fortschrittsbericht-grundsatzartikel.html;jsessionid=CSB-5661F72EF05FC385B7CD699203B-FC.slt1?__site=Nachhaltigkeit)
- [9] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/flagship-initiatives/index_de.htm
- [10] Schnorr-Bäcker, S.; Heilemann, U.: Methoden und Grenzen der Marktbeobachtung im EU-Binnenmarkt und den Mitgliedstaaten, Endbericht, Forschungsvorhaben Nr. 61/09 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Mai 2011.
- [11] <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltigkeitspolitik-der-bundeslaender/>
- [12] Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/3853 vom 23.11.2010, sowie Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Protokoll Nr. 17/1: Kurzprotokoll erste Sitzung (öffentlich), Berlin 17.1.2011.
- [13] Deutscher Bundestag (Hrsg.): Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Enquete Projektgruppe 2: Arbeitsbericht Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators“, Kommissionsdrucksache 17(26)72, Stand 20.2.2012.
- [14] OECD: How's Life?: Measuring Well-Being; OECD Publishing, Paris 2011.
- [15] Handbook on Constructing Composite Indicators. Methodology and user guide, hrsg. von der OECD, Paris 2008; zu Anwendungsbeispielen siehe: Joint Research Center: Composite Indicators at the JRC, Unit of Econometrics and Applied Statistics, April 2008.
- [16] <https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Zeitbudgeterhebung.html>
- [17] <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
- [18] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx>
- [19] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Gemeindeverzeichnis.html>
- [20] <http://www.urbaudat.org/>
- [21] <http://www.stadtestatistik.de/urban-audit.html>
- [22] Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), ABl. L 154 vom 21.6.2003, S.1, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 31/2011 der Kommission vom 17. Januar 2011, ABl. L 13 vom 18.1.2011.
- [23] OECD (Hrsg.): Redefining „Urban“ A new way to measure metropolitan areas, Paris 2012.
- [24] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Revision_of_the_degree_of_urbanisation
- [25] Correspondance table DEGREE OF URBANISATION – Local Administrative Units, http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/miscellaneous/index.cfm?TargetUrl=DSP_DE-GURBA
- [26] Bundesministerium des Innern: E-Government-Gesetz, http://www.bmi.bund.de/DE/The-menIT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html
- [27] <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/Aktuell/08GemeindenEinwohnergroessen.html>
- [28] Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Regio-Stat; Regionalstatistischer Datenkatalog des Bundes und der Länder 2012, Stand Januar, München, Januar 2012.
- [29] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm
- [30] <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>
- [31] <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx?nsc=true&https=1>
- [32] http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/europe_2020_indicators/headline_indicators

Historisches 1910

Scheidungen

Die Bevölkerung und darunter die familiären Verhältnisse sind seit jeher ein sehr wichtiges Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik. Darunter fallen ganz besonders die Ehe- und die Ehescheidungs-Statistiken, die einen aufschlussreichen Blick auf die starken Veränderungen in den letzten 100 Jahren auf diesem zwischenmenschlichen Gebiet erlauben. Dabei zeigt sich, dass die Reichsstatistik und die preußische Statistik an dieser Stelle inhaltlich sehr unterschiedlich arbeiten.

Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912 wird den Ehescheidungen im „Abschnitt II. Bewegung der Bevölkerung“ eine Tabelle, und zwar die „12. Ehescheidungen“, gewidmet. Es wird dort ein Vergleich der Staaten (26) und Landesteile (14 preußische Provinzen, Stadt Berlin und Hohenzollern) nach der Anzahl der Ehescheidungen, Nichtigkeitserklärung und bezogen auf 100 000 Einwohner für den Durchschnitt von 1905 bis 1909 und das Jahr 1910 wiedergegeben. Die altbekannte Tatsache, dass in den Städten (Berlin, Hamburg, Lübeck, Bremen) die auf 100 000 Einwohner bezogenen Scheidungen sich vom gesamten Mittelwert deutlich abheben, ist sichtbar. Die Provinz Brandenburg und das Königreich Sachsen erreichen dabei ebenfalls überdurchschnittliche Werte.

Im „Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat 1910“ wird im Abschnitt „I Fläche und Bevölkerung“ im Kapitel „8. Ehescheidungen“ über 5 Seiten mit insgesamt 6 Tabellen wesentlich ausführlicher über die Ehescheidungen berichtet. Und zwar im Einzelnen:

- a) Dauer der Ehe und Alter zur Zeit der Eheschließung bei den im Jahr 1909 Geschiedenen,
- b) Alter der im Jahr 1909 Geschiedenen zur Zeit der Ehescheidung,
- c) Altersunterschiede der im Jahr 1909 Geschiedenen,
- d) Gesamtübersicht der Ehescheidungen und ihre Begleitumstände nach Regierungsbezirken,
- e) Ehescheidungsgründe in Verbindung mit Ehedauer, Alter und Religion der Geschiedenen sowie Beruf des Mannes im Jahre 1909,
- f) Verteilung der Ehescheidungsgründe auf die Scheidungsfälle unter Berücksichtigung der Schuldfrage im Jahr 1909.

Besonders die beiden letztgenannten Tabellen gestatten einen tieferen Blick in die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse. Dabei wird im Zusammenhang mit den Scheidungsgründen auf die entsprechenden Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches Bezug genommen:

§ 1565. Scheitern der Ehe.

(1) Eine Ehe kann geschieden werden, wenn sie gescheitert ist. Die Ehe ist gescheitert, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß die Ehegatten sie wiederherstellen.

(2) Leben die Ehegatten noch nicht ein Jahr getrennt, so kann die Ehe nur geschieden werden, wenn die Fortsetzung der Ehe für den Antragsteller aus Gründen, die in der Person des anderen Ehegatten liegen, eine unzumutbare Härte darstellen würde.

§ 1566. Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte ihm nach dem Leben trachtet.

§ 1567.

(1) Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte ihn bösllich verlassen hat.

(2) Böslliche Verlassung liegt nur vor:

1. wenn ein Ehegatte, nachdem er zur Herstellung der häuslichen Gemeinschaft rechtskräftig verurtheilt worden ist, ein Jahr lang gegen den Willen des anderen Ehegatten in bösllicher Absicht dem Urtheile nicht Folge geleistet hat;
2. wenn ein Ehegatte sich ein Jahr lang gegen den Willen des anderen Ehegatten in bösllicher Absicht von der häuslichen Gemeinschaft fern gehalten hat und die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung seit Jahresfrist gegen ihn bestanden haben.

(3) Die Scheidung ist im Falle des Abs. 2 Nr. 2 unzulässig, wenn die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung am Schlusse der mündlichen Verhandlung, auf die das Urtheil ergeht, nicht mehr bestehen.

§ 1568. Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte durch schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder durch ehrloses oder unsittliches Verhalten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemuthet werden kann. Als schwere Verletzung der Pflichten gilt auch grobe Mißhandlung.

§ 1569. Ein Ehegatte kann auf Scheidung klagen, wenn der andere Ehegatte in Geisteskrankheit verfallen ist, die Krankheit während der Ehe mindestens drei Jahre gedauert und einen solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft zwischen den Ehegatten aufgehoben, auch jede Aussicht auf Wiederherstellung dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist.

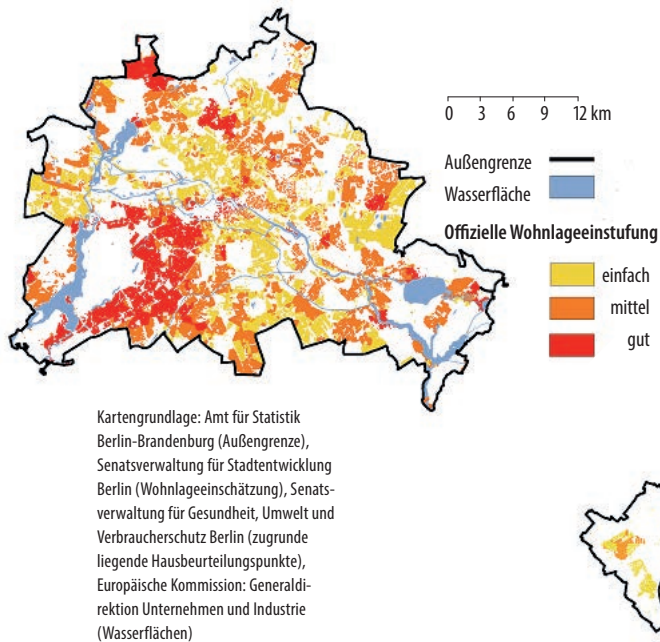
Zum Abschluss ein aktueller Vergleich der Ehescheidungen über den Zeitraum von 100 Jahren:

Land	Einheit	2010
Brandenburg ...	je 10 000 der Bevölkerung	20,7
Berlin	je 10 000 der Bevölkerung	24,3
		1910
Brandenburg	je 100 000 der Bevölkerung	35,6
Berlin	je 100 000 der Bevölkerung	95,2

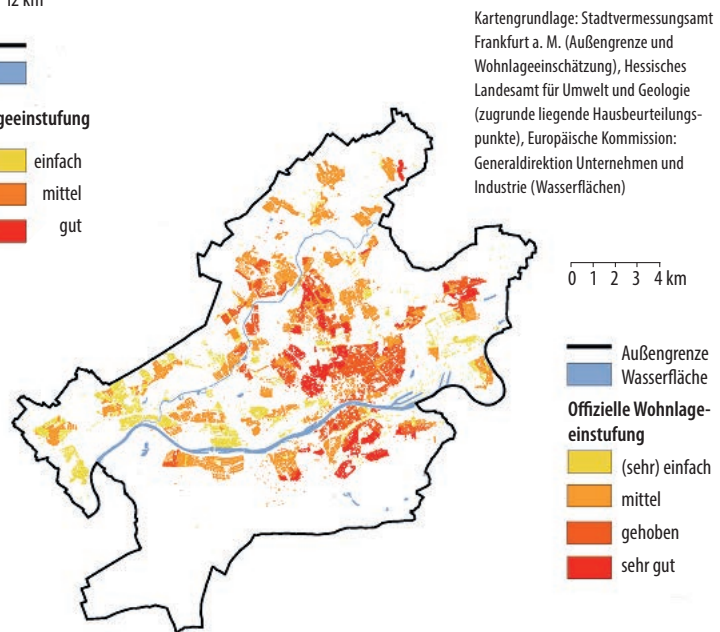
Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Einheit sich 2010 um den Faktor 10 verringert hat und dass, wenn weniger Ehen geschlossen, auch weniger geschieden werden. Deshalb wird heute die Scheidungsrate auch gern auf die je 1 000 der bestehenden Ehen (und dort auf die Zahl der verheirateten Frauen am Jahresende) bezogen. Zum Glück soll die amtliche Statistik diese Entwicklung nicht kommentieren, sondern nur darstellen.

Autor: Jürgen Hübner

▮ **Wohnlagekarte Berlin 2009**

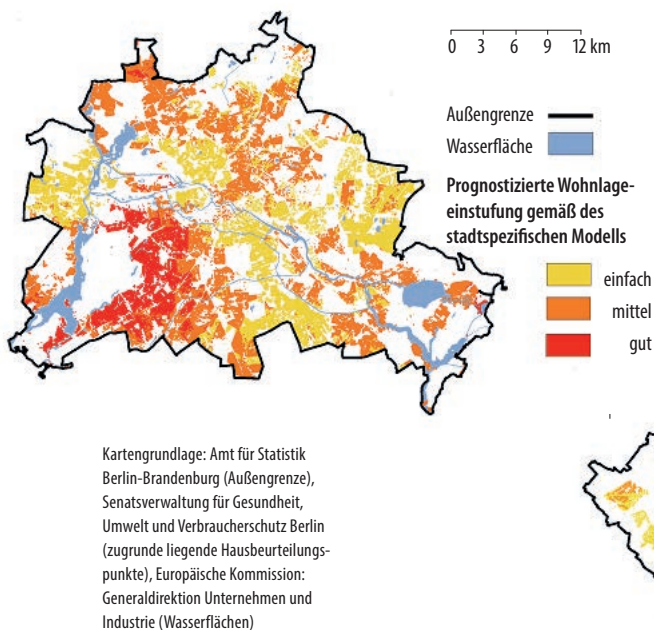


▮ **Wohnlagekarte Frankfurt a. M. 2008**

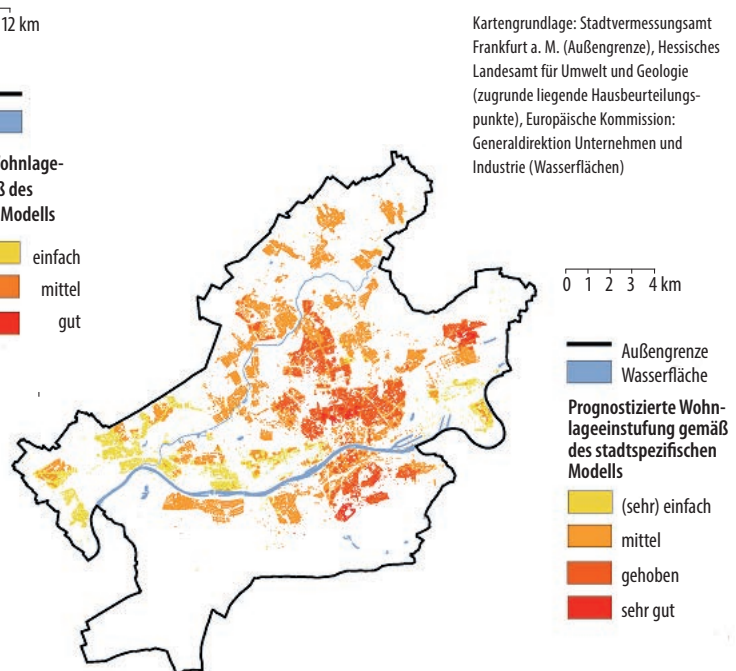


Stadtspezifisches Modell unter Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu einem bestimmten ...

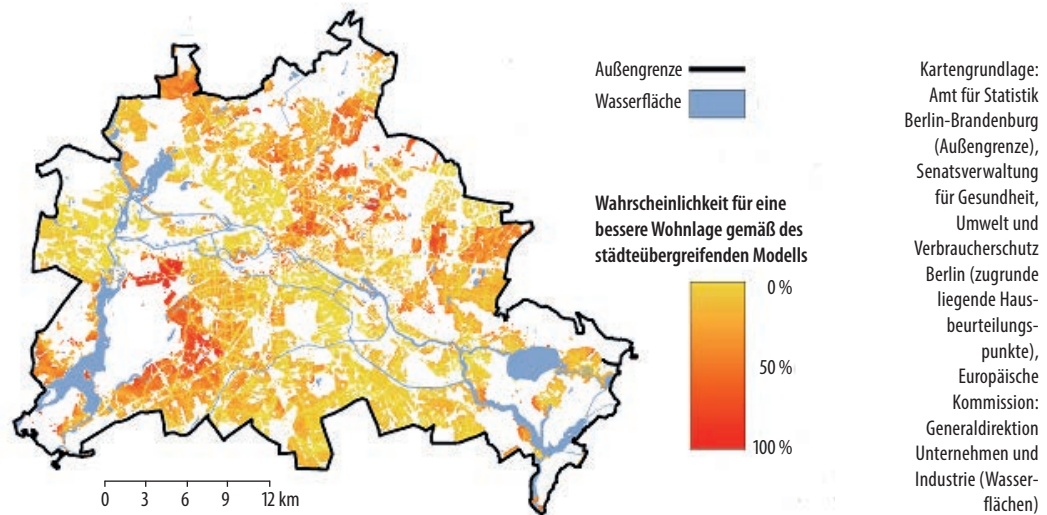
▮ **... Bezirk von Berlin**



▮ **... Ortsbezirk von Frankfurt a. M.**



Ergebnisse des städteübergreifenden Modells:
Wahrscheinlichkeit für eine bessere Wohnlage
... für Berlin



... und für Frankfurt a. M.

